

## Anlage 2. Tabelle zu den Änderungen der VOBK mit Erläuterungen

In der folgenden Tabelle ist die VOBK in der bis zum 31. Dezember 2019 gültigen Fassung in der linken Spalte abgebildet.

Diese Tabelle ist in Abschnitt VI. von Dokument CA/3/19 enthalten. Die revidierte Fassung der VOBK – wie vom Präsidenten der Beschwerdekammern vorgeschlagen und anschließend vom Beschwerdekammerausschuss erlassen und vom Verwaltungsrat genehmigt – ist in der mittleren Spalte dargestellt, wobei die Änderungen am Text wie folgt sichtbar gemacht werden: Streichungen sind durch Durchstreichung und Ergänzungen bzw. Änderungen durch graue Hinterlegung gekennzeichnet.

In der rechten Spalte befinden sich die Erläuterungen.

VOBK – derzeitige Fassung	VOBK – vorgeschlagene Fassung	Erläuterungen
<b>Artikel 1 Geschäftsverteilung und Besetzung</b>	<b>Artikel 1 Geschäftsverteilung und <del>Besetzung</del> Zusammensetzung</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres stellt das in Regel 12 Absatz 4 EPÜ erwähnte Präsidium einen Geschäftsverteilungsplan auf, nach dem alle Beschwerden, die im Laufe des Jahres eingereicht werden, auf die Beschwerdekammern verteilt und die Mitglieder und deren Vertreter bestimmt werden, die in den einzelnen Kammern tätig werden können. Der Plan kann im Laufe des Jahres geändert werden.	(1) Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres stellt das in Regel 12b Absatz 4 EPÜ <del>erwähnte</del> <del>genannte</del> Präsidium einen Geschäftsverteilungsplan auf, nach dem alle Beschwerden, die im Laufe des Jahres eingereicht werden, auf die Beschwerdekammern verteilt und die Mitglieder und deren Vertreter bestimmt werden, die in den einzelnen Kammern tätig werden können. Der Plan kann im Laufe des Geschäftsjahres geändert werden.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
	(2) Jeder Vorsitzende einer Kammer erstellt vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres eine Liste der Verfahren, in denen die Kammer in dem betreffenden Jahr voraussichtlich eine mündliche Verhandlung abhalten, eine Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ erlassen oder eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren erlassen wird. Der Präsident der Beschwerdekammern veröffentlicht vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres die Liste jeder Kammer.	Der vorgeschlagene neue Absatz 2 sieht vor, dass eine Liste der Verfahren veröffentlicht wird, in denen die Kammern im Folgejahr voraussichtlich eine mündliche Verhandlung abhalten, eine Mitteilung erlassen oder eine Entscheidung im schriftlichen Verfahren erlassen wird.  Die veröffentlichte Liste basiert auf einem Arbeitsplan, den jeder Vorsitzende für seine Kammer vor Beginn des Geschäftsjahres aufstellt. Diese Planung der im kommenden Jahr erwarteten Arbeitslast soll den Kammern und den Beteiligten eine Erhöhung der Effizienz ermöglichen. Zudem soll die Arbeit der Kammern transparenter und besser vorhersehbar gemacht werden. Bei der Liste handelt es sich um eine vorläufige Aufstellung, um eine flexible Reaktion auf unvorhergesehene Entwicklungen im Laufe des Jahres zu ermöglichen, z. B. bei Rücknahme einer Beschwerde, Verlegung einer mündlichen Verhandlung, Fiktion der Rücknahme einer Anmeldung wegen Nichtzahlung einer Jahresgebühr, oder bei einem Antrag auf Beschleunigung. Die Liste wird rechtzeitig vor Beginn des Jahres, für das sie gilt, veröffentlicht.  Aus der Tatsache, dass ein Verfahren in der Liste enthalten ist, lassen sich keine Rechte herleiten.

(2) Der Vorsitzende jeder Beschwerdekammer bestimmt nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans die Zusammensetzung der Kammer im Einzelfall.	<del>(2) Der Vorsitzende jeder einer Beschwerdekammer bestimmt nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans die Zusammensetzung der Kammer im Einzelfall. Der Vorsitzende bestimmt sich selbst oder ein technisch vorgebildetes oder ein rechtskundiges Mitglied der Kammer zum Vorsitzenden im jeweiligen Beschwerdeverfahren.</del>	Der bisherige Absatz 2 des Artikels 1 wird geändert und in Absatz 3 unnummeriert. Änderung(en) im ersten Satz aus Gründen der Klarheit/Konsistenz. Vorgeschlagener neuer zweiter Satz entspricht dem bisherigen Artikel 2 (3).
<b>Artikel 2</b> <b>Vertretung der Mitglieder</b>	<b>Artikel 2</b> <b>Vertretung Ersetzung der Mitglieder</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Vertretungsgründe sind Verhinderungsgründe, wie insbesondere Krankheit, Arbeitsüberlastung und unvermeidbare Verpflichtungen.	<del>(1) Vertretungsgründe sind Verhinderungsgründe Ein Mitglied oder der Vorsitzende im jeweiligen Beschwerdeverfahren ist zu ersetzen, wenn dieses Mitglied oder der Vorsitzende an der Mitwirkung verhindert ist, wie insbesondere infolge von Krankheit, Arbeitsüberlastung und oder unvermeidbaren Verpflichtungen.</del>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Will ein Mitglied vertreten werden, so unterrichtet es den Vorsitzenden der betreffenden Kammer unverzüglich von seiner Verhinderung.	<del>(2) Will ein Mitglied oder der Vorsitzende im jeweiligen Beschwerdeverfahren vertreten ersetzt werden, so unterrichtet es den Vorsitzenden der betreffenden Kammer unverzüglich von seiner Verhinderung zu unterrichten.</del>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(3) Der Vorsitzende der Kammer kann ein anderes Mitglied der Kammer nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans vertretungsweise zum Vorsitzenden für eine bestimmte Beschwerde bestimmen.	<del>(3) Der Vorsitzende der Kammer kann ein anderes Mitglied der Kammer nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplans vertretungsweise zum Vorsitzenden für eine bestimmte Beschwerde bestimmen.</del>	Gestrichen wegen Einfügung des vorgeschlagenen neuen Satzes 2 in Artikel 1 Absatz 3 und Erweiterung des Absatzes 1 ("... oder der Vorsitzende im jeweiligen Beschwerdeverfahren ...").
<b>Artikel 3</b> <b>Ausschließung und Ablehnung</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Ausschließung und Ablehnung</b>	
(1) Das Verfahren nach Artikel 24 Absatz 4 EPÜ ist auch anzuwenden, wenn eine Kammer von einem möglichen Ausschließungsgrund auf andere Weise als von dem Mitglied oder einem Beteiligten Kenntnis erhält.	(1) Das Verfahren nach Artikel 24 Absatz 4 EPÜ ist auch anzuwenden, wenn eine Kammer von einem möglichen Ausschließungs- oder Ablehnungsgrund nach Artikel 24 EPÜ auf andere Weise als von dem betroffenen Mitglied oder von einem Beteiligten Kenntnis erhält.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, sich zu dem Ausschließungsgrund zu äußern.	(2) Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, sich zu dem Ausschließungs- oder Ablehnungsgrund zu äußern.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.

(3) Vor der Entscheidung über die Ausschließung des Mitglieds wird das Verfahren in der Sache nicht weitergeführt.	(3) Vor der Entscheidung über die Ausschließung oder Ablehnung des Mitglieds wird das Verfahren in der Sache nicht weitergeführt.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 4 Kontrolle des Verfahrens</b>	<b>Artikel 4 Kontrolle des Verfahrens</b>	
(1) Der Vorsitzende bestimmt für jede Beschwerde ein Mitglied der Kammer oder sich selbst für die Prüfung, ob die Beschwerde zulässig ist.	(1) Der Vorsitzende der Kammer bestimmt für jede Beschwerde ein Mitglied der Kammer oder sich selbst für die Prüfung, ob die Beschwerde zulässig ist.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.  In den meisten Fällen wird der Vorsitzende der Kammer für die Prüfung, ob die Beschwerde zulässig ist, ein rechtskundiges Mitglied bestimmen. Wurde der Berichterstatter (meist ein technisch vorgebildetes Mitglied) bestimmt, bevor die Besetzung der Kammer vervollständigt ist (siehe vorgeschlagenen neuen Artikel 5 Absatz 1), so kann der Vorsitzende der Kammer entscheiden, das rechtskundige Mitglied erst dann mit der Prüfung zu beauftragen, wenn die vollständige Zusammensetzung der Kammer feststeht.
(2) Der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmtes Mitglied stellt sicher, dass die Beteiligten diese Verfahrensordnung und die Anweisungen der Kammer befolgen, und schlägt hierfür geeignete Maßnahmen vor.	(2) Der Vorsitzende im jeweiligen Beschwerdeverfahren oder ein von ihm vom Vorsitzenden der Kammer bestimmtes Mitglied stellt sicher, dass die Beteiligten diese Verfahrensordnung und die Anweisungen der Kammer befolgen, und schlägt hierfür geeignete Maßnahmen vor.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 5 Berichterstatter</b>	<b>Artikel 5 Berichterstatter</b>	
(1) Der Vorsitzende der Kammer bestimmt für jede Beschwerde eines der Mitglieder der Kammer oder sich selbst als Berichterstatter. Der Vorsitzende kann einen Mitberichterstatter bestimmen, wenn dies im Hinblick auf den Beschwerdegegenstand zweckmäßig erscheint.	(1) Der Vorsitzende der Kammer bestimmt für jede Beschwerde eines der technisch vorgebildeten oder ein rechtskundiges Mitglieder der Kammer oder sich selbst als Berichterstatter. Der Vorsitzende der Kammer kann einen Mitberichterstatter bestimmen, wenn dies im Hinblick auf den Beschwerdegegenstand zweckmäßig erscheint. Die Zusammensetzung der Kammer kann gemäß Artikel 1 Absatz 3 zu einem späteren Zeitpunkt vervollständigt werden. Die in den Absätzen 4 und 5 genannten Maßnahmen können erst getroffen werden, wenn die Zusammensetzung der Kammer gemäß Artikel 1 Absatz 3 vervollständigt wurde.	Der vorgeschlagene neue Absatz 1 ermöglicht es, dass der Vorsitzende den Berichterstatter schon bestimmen kann, ehe er die übrige Besetzung der Kammer festlegt. Die Festlegung kann beispielsweise erfolgen, wenn ein Verfahren auf die in Artikel 1 Absatz 2 genannte Liste gesetzt wird.  Die im vorgeschlagenen neuen Absatz 3 genannten Maßnahmen können vom Berichterstatter und ggf. vom Mitberichterstatter durchgeführt werden, unabhängig davon, ob die übrige Besetzung der Kammer bereits festgelegt wurde. Laut dem vorgeschlagenen neuen Satz 4 in Absatz 1 darf der Berichterstatter und ggf. der Mitberichterstatter aber erst dann Mitteilungen fertigen, Vorbereitungen für die mündliche Verhandlung treffen und Entscheidungen entwerfen, wenn die vollständige Zusammensetzung der Kammer feststeht.

<p>(2) Ist ein Mitberichterstatter bestimmt worden, so werden die in den Absätzen 3 bis 5 vorgesehenen Maßnahmen vorbehaltlich einer Anordnung des Vorsitzenden gemeinsam vom Berichterstatter und dem Mitberichterstatter getroffen.</p>	<p>(2) Ist ein Mitberichterstatter bestimmt worden, so werden die in den Absätzen 3 bis 5 vorgesehenen genannten Maßnahmen vorbehaltlich einer Anordnung des Vorsitzenden gemeinsam von dem Berichterstatter und dem Mitberichterstatter getroffen.</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p>(3) Der Berichterstatter führt eine vorläufige Untersuchung der Beschwerde durch und kann vorbehaltlich einer Anordnung des Vorsitzenden der Kammer Bescheide an die Beteiligten abfassen. Die Bescheide werden vom Berichterstatter im Auftrag der Kammer unterzeichnet.</p>	<p>(3) Der Berichterstatter führt eine vorläufige Untersuchung Prüfung der Beschwerde durch und kann vorbehaltlich einer Anordnung des Vorsitzenden der Kammer Bescheide an die Beteiligten abfassen und beurteilt, vorbehaltlich einer Anweisung des Vorsitzenden der Kammer, ob die Beschwerde vorrangig vor oder zusammen mit anderen dem Berichterstatter zugewiesenen Beschwerden behandelt werden sollte. Die Bescheide werden vom Berichterstatter im Auftrag der Kammer unterzeichnet.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 3 führt ein wichtiges Element für die frühzeitige Steuerung des Verfahrensablaufs ein. Vorbehaltlich einer Anweisung des Vorsitzenden der Kammer, der den vollständigen Überblick hat, beurteilt der Berichterstatter, ob die Beschwerde Vorrang vor anderen ihm zugewiesenen Beschwerden haben sollte, etwa wenn eine Zurückverweisung wahrscheinlich ist oder die Beschwerde nach dem Bericht des Geschäftsstellenbeamten gemäß Artikel 6 Absatz 3 unzulässig erscheint. Der Berichterstatter prüft auch, ob die Beschwerde zusammen mit anderen Beschwerden behandelt werden sollte.</p> <p>Im Allgemeinen werden die Fälle in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt ("first in, first out"). Davon sollte der Berichterstatter jedoch abweichen, wenn sich Synergieeffekte erzielen lassen, etwa indem ähnliche Fälle nacheinander behandelt werden.</p> <p>Satz 2 des derzeitigen Absatzes 3 des Artikels 5 wird gestrichen; sein Inhalt wird klargestellt und in den vorgeschlagenen neuen Absatz 4 überführt, der zur Anwendung kommt, sobald die vollständige Zusammensetzung der Kammer feststeht.</p>
<p>(4) Der Berichterstatter bereitet die Sitzungen und mündlichen Verhandlungen der Kammer vor.</p>	<p>(4) Der Berichterstatter entwirft vorbehaltlich einer Anweisung des Vorsitzenden im jeweiligen Beschwerdeverfahren Mitteilungen im Namen der Kammer und bereitet die Sitzungen Besprechungen der Kammer und die mündlichen Verhandlungen der Kammer vor.</p>	<p>Der derzeitige Absatz 4 des Artikels 5 wird analog zum vorgeschlagenen neuen Absatz 1 Satz 4 geändert, um zu berücksichtigen, dass der Berichterstatter Mitteilungen erst entwerfen kann, wenn die Besetzung der Kammer abgeschlossen ist.</p>
<p>(5) Der Berichterstatter entwirft die Entscheidungen.</p>	<p>(5) Der Berichterstatter entwirft die Entscheidungen.</p>	

<p>(6) Ist der Berichterstatter oder der Mitberichterstatter der Ansicht, dass seine Kenntnisse der Verfahrenssprache für die Abfassung von Bescheiden und Entscheidungen nicht ausreichen, so kann er diese in einer anderen Amtssprache entwerfen. Die Entwürfe werden vom Europäischen Patentamt in die Verfahrenssprache übersetzt; die Übersetzungen werden von dem Berichterstatter oder von einem anderen Mitglied der Kammer überprüft.</p>	<p>(6) Ist der Berichterstatter oder der Mitberichterstatter der Ansicht, dass seine Kenntnisse der Verfahrenssprache für die Abfassung von <del>Bescheiden</del> <b>Mitteilungen</b> und Entscheidungen nicht ausreichen, so kann er diese in einer anderen Amtssprache entwerfen. Die Entwürfe werden vom Europäischen Patentamt in die Verfahrenssprache übersetzt; die Übersetzungen werden von dem Berichterstatter oder von einem anderen Mitglied der Kammer <b>im jeweiligen Beschwerdeverfahren</b> überprüft.</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p><b>Artikel 6 Geschäftsstellen</b></p>	<p><b>Artikel 6 Geschäftsstellen</b></p>	
<p>(1) Bei den Beschwerdekammern werden Geschäftsstellen eingerichtet, deren Aufgaben von Geschäftsstellenbeamten wahrgenommen werden. Einer der Geschäftsstellenbeamten wird zum Leiter der Geschäftsstellen bestellt.</p>	<p>(1) Bei den Beschwerdekammern werden Geschäftsstellen eingerichtet, deren Aufgaben von Geschäftsstellenbeamten wahrgenommen werden. Einer der Geschäftsstellenbeamten wird zum Leiter der Geschäftsstellen bestellt.</p>	
<p>(2) Das in Regel 12 Absatz 1 EPÜ erwähnte Präsidium kann den Geschäftsstellenbeamten Aufgaben übertragen, die technisch und rechtlich keine Schwierigkeiten bereiten, wie insbesondere Aufgaben betreffend Akteneinsicht, Ladung, Zustellung oder Gewährung von Weiterbehandlung.</p>	<p>(2) Das in Regel 12<b>b</b> Absatz 1 EPÜ <b>erwähnte</b> genannte Präsidium kann den Geschäftsstellenbeamten Aufgaben übertragen, die technisch und rechtlich keine Schwierigkeiten bereiten, wie insbesondere Aufgaben betreffend Akteneinsicht, Ladung <b>zur mündlichen Verhandlung</b>, Zustellung oder Gewährung von Weiterbehandlung.</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p>(3) Der Geschäftsstellenbeamte legt dem Vorsitzenden der Kammer zu jeder neu eingegangenen Beschwerde einen Bericht über die Zulässigkeit der Beschwerde vor.</p>	<p>(3) Der Geschäftsstellenbeamte legt dem Vorsitzenden der Kammer zu jeder neu eingegangenen Beschwerde einen Bericht über die Zulässigkeit der Beschwerde vor.</p>	
<p>(4) Niederschriften über mündliche Verhandlungen und Beweisnahmen werden vom Geschäftsstellenbeamten oder von einem anderen Bediensteten des Amtes, den der Vorsitzende dafür bestimmt, angefertigt.</p>	<p>(4) Der Vorsitzende im jeweiligen Beschwerdeverfahren <b>bestimmt ein Mitglied der Kammer oder, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Kammer, den Geschäftsstellenbeamten für die Abfassung der Niederschriften über die mündliche Verhandlungen und die Beweisnahmen werden vom Geschäftsstellenbeamten oder von einem anderen Bediensteten des Amtes, den der Vorsitzende dafür bestimmt, angefertigt.</b></p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p> <p>Der Inhalt einer Niederschrift über die mündliche Verhandlung ist in Regel 124 EPÜ festgelegt. Demnach enthält die von der Kammer gefertigte Niederschrift die wesentlichen Verfahrenshandlungen, z. B. die Anträge der Beteiligten und die Vorlage von Dokumenten in der mündlichen Verhandlung. Argumente der Beteiligten in der mündlichen Verhandlung werden jedoch im Allgemeinen nicht in die Niederschrift aufgenommen, auch wenn sie durchaus in die schriftliche Entscheidung der Kammer eingehen können.</p>

<b>Artikel 7 Beteiligung von Dolmetschern</b>	<b>Artikel 7 Beteiligung von Dolmetschern</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
Soweit erforderlich, sorgt der Vorsitzende der Kammer bei mündlichen Verhandlungen, Beweisaufnahmen und Beratungen der Kammer für Übersetzungen.	Soweit erforderlich, sorgt der Vorsitzende der Kammer im jeweiligen Beschwerdeverfahren bei mündlichen Verhandlungen, Beweisaufnahmen und Beratungen der Kammer für Übersetzungen die Zuziehung von Dolmetschern.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 8 Änderung in der Zusammensetzung der Kammer</b>	<b>Artikel 8 Änderung in der Zusammensetzung der einer Kammer</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Ändert sich die Zusammensetzung einer Kammer nach einer mündlichen Verhandlung, so werden die Beteiligten unterrichtet, dass auf Antrag eine erneute mündliche Verhandlung vor der Kammer in ihrer neuen Zusammensetzung stattfindet. Eine erneute mündliche Verhandlung findet auch dann statt, wenn das neue Mitglied dies beantragt und die übrigen Mitglieder der Kammer damit einverstanden sind.	(1) Ändert sich die Zusammensetzung einer Kammer nach einer mündlichen Verhandlung, so werden die Beteiligten unterrichtet, dass auf Antrag eine erneute mündliche Verhandlung vor der Kammer in ihrer neuen Zusammensetzung stattfindet. Eine erneute mündliche Verhandlung findet auch dann statt, wenn das neue Mitglied dies beantragt und die übrigen Mitglieder der Kammer im jeweiligen Beschwerdeverfahren damit einverstanden sind.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Jedes neue Mitglied ist an bereits getroffene Zwischenentscheidungen wie die übrigen Mitglieder gebunden.	(2) Jedes neue Mitglied ist an bereits getroffene Zwischenentscheidungen wie die übrigen Mitglieder gebunden.	
(3) Ist ein Mitglied der Kammer nach einer Endentscheidung verhindert, so wird es nicht ersetzt. Ist der Vorsitzende verhindert, so unterzeichnet in seinem Auftrag das im Rahmen der Beschwerdekammern dienstälteste Mitglied der Kammer und bei gleichem Dienstalter das älteste Mitglied.	(3) Ist ein Mitglied der Kammer nach einer <del>Endentscheidung</del> Entscheidung über die Beschwerde verhindert, so wird es nicht ersetzt. Ist der Vorsitzende des jeweiligen Beschwerdeverfahrens verhindert, so unterzeichnet in seinem Auftrag stattdessen das im Rahmen der Beschwerdekammern dienstälteste Mitglied der Kammer und bei gleichem Dienstalter das älteste Mitglied die Entscheidung.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz. Die "Entscheidung über die Beschwerde" ist die Entscheidung, mit der das Beschwerdeverfahren abgeschlossen wird. Nicht gemeint sind damit u. a. Entscheidungen über die Befassung der Großen Beschwerdekammer, Entscheidungen zur Durchführung einer Beweisaufnahme oder Entscheidungen über die Verlegung der mündlichen Verhandlung.

<b>Artikel 9</b> <b>Erweiterung einer Beschwerdekammer</b>	<b>Artikel 9</b> <b>Erweiterung einer Beschwerdekammer</b> <b>Kammer</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
Ist eine Beschwerdekammer, die sich aus zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied zusammensetzt, der Meinung, dass die Art der Beschwerde es erfordert, dass sich die Beschwerdekammer aus drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern zusammensetzt, so entscheidet die Kammer hierüber zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt bei der Prüfung der Beschwerde.	Ist eine <del>Beschwerde</del> Kammer, die sich aus zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern und einem rechtskundigen Mitglied zusammensetzt, der Meinung, dass die Art der Beschwerde es erfordert, dass sich die <del>Beschwerdekammer</del> <b>Kammer</b> aus drei technisch vorgebildeten Mitgliedern und zwei rechtskundigen Mitgliedern zusammensetzt, so <del>entscheidet</del> <b>trifft die Kammer hierüber die Entscheidung über die Erweiterung</b> zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt bei der Prüfung der Beschwerde.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 10</b> <b>Verbindung von Beschwerdeverfahren</b>	<b>Artikel 10</b> <b>Verbindung und Beschleunigung von Beschwerdeverfahren</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Sind gegen eine Entscheidung mehrere Beschwerden eingelegt, so werden sie im selben Verfahren behandelt.	(1) Sind gegen eine Entscheidung mehrere Beschwerden eingelegt <del>worden</del> , so werden sie im selben Verfahren behandelt.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Sind Beschwerden gegen verschiedene Entscheidungen eingelegt worden und ist für deren Behandlung eine Kammer in der gleichen Zusammensetzung zuständig, so kann diese Kammer diese Beschwerden mit Zustimmung der Beteiligten in einem gemeinsamen Verfahren behandeln.	(2) Sind <del>Beschwerden</del> gegen verschiedene Entscheidungen <del>Beschwerden</del> eingelegt worden, <del>die eindeutig zusammenhängen</del> , und <del>ist für deren Behandlung</del> sollen diese <del>Beschwerden von einer Kammer in derselben gleichen Zusammensetzung zuständig</del> geprüft werden, so bemüht sich die Kammer, sie alle unmittelbar nacheinander zu behandeln. Nach Anhörung der Beteiligten <del>so</del> kann diese Kammer <del>diese</del> solche Beschwerden <del>auch mit Zustimmung der Beteiligten</del> in einem gemeinsamen Verfahren behandeln.	Der vorgeschlagene neue Absatz 2 steht in direktem Zusammenhang mit der Steuerung des Verfahrensablaufs und sieht vor, dass die Kammer eindeutig miteinander zusammenhängende Beschwerden (z. B. Teilanmeldungen, Stammanmeldungen, Anmeldungen mit derselben Priorität) unmittelbar nacheinander behandeln soll. Die Kammer kann solche Beschwerdeverfahren auch gemeinsam behandeln. Eine gemeinsame Behandlung von Beschwerdeverfahren bedarf nicht mehr der Zustimmung der Beteiligten, doch wird deren Anspruch auf rechtliches Gehör und auf ein faires Verfahren davon nicht beeinträchtigt. Auch die Beteiligten können ein gemeinsames Verfahren beantragen.

	<p>(3) Auf Antrag eines Beteiligten kann die Kammer das Beschwerdeverfahren beschleunigen. Der Antrag muss Gründe benennen, die eine Beschleunigung rechtfertigen, und gegebenenfalls durch schriftliche Beweismittel gestützt werden. Die Kammer teilt den Beteiligten mit, ob dem Antrag stattgegeben wurde.</p>	<p>Die vorgeschlagenen neuen Absätze 3 bis 6 ersetzen die Mitteilung des Vizepräsidenten der Generaldirektion 3 vom 17. März 2008 über die Beschleunigung des Verfahrens vor den Beschwerdekammern (ABl. EPA 2008, 220).</p> <p>Die Möglichkeit der Verfahrensbeschleunigung erlaubt es den Kammern, einer Beschwerde Vorrang gegenüber anderen anhängigen Beschwerden einzuräumen (siehe vorgeschlagener neuer Absatz 6). Die Beschleunigung beeinträchtigt nicht das rechtliche Gehör der Beteiligten (vgl. Artikel 113 EPÜ und den vorgeschlagenen neuen Artikel 13 Absatz 3), ihr Recht auf ein faires Verfahren im Allgemeinen oder die Qualität der Entscheidung der Kammer.</p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 3 stellt die Entscheidung über den Antrag eines Beteiligten auf Beschleunigung in das Ermessen der Kammer. Die Beteiligten müssen Gründe anführen, die ggf. durch schriftliche Beweismittel gestützt werden, damit die Kammer entscheiden kann, ob das Verfahren beschleunigt werden soll. Triftige Gründe für eine Beschleunigung sind insbesondere bereits anhängige oder geplante Verletzungsklagen oder die Tatsache, dass potenzielle Lizenznehmer des Streitpatents ihre Entscheidung vom Ausgang der Beschwerde abhängig machen. Die bloße Behauptung, dass eine solche Situation vorliegt, reicht nicht aus. Vielmehr sollte der Antragsteller etwa im Falle einer anhängigen Verletzungsklage schriftliche Beweismittel wie eine Kopie der Klageschrift einreichen, aus der das Aktenzeichen und die Namen der Beteiligten hervorgehen. Die Darlegung eines "berechtigten Interesses" (wie in der bisher geltenden Mitteilung) ist jedoch nicht mehr erforderlich. Die anderen Beteiligten können zu dem Antrag und seiner Begründung Stellung nehmen, doch wird die Kammer sie in der Regel nicht dazu auffordern.</p>
--	--	---



		<p>Eine Kammer kann von einer Beschleunigung auch dann absehen, wenn die Begründung des Antragstellers eine solche grundsätzlich rechtfertigen würde. Beispielsweise kann ein Antrag auf Beschleunigung abgelehnt werden, weil bereits mehrere beschleunigte Fälle vor der Kammer anhängig sind: Je mehr solchen Anträgen eine Kammer stattgibt, desto größer ist die Gefahr, dass sich die Behandlung nicht beschleunigter Fälle weiter verzögert.</p> <p>Hat die Kammer über den Antrag entschieden, so teilt sie dies den Beteiligten mit; im Falle einer Ablehnung begründet sie ihre Entscheidung.</p> <p>Auch ohne Antrag eines Beteiligten kann eine Kammer das Beschwerdeverfahren von sich aus beschleunigen, siehe den vorgeschlagenen neuen Absatz 5.</p> <p>Der Beteiligte, der eine Beschleunigung beantragt, kann die Kammer auch ersuchen, den Antrag von der Akteneinsicht auszuschließen, siehe Artikel 128 (4) EPÜ, Regel 144 Buchstabe d EPÜ und Beschluss der Präsidentin des Europäischen Patentamts, Sonderausgabe Nr. 3 zum ABI. EPA 2007, J.3. Laut diesen Bestimmungen wird, wenn ein Ausschluss beantragt wird, das betreffende Schriftstück bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag vorläufig von der Akteneinsicht ausgeschlossen, siehe Artikel 1.3 in Verbindung mit 1.2 Buchstabe a des genannten Beschlusses der Präsidentin des Europäischen Patentamts. Der Antragsteller muss aber damit rechnen, dass jegliches Vorbringen im Verfahren vor der Kammer an die anderen Beschwerdebeteiligten weitergeleitet wird.</p>
	<p>(4) Beantragt ein Gericht oder eine andere zuständige Behörde in einem Vertragsstaat eine Beschleunigung des Beschwerdeverfahrens, so teilt die Kammer dem Gericht oder der Behörde und den Beteiligten mit, ob dem Antrag stattgegeben wurde und wann voraussichtlich eine mündliche Verhandlung, falls vorgesehen, stattfinden wird.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 4 erlaubt einem Gericht, eine Beschleunigung zu beantragen. Der Begriff "Gericht" soll auch das Einheitliche Patentgericht (EPG) umfassen. Ein Gericht braucht keinen besonderen Grund für die Beantragung einer Beschleunigung. In der Regel werden die Kammern dem Beschleunigungsantrag eines Gerichts stattgeben. Die Kammer wird das Gericht auch zügig davon unterrichten, wann voraussichtlich die mündliche Verhandlung stattfindet. Falls eine Kammer einen Antrag ausnahmsweise ablehnt, unterrichtet sie das Gericht und die Beteiligten über die Gründe dafür.</p>
	<p>(5) Die Kammer kann das Beschwerdeverfahren von Amts wegen beschleunigen.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 5 kodifiziert die grundsätzliche Befugnis der Kammern, ihre Verfahren von Amts wegen zu beschleunigen. Das könnte eine Kammer beispielsweise dann tun, wenn die Sache mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückverwiesen wird, weil das Verfahren vor der ersten Instanz wesentliche Mängel aufweist (siehe vorgeschlagener neuer Artikel 11).</p> <p>Anders als in den Situationen, die mit den vorgeschlagenen neuen Absätzen 3 und 4 geregelt werden, müssen die Beteiligten im Falle von dem vorgeschlagenen neuen Absatz 5 nicht informiert werden. Die Rechte der Beteiligten bleiben unberührt, wenn die Kammern das Beschwerdeverfahren von sich aus beschleunigen. Wird das Verfahren beispielsweise beschleunigt, nachdem ein Beteiligter sein Vorbringen geändert hat, so erhalten die anderen Beteiligten nach Maßgabe der für dieses konkrete Verfahrensstadium geltenden Bestimmungen Gelegenheit, darauf zu reagieren.</p>

	(6) Beschleunigt die Kammer das Beschwerdeverfahren, so räumt sie der Beschwerde Vorrang gegenüber anderen Beschwerden ein. Die Kammer kann einen straffen Rahmen für die Verfahrensführung setzen.	Der vorgeschlagene neue Absatz 6 beschreibt die beiden Konsequenzen einer beschleunigten Bearbeitung: Die Sache erhält Vorrang gegenüber anderen Fällen, und die Kammer kann das Verfahren im Interesse der Steuerung des Verfahrensablaufs straff führen, wobei stets das rechtliche Gehör der Beteiligten und der Grundsatz eines fairen Verfahrens zu beachten sind. So kann die Kammer den Beteiligten beispielsweise verfahrensleitende Hinweise geben, eine Frist (für Vorbringen) setzen und frühzeitig zur mündlichen Verhandlung laden. Halten die Beteiligten sich nicht an diesen straffen Rahmen, so kann die Kammer es für sinnvoll erachten, die Beschleunigung zu beenden.
<b>Artikel 11</b> <b>Zurückverweisung an die erste Instanz</b>	<b>Artikel 11</b> <b>Zurückverweisung an die erste Instanz</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
Eine Kammer verweist die Angelegenheit an die erste Instanz zurück, wenn das Verfahren vor der ersten Instanz wesentliche Mängel aufweist, es sei denn, dass besondere Gründe gegen die Zurückverweisung sprechen.	Eine Kammer verweist die Angelegenheit nur dann zur weiteren Entscheidung an das Organ zurück, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wenn besondere Gründe dafür sprechen. Besondere Gründe liegen in der Regel vor, wenn das Verfahren vor diesem Organ wesentliche Mängel aufweist.	Nach Artikel 111 Absatz 1 Satz 2 EPÜ wird eine Kammer entweder im Rahmen der Zuständigkeit des erstinstanzlichen Organs tätig oder verweist die Angelegenheit zur weiteren Entscheidung an dieses Organ zurück. Ziel der neuen Vorschrift ist es, die Wahrscheinlichkeit eines Ping-Pong-Effekts zwischen den Beschwerdekammern und der ersten Instanz sowie die damit einhergehende unangemessene Verzögerung des Gesamtverfahrens vor dem Europäischen Patentamt zu verringern. Bei der Ermessensausübung gemäß Artikel 111 EPÜ soll die Kammer diesem Ziel Rechnung tragen. Im Zuge des Konvergenzansatzes, der nun mit den vorgeschlagenen neuen Artikeln 12 und 13 umgesetzt wird, ist davon auszugehen, dass mehr Fragen in der ersten Instanz aufgeworfen und behandelt werden und sich die Notwendigkeit einer Zurückverweisung deshalb verringern wird.  Der vorgeschlagene neue Artikel 11 ist nur anzuwenden, wenn eine Zurückverweisung "zur weiteren Entscheidung" erfolgt. Nicht erfasst sind insbesondere Fälle, in denen die Kammer die Angelegenheit mit der Anordnung zurückverweist, ein Patent zu erteilen oder ein Patent in geänderter Fassung aufrechtzuerhalten, sei es mit oder ohne Anpassung der Beschreibung.  Ob "besondere Gründe" vorliegen, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Wenn die Kammer alle relevanten Fragen mit angemessenem Aufwand entscheiden kann, sollte sie die Angelegenheit in der Regel nicht zurückverweisen.  Gemäß Satz 2 des vorgeschlagenen neuen Artikels 11 wird eine Kammer die Angelegenheit in der Regel dann zurückverweisen, wenn sie feststellt, dass das Verfahren der ersten Instanz wesentliche Mängel aufweist.
<b>Artikel 12</b> <b>Grundlage des Verfahrens</b>	<b>Artikel 12</b> <b>Grundlage des Beschwerdeverfahrens</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Dem Beschwerdeverfahren liegen zugrunde	(1) Dem Beschwerdeverfahren liegen zugrunde	
	a) die angefochtene Entscheidung und die Niederschriften über mündliche Verhandlungen vor dem Organ, das die Entscheidung erlassen hat;	Angesichts des Charakters des Beschwerdeverfahrens, wie er im vorgeschlagenen neuen Absatz 2 zum Ausdruck kommt (d. h. gerichtliche Überprüfung der angefochtenen Entscheidung), stellt der vorgeschlagene neue Absatz 1 Buchstabe a klar, dass diese Unterlagen zu berücksichtigen sind.

a) die Beschwerde und die Beschwerdebegründung nach Artikel 108 EPÜ;	ab) die Beschwerde und die Beschwerdebegründung nach Artikel 108 EPÜ;	Umnummeriert.
b) in Fällen mit mehr als einem Beteiligten alle schriftlichen Erwidernngen des bzw. der anderen Beteiligten, die innerhalb von vier Monaten nach Zustellung der Beschwerdebegründung einzureichen sind;	bc) in Fällen Verfahren mit mehr als einem Beteiligten alle schriftlichen Erwidernngen des bzw. oder der anderen Beteiligten, die innerhalb von vier Monaten nach Zustellung der Beschwerdebegründung einzureichen sind;	Umnummeriert. Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
c) Mitteilungen der Kammer und Antworten hierauf, die gemäß den Anweisungen der Kammer eingereicht worden sind.	ed) Mitteilungen der Kammer und Antworten hierauf darauf, die gemäß den Anweisungen der Kammer eingereicht worden sind;	Umnummeriert. Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
	e) Niederschriften über eine Video- oder Telefonkonferenz mit dem oder den Beteiligten, die von der Kammer verschickt wurden.	Findet zwischen den Beteiligten und der Kammer ein Informationsaustausch per Video- oder Telefonkonferenz statt (z. B. im Interesse der Steuerung des Verfahrensablaufs oder zur Ausräumung geringfügiger Fragen), so ist laut dem vorgeschlagenen neuen Absatz 1 Buchstabe e nur die Niederschrift der Kammer über diese Konferenz maßgeblich und zu berücksichtigen.
	(2) Im Hinblick auf das vorrangige Ziel des Beschwerdeverfahrens, die angefochtene Entscheidung gerichtlich zu überprüfen, ist das Beschwerdevorbringen der Beteiligten auf die Anträge, Tatsachen, Einwände, Argumente und Beweismittel zu richten, die der angefochtenen Entscheidung zugrunde liegen.	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 gibt in Übereinstimmung mit der ständigen Rechtsprechung der Beschwerdekammern eine allgemeine Definition von Art und Gegenstand des Beschwerdeverfahrens. Die Beschwerdekammern bilden in Verfahren vor dem Europäischen Patentamt die erste und letzte gerichtliche Instanz. In dieser Eigenschaft überprüfen sie die angefochtenen Entscheidungen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht.</p> <p>Der Begriff "Anträge" ist in diesem Zusammenhang nicht auf den geänderten Wortlaut von Patentanmeldungen oder Patenten beschränkt.</p> <p>Der in dieser Verfahrensordnung verwendete Begriff "Einwand" steht nicht für einen Einspruchsgrund, kann aber ein im Rahmen eines Einspruchsgrunds formulierter Angriff sein. Somit gelten die Feststellungen der Großen Beschwerdekammer in der Entscheidung G 9/91 (ABl. EPA 1993, 408) und der Stellungnahme G 10/91 (ABl. EPA 1993, 420) nach wie vor. Der Begriff "Einwand" umfasst z. B. auch, was von den Kammern oder den Beteiligten manchmal als "Angriff" bezeichnet wird.</p>

<p>(2) Die Beschwerdebegründung und die Erwiderung müssen den vollständigen Sachvortrag eines Beteiligten enthalten. Sie müssen deutlich und knapp angeben, aus welchen Gründen beantragt wird, die angefochtene Entscheidung aufzuheben, abzuändern oder zu bestätigen, und sollen ausdrücklich und spezifisch alle Tatsachen, Argumente und Beweismittel anführen. Alle Unterlagen, auf die Bezug genommen wird, sind</p>	<p>(2<del>3</del>) Die Beschwerdebegründung und die Erwiderung müssen <del>den</del> das vollständige Sachvortrag Beschwerdevorbringen eines Beteiligten enthalten. Sie Dementsprechend müssen sie deutlich und knapp angeben, aus welchen Gründen beantragt wird, die angefochtene Entscheidung aufzuheben, abzuändern oder zu bestätigen, <del>und</del>; sie sollen ausdrücklich und spezifisch alle geltend gemachten Anträge, Tatsachen, Einwände, Argumente und Beweismittel im Einzelnen anführen. Alle Unterlagen, auf die Bezug genommen wird, sind</p>	<p>Der bisherige Absatz 2 des Artikels 12 wird geändert und in Absatz 3 unnummeriert.</p> <p>Im vorgeschlagenen neuen Absatz 3 werden im Interesse der Konsistenz mit den vorgeschlagenen neuen Absätzen 2 und 6 die Begriffe "Anträge" und "Einwände" hinzugefügt.</p> <p>In der deutschen Fassung wird aus sprachlichen Gründen der Begriff „spezifisch ... anführen" durch „im Einzelnen anführen" ersetzt.</p>
<p>a) als Anlagen beizufügen, soweit es sich nicht um im Zuge des Erteilungs-, Einspruchs- oder Beschwerdeverfahrens bereits eingereichte Unterlagen oder vom Amt in diesen Verfahren erstellte oder eingeführte Schriftstücke handelt;</p>	<p>a) als Anlagen beizufügen, soweit <del>es sich sie</del> nicht schon um im Zuge des Erteilungs-, Einspruchs- oder Beschwerdeverfahrens bereits eingereichte Unterlagen oder vom Amt in diesen Verfahren erstellte oder eingeführte Schriftstücke handelt worden sind;</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p>b) jedenfalls einzureichen, soweit die Kammer dazu im Einzelfall auffordert.</p>	<p>b) <del>jedenfalls</del> auf jeden Fall einzureichen, soweit die Kammer dazu im Einzelfall auffordert.</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p>(3) Vorbehaltlich der Artikel 113 und 116 EPU kann die Kammer nach Einreichung der Beschwerdebegründung bzw. in Fällen mit mehr als einem Beteiligten nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Buchstabe b jederzeit über die Sache entscheiden.</p>	<p><del>(3) Vorbehaltlich der Artikel 113 und 116 EPU kann die Kammer nach Einreichung der Beschwerdebegründung bzw. in Fällen mit mehr als einem Beteiligten nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Buchstabe b jederzeit über die Sache entscheiden.</del></p>	<p>Der bisherige Absatz 3 des Artikels 12 wird leicht geändert und in Absatz 8 überführt.</p>
<p>(4) Unbeschadet der Befugnis der Kammer, Tatsachen, Beweismittel oder Anträge nicht zuzulassen, die bereits im erstinstanzlichen Verfahren hätten vorgebracht werden können oder dort nicht zugelassen worden sind, wird das gesamte Vorbringen der Beteiligten nach Absatz 1 von der Kammer berücksichtigt, wenn und soweit es sich auf die Beschwerdesache bezieht und die Erfordernisse nach Absatz 2 erfüllt.</p>	<p>(4) Erfüllt ein Teil des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten nicht die Erfordernisse nach Absatz 2, so ist dieser Teil als Änderung zu betrachten, sofern der Beteiligte nicht zeigt, dass dieser Teil in dem Verfahren, das zu der angefochtenen Entscheidung geführt hat, in zulässiger Weise vorgebracht und aufrechterhalten wurde. Es steht im Ermessen der Kammer, solche Änderungen zuzulassen.</p> <p>Der Beteiligte hat jede Änderung klar zu kennzeichnen und zu begründen, warum sie im Beschwerdeverfahren erfolgt. Im Falle einer Änderung der Patentanmeldung oder des Patents hat der Beteiligte die Grundlage der Änderung in der ursprünglich</p>	<p><b>Konvergenzansatz – Stufe 1</b></p> <p><b>Zu Beginn des Beschwerdeverfahrens: Umkehr der Vorgehensweise nach dem bisherigen Artikel 12 Absatz 4</b></p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 4 implementiert zu Beginn des Beschwerdeverfahrens die erste Stufe des Konvergenzansatzes, die auf dieses Verfahren anzuwenden ist. Die zweite und die dritte Stufe dieses Ansatzes werden in den vorgeschlagenen neuen Absätzen 1 und 2 des Artikels 13 umgesetzt. Es ist selbstverständlich, dass bei der Anwendung des Konvergenzansatzes das in Artikel 113 EPÜ garantierte rechtliche Gehör der Beteiligten sowie ganz allgemein ihr Recht auf ein faires Verfahren zu beachten sind.</p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 4 ersetzt den bisherigen Absatz 4 des Artikels 12. Dementsprechend wird nicht mehr "das gesamte Vorbringen" (siehe derzeitigen Absatz 4) zu Beginn des Beschwerdeverfahrens grundsätzlich im Beschwerdeverfahren berücksichtigt. Der vorgeschlagene neue Absatz 4 stellt es vielmehr in das Ermessen der Kammer, eine zu Beginn des</p>

	<p>eingereichten Fassung der Anmeldung anzugeben sowie Gründe anzuführen, warum mit der Änderung die erhobenen Einwände ausgeräumt werden.</p> <p>Bei der Ausübung ihres Ermessens berücksichtigt die Kammer insbesondere die Komplexität der Änderung, ihre Eignung zur Behandlung der Fragestellungen, die zur angefochtenen Entscheidung führten, und das Gebot der Verfahrensökonomie.</p>	<p>Beschwerdeverfahrens vorgenommene Änderung des Vorbringens zuzulassen. Der Klarheit halber sei angemerkt, dass die Zulässigkeit der Beschwerde auch weiterhin auf der Grundlage aller vom Beschwerdegegnere in diesem Stadium eingereichten Unterlagen geprüft wird, auch wenn sie gemäß diesem Absatz nicht für die Prüfung der Beschwerde in der Sache zugelassen werden.</p> <p>Gemäß dem vorgeschlagenen neuen Absatz 4 werden Teile der Beschwerdebegründung oder der Erwiderung des Beschwerdegegners, d. h. die Teile des Beschwerdevorbringens, die nicht auf Anträge, Tatsachen usw. gerichtet sind, die der angefochtenen Entscheidung zugrunde liegen (siehe vorgeschlagenen neuen Absatz 2), als Änderung betrachtet. Grundsätzlich fallen unter diese Definition von "Änderung" auch Anträge, Tatsachen, Einwände, Argumente und Beweismittel, die vom Beteiligten vor dem Organ erster Instanz eingereicht, aber von diesem nicht in seiner Entscheidung zugrunde gelegt wurden. Wenn der Beteiligte jedoch im Beschwerdeverfahren zeigt, dass dieses Vorbringen (Anträge, Tatsachen usw.) in zulässiger Weise erfolgt ist und bis zur Entscheidung der ersten Instanz aufrechterhalten wurde, so gilt es nicht als Änderung und ist somit ohne Weiteres Teil des Beschwerdeverfahrens. Anderenfalls werden solche Teile des Beschwerdevorbringens als Änderung betrachtet, deren Zulassung im Ermessen der Kammer steht.</p> <p>Ausführungen eines Beteiligten, die ausschließlich die Auslegung des Rechts betreffen, sind nicht als Änderung im Sinne des vorgeschlagenen neuen Absatzes 4 zu behandeln.</p> <p>Ein Beteiligter muss eine Änderung im Sinne von Satz 1 klar kennzeichnen und rechtfertigen. Wird eine Patentanmeldung oder ein Patent geändert, etwa in Form einer Anspruchsänderung, so muss der Anmelder bzw. Patentinhaber erklären, warum der geänderte Anspruch die Einwände ausräumt, die in der angefochtenen Entscheidung bzw. in der Beschwerdebegründung des Einsprechenden erhoben wurden.</p> <p>Die nicht erschöpfende Liste von Kriterien, die die Kammer bei ihrer Ermessensausübung nach dem vorgeschlagenen neuen Absatz 4 anwenden kann, beruht auf der ständigen Rechtsprechung und enthält Elemente des derzeitigen Artikels 13 Absatz 1. Die Kammer berücksichtigt auch die Begründung eines Beteiligten dafür, weshalb die Änderung erst im Beschwerdeverfahren erfolgt, etwa den Umstand, dass der Beteiligte nicht angemessen auf einen Antrag oder ein Dokument reagieren konnte, der bzw. das erst spät im erstinstanzlichen Verfahren eingereicht wurde. Der Begriff "Fragestellungen, die zur angefochtenen Entscheidung führten" ist nicht beschränkt auf solche Fragen, die in der angefochtenen Entscheidung entschieden oder erwähnt wurden.</p> <p>Bei der Ausübung ihres Ermessens kann die Kammer unter dem Aspekt der Verfahrensökonomie auch berücksichtigen, ob die Änderung einer Patentanmeldung oder eines Patents Anlass zu weiteren Einwänden gibt, insbesondere nach Artikel 84 oder 123 Absatz 2 EPÜ.</p>
--	--	--

	<p>(5) Es steht im Ermessen der Kammer, Vorbringen eines Beteiligten nicht zuzulassen, soweit es die Erfordernisse nach Absatz 3 nicht erfüllt.</p>	<p>Selbst wenn die Beschwerdebegründung bzw. die Erwiderung Vorbringen enthält, das nicht als Änderung im Sinne des vorgeschlagenen neuen Absatzes 4 anzusehen ist, kann die Kammer nach dem vorgeschlagenen neuen Absatz 5 dennoch beschließen, diesen Teil nicht zuzulassen, d. h. ihn im Entscheidungsprozess nicht zu berücksichtigen, wenn er die Kriterien des vorgeschlagenen neuen Absatzes 3 nicht erfüllt. Dazu ist die Kammer bereits nach der derzeitigen Verfahrensordnung befugt (siehe derzeitigen Artikel 12 Absätze 2 und 4).</p> <p>So muss ein Beteiligter, wie auch nach der derzeitigen Verfahrensordnung, "ausdrücklich" alle Anträge, Tatsachen usw., auf die Bezug genommen wird, "im Einzelnen anführen". Tut er das nicht und verweist er stattdessen nur auf sein Vorbringen vor der ersten Instanz, so kann die Kammer entscheiden, dieses Vorbringen (Anträge, Tatsachen usw.) unberücksichtigt zu lassen. Es ist denkbar, dass das Vorbringen eines Beteiligten weder die Erfordernisse des vorgeschlagenen neuen Absatzes 4 noch die des vorgeschlagenen neuen Absatzes 3 erfüllt.</p>
	<p>(6) Anträge, Tatsachen, Einwände oder Beweismittel, die in dem Verfahren, das zu der angefochtenen Entscheidung geführt hat, nicht zugelassen wurden, lässt die Kammer nicht zu, es sei denn, die Entscheidung über die Nichtzulassung war ermessensfehlerhaft oder die Umstände der Beschwerdesache rechtfertigen eine Zulassung.</p> <p>Anträge, Tatsachen, Einwände oder Beweismittel, die in dem Verfahren, das zu der angefochtenen Entscheidung geführt hat, vorzubringen gewesen wären oder die nicht mehr aufrechterhalten wurden, lässt die Kammer nicht zu, es sei denn, die Umstände der Beschwerdesache rechtfertigen eine Zulassung.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 6 Satz 1 nimmt den Teil des derzeitigen Artikels 12 Absatz 4 und der ständigen Rechtsprechung auf, der die Zulassung von Anträgen, Tatsachen usw. betrifft, die im erstinstanzlichen Verfahren nicht zugelassen wurden. Er erlaubt deren Zulassung in Fällen, in denen die erste Instanz ihr Ermessen fehlerhaft ausgeübt hat. Ein Fehler kann beispielsweise darin gesehen werden, dass das Organ erster Instanz sein Ermessen willkürlich oder überhaupt nicht ausgeübt hat oder bei seiner Ermessensausübung einen wesentlichen Faktor außer Acht gelassen hat.</p> <p>Auch wenn kein solcher Fehler vorliegt, kann die Kammer Anträge, Tatsachen usw. zulassen, weil sich die Umstände im Beschwerdestadium geändert haben. Hat beispielsweise eine Einspruchsabteilung ihr Ermessen korrekt dahingehend ausgeübt, ein Dokument wegen mangelnder Relevanz nicht zuzulassen, so kann die Kammer es dennoch zulassen, wenn es angesichts einer Anspruchsänderung im Beschwerdeverfahren relevant geworden ist.</p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 6 Satz 2 nimmt den Teil des derzeitigen Artikels 12 Absatz 4 und der ständigen Rechtsprechung auf, der Anträge, Tatsachen usw. betrifft, die im erstinstanzlichen Verfahren hätten vorgebracht werden können und müssen bzw. die dort nicht mehr aufrechterhalten wurden (z. B. zurückgenommene Anträge), sodass das Organ erster Instanz daran gehindert war, eine Entscheidung darüber zu treffen. Er erlaubt deren Zulassung, wenn sich die maßgeblichen Umstände im Beschwerdestadium geändert haben.</p> <p>Die Bestimmungen der vorgeschlagenen neuen Absätze 4, 5 und 6 gelten parallel während des gesamten Beschwerdeverfahrens.</p>

<p>(5) Fristen können nach dem Ermessen der Kammer nach Eingang eines schriftlichen und begründeten Antrags ausnahmsweise verlängert werden.</p>	<p>(57) Die Kammer kann Fristen, die sie bestimmt hat, können nach dem Ermessen der Kammer nach Eingang eines auf einen vor Ablauf der Frist gestellten schriftlichen und begründeten Antrags hin ausnahmsweise verlängert werden. Entsprechendes gilt für die Frist nach Absatz 1 Buchstabe c; diese darf jedoch höchstens auf sechs Monate verlängert werden.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Satz 1 des Absatzes 7, der den derzeitigen Absatz 5 des Artikels 12 modifiziert und ersetzt, stellt klar, dass die Kammer von ihr selbst bestimmte Fristen nach ihrem Ermessen verlängern kann. Der Wortlaut orientiert sich an den Regeln 100 Absatz 2 und 132 Absatz 2 EPÜ. Die Regelung gilt für die gesamte Dauer des Beschwerdeverfahrens.</p> <p>Die Frist zur Erwiderung ist im vorgeschlagenen neuen Absatz 1 Buchstabe c geregelt und daher keine von der Kammer bestimmte Frist. Sie kann nach dem vorgeschlagenen neuen Satz 2 des Absatzes 7 dennoch um weitere zwei Monate und damit bis zu einem Maximum von sechs Monaten ausnahmsweise verlängert werden.</p> <p>Eine nach Ablauf der Erwiderungsfrist vom Beschwerdegegner eingereichte Erwiderung auf die Beschwerdebegründung wird in der Regel unter die Bestimmungen des Artikels 13 fallen.</p>
	<p>(38) Vorbehaltlich der Artikel 113 und 116 EPÜ kann die Kammer nach Einreichung der Beschwerdebegründung bzw. oder in Fällen Verfahren mit mehr als einem Beteiligten nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Buchstabe b jederzeit über die Sache entscheiden.</p>	<p>Die Bestimmungen des vorgeschlagenen neuen Absatzes 8 des Artikels 12 wurden aus dem derzeitigen Absatz 3 hierher überführt.</p>

<p><b>Artikel 13</b> <b>Änderungen des Vorbringens eines Beteiligten</b></p>	<p><b>Artikel 13</b> <b>Änderungen des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten</b></p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
<p>(1) Es steht im Ermessen der Kammer, Änderungen des Vorbringens eines Beteiligten nach Einreichung seiner Beschwerdebegründung oder Erwiderung zuzulassen und zu berücksichtigen. Bei der Ausübung des Ermessens werden insbesondere die Komplexität des neuen Vorbringens, der Stand des Verfahrens und die gebotene Verfahrensökonomie berücksichtigt.</p>	<p>(1) <del>Es steht im Ermessen der Kammer, Änderungen des Vorbringens</del> <b>Beschwerdevorbringens</b> eines Beteiligten nach Einreichung seiner Beschwerdebegründung oder Erwiderung <del>zuzulassen und zu berücksichtigen bedürfen</del> <b>rechtfertigender Gründe</b> seitens des Beteiligten und ihre Zulassung steht im <b>Ermessen der Kammer.</b></p> <p><del>Bei der Ausübung des Ermessens werden insbesondere die Komplexität des neuen Vorbringens, der Stand des Verfahrens und die gebotene Verfahrensökonomie berücksichtigt.</del></p> <p><b>Artikel 12 Absätze 4 bis 6 gilt entsprechend.</b></p> <p><b>Der Beteiligte muss die Gründe dafür angeben, weshalb er die Änderung erst in dieser Phase des Beschwerdeverfahrens einreicht.</b></p> <p><b>Bei der Ausübung ihres Ermessens berücksichtigt die Kammer insbesondere den Stand des Verfahrens, die Eignung der Änderung zur Lösung der von einem anderen Beteiligten im Beschwerdeverfahren in zulässiger Weise aufgeworfenen Fragen oder der von der Kammer selbst aufgeworfenen Fragen, ferner ob die Änderung der Verfahrensökonomie abträglich ist, und bei Änderung einer Patentanmeldung oder eines Patents, ob der Beteiligte aufgezeigt hat, dass die Änderung prima facie die von einem anderen Beteiligten im Beschwerdeverfahren oder von der Kammer aufgeworfenen Fragen ausräumt und keinen Anlass zu neuen Einwänden gibt.</b></p>	<p><b>Konvergenzansatz – Stufe 2</b></p> <p><b>Beschränkung im Falle eines Beteiligten, der sein Beschwerdevorbringen nach der Anfangsphase des Verfahrens, aber vor Ablauf der in einer Mitteilung nach Regel 100 (2) EPÜ gesetzten Frist oder vor Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung ändert</b></p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 1 implementiert die zweite Stufe des im Beschwerdeverfahren anzuwendenden Konvergenzansatzes. Er legt die Bedingungen fest, unter denen ein Beteiligter sein Beschwerdevorbringen nach der Anfangsphase des Verfahrens und vor Ablauf der in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ gesetzten Frist oder vor Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung ändern kann (siehe auch den vorgeschlagenen neuen Absatz 2 weiter unten). Der Beteiligte muss begründen, warum er die Änderung in dieser Phase des Beschwerdeverfahrens einreicht. Die Zulassung steht im Ermessen der Kammer.</p> <p>Für die Ausübung des Ermessens gibt es eine nicht erschöpfende Liste von Kriterien. Durch ausdrücklichen Verweis auf die vorgeschlagenen neuen Absätze 4 bis 6 des Artikels 12 wird klargestellt, dass die dort angegebenen Kriterien auch für jegliches Vorbringen in dieser Phase gelten. Im vorgeschlagenen neuen Artikel 13 Absatz 1 sind strengere Kriterien enthalten als im vorgeschlagenen neuen Artikel 12 Absatz 4 für die erste Stufe des Konvergenzansatzes. In der zweiten Stufe des Konvergenzansatzes kann die Kammer beispielsweise berücksichtigen, ob die Änderung geeignet ist, die betreffenden Fragen zu lösen (im vorgeschlagenen neuen Artikel 12 Absatz 4 reicht es aus, dass sie die Fragen "behandelt"), und ob die Änderung die Verfahrensökonomie beeinträchtigt (im vorgeschlagenen neuen Artikel 12 Absatz 4 wird auf "das Gebot der Verfahrensökonomie" verwiesen). Wenn die Kammer gemäß Artikel 114 Absatz 1 EPÜ von Amts wegen eine Frage aufwirft, muss das rechtliche Gehör des Beteiligten gemäß Artikel 113 Absatz 1 EPÜ beachtet werden.</p> <p>Wo es um eine Änderung einer Patentanmeldung oder eines Patents geht, muss der Anmelder bzw. Patentinhaber außerdem darlegen, warum die Änderung die erhobenen Einwände prima facie ausräumt (in der ersten Stufe des Konvergenzansatzes muss er nur Gründe anführen), und er muss darlegen, dass die Änderung prima facie keinen Anlass zu neuen Einwänden gibt. Die Entscheidung über die Zulassung der Änderung hängt stets von den Umständen des Einzelfalls ab. So wird die Kammer bei der Entscheidung über die Zulassung der Änderung beispielsweise berücksichtigen, ob die Änderung eine angemessene Antwort auf ein zuvor zugelassenes neues Dokument oder einen neuen Einwand darstellt.</p>



	<p>(2) Änderungen des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten nach Ablauf einer von der Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ bestimmten Frist oder, wenn eine solche Mitteilung nicht ergeht, nach Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung bleiben grundsätzlich unberücksichtigt, es sei denn, der betreffende Beteiligte hat stichhaltige Gründe dafür aufgezeigt, dass außergewöhnliche Umstände vorliegen.</p>	<p><b>Konvergenzansatz – Stufe 3</b></p> <p><b>Am weitesten reichende Beschränkung im Falle eines Beteiligten, der sein Beschwerdevorbringen ändert</b></p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 implementiert die dritte Stufe des im Beschwerdeverfahren anzuwendenden Konvergenzansatzes. Er sieht die am weitesten reichenden Beschränkungen für Beschwerdevorbringen vor, das erst in einem vorgerückten Verfahrensstadium erfolgt, nämlich nach Ablauf einer Frist, die die Kammer in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ bestimmt hat, oder, wenn keine solche Mitteilung ergeht, nach Zustellung einer Ladung zur mündlichen Verhandlung. Eine Mitteilung nach dem vorgeschlagenen neuen Artikel 15 Absatz 1, die einen Beteiligten nicht ausdrücklich auffordert, innerhalb einer von der Kammer bestimmten Frist eine Stellungnahme einzureichen, ist keine Mitteilung im Sinne des vorgeschlagenen neuen Absatzes 2.</p> <p>Unterlässt es der Anmelder, auf eine Aufforderung in einer Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ rechtzeitig zu antworten, so gilt die Anmeldung nach Regel 100 Absatz 3 EPÜ als zurückgenommen, unabhängig davon, ob die Mitteilung vor oder nach der Zustellung einer Ladung verschickt wurde.</p> <p>Das Grundprinzip für die dritte Stufe des Konvergenzansatzes ist, dass in dieser Phase des Verfahrens Änderungen am Beschwerdevorbringen eines Beteiligten nicht mehr berücksichtigt werden. Es gibt jedoch eine begrenzte Ausnahme. Damit diese zum Tragen kommt, muss ein Beteiligter zwingende Gründe aufzeigen, die eindeutig rechtfertigen, dass die Umstände, die zu der Änderung geführt haben, in diesem Verfahren tatsächlich außergewöhnlich sind ("stichhaltige Gründe"). Bringt ein Beteiligter beispielsweise vor, dass die Kammer einen Einwand erstmals in einer Mitteilung erhoben hat, so muss er genau darlegen, warum dieser Einwand neu ist und nicht unter die zuvor von der Kammer oder einem Beteiligten erhobenen Einwände fällt. Die Kammer kann in Ausübung ihres Ermessens entscheiden, die Änderung zuzulassen.</p> <p>In der dritten Stufe des Konvergenzansatzes kann die Kammer auch Kriterien heranziehen, die für die zweite Stufe des Konvergenzansatzes, d. h. nach dem vorgeschlagenen neuen Artikel 13 Absatz 1, maßgeblich sind.</p> <p>Die Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung löst die dritte Stufe des Konvergenzansatzes aus, wenn keine Mitteilung nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ ergeht. Grundsätzlich können die Beteiligten in jeder Phase des Beschwerdeverfahrens geladen werden. Der vorgeschlagene neue Absatz 1 des Artikels 15 sieht jedoch vor, dass sich die Beschwerdekammern bemühen, im Einspruchsbeschwerdeverfahren nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der im vorgeschlagenen neuen Absatz 1 Buchstabe c des Artikels 12 vorgesehenen schriftlichen Erwiderung(en) zu laden. Damit soll verhindert werden, dass kurz nach Erhalt der Erwiderung(en) unerwartet eine Ladung zur mündlichen Verhandlung erfolgt, es sei denn, es liegen besondere Gründe für eine frühere Ladung vor. Die zweimonatige Mindestwartezeit gibt den Beteiligten die Möglichkeit, auf die schriftliche Erwiderung mit Vorbringen zu reagieren, das unter die weniger strenge zweite Stufe des Konvergenzansatzes, d. h. in den Regelungsbereich des vorgeschlagenen neuen Artikels 13 Absatz 1 fällt.</p>
--	---	--

(2) Die anderen Beteiligten sind berechtigt, zu geändertem Vorbringen Stellung zu nehmen, das von der Kammer nicht von Amts wegen als unzulässig erachtet worden ist.	(2 <del>3</del> ) Die anderen Beteiligten sind berechtigt, zu geändertem Vorbringen Stellung zu nehmen, das von der Kammer nicht von Amts wegen als unzulässig erachtet worden ist.	Umnummeriert.
(3) Änderungen des Vorbringens werden nach Anberaumung der mündlichen Verhandlung nicht zugelassen, wenn sie Fragen aufwerfen, deren Behandlung der Kammer oder dem bzw. den anderen Beteiligten ohne Verlegung der mündlichen Verhandlung nicht zuzumuten ist.	<del>(3) Änderungen des Vorbringens werden nach Anberaumung der mündlichen Verhandlung nicht zugelassen, wenn sie Fragen aufwerfen, deren Behandlung der Kammer oder dem bzw. den anderen Beteiligten ohne Verlegung der mündlichen Verhandlung nicht zuzumuten ist.</del>	Die Bestimmungen des derzeitigen Absatzes 3 des Artikels 13 werden durch den vorgeschlagenen neuen Absatz 2 ersetzt.
<b>Artikel 14 Beitritte</b>	<b>Artikel 14 Beitritte</b>	
Die Artikel 12 und 13 gelten entsprechend für Beitritte, die während eines anhängigen Beschwerdeverfahrens erklärt werden.	Wird in einem anhängigen Beschwerdeverfahren der Beitritt erklärt, sind die Artikel 12 und 13 anzuwenden, soweit die Umstände des Falls dies rechtfertigen.	<p>Nach dem jetzigen Artikel 14 gelten die bisherigen Artikel 12 und 13 entsprechend für Beitritte, die während eines anhängigen Beschwerdeverfahrens erklärt werden, und zwar unabhängig von den jeweiligen Umständen des Beschwerdefalls. Nach der Rechtsprechung der Großen Beschwerdekammer erlangt der Beitretende bei einem Beitritt während des Beschwerdeverfahrens die Stellung eines Einsprechenden und hat, mit Ausnahme des Rechts, neue Einspruchsgründe geltend zu machen, die gleichen Rechte und Obliegenheiten wie alle Einsprechenden, die keine Beschwerde eingelegt haben (G 3/04, ABI. EPA 2006, 118 mit Verweis auf G 1/94, ABI. EPA 1994, 787).</p> <p>Bei einem Beitritt während des Beschwerdeverfahrens kann es jedoch besondere Umstände geben, die im Einzelfall eine uneingeschränkte Anwendung der vorgeschlagenen neuen Artikel 12 und 13 beispielsweise aus Gründen der Fairness im Verfahren nicht rechtfertigen. Deshalb sieht der vorgeschlagene neue Artikel 14 jetzt ausdrücklich vor, dass bei einer Beitrittserklärung während des Beschwerdeverfahrens die Frage, inwieweit die vorgeschlagenen neuen Artikel 12 und 13 anwendbar sind, von den Umständen des einzelnen Beschwerdefalls abhängt.</p> <p>Eine Kammer kann nach diesem geänderten Wortlaut beispielsweise bei einem erst kurz vor der mündlichen Verhandlung erklärten Beitritt gegebenenfalls die vorgeschlagenen neuen Artikel 12 und 13 nicht oder nur zum Teil anwenden, wenn sie der Ansicht ist, dass die Umstände des einzelnen Beschwerdefalls dies rechtfertigen. Der Beitretende kann beispielsweise in der Beschwerdephase einen neuen Einspruchsgrund einführen (G 1/94, ABI. EPA 1994, 787), sodass insbesondere der Grundsatz des vorgeschlagenen neuen Absatzes 2 des Artikels 12 in einem solchen Fall nicht zum Tragen kommt.</p>

<b>Artikel 15</b> <b>Mündliche Verhandlungen</b>	<b>Artikel 15</b> <b>Mündliche Verhandlung und Erlass der Entscheidung</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<p>(1) Ist eine mündliche Verhandlung vorgesehen, so kann die Kammer eine Mitteilung erlassen, in der auf Punkte, die von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, oder auf die Tatsache hingewiesen wird, dass bestimmte Fragen offenbar nicht mehr strittig sind; die Mitteilung kann auch andere Bemerkungen enthalten, die es erleichtern, die mündliche Verhandlung auf das Wesentliche zu konzentrieren.</p>	<p>(1) Unbeschadet der Regel 115 Absatz 1 EPÜ bemüht sich die Kammer, wenn eine mündliche Verhandlung vorgesehen ist, um eine Ladungsfrist von mindestens vier Monaten. In Verfahren mit mehr als einem Beteiligten bemüht sich die Kammer, nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der in Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung oder Erwiderungen die Ladung zu versenden. Für die mündliche Verhandlung wird ein einziger Termin festgelegt.</p> <p>Um in der mündlichen Verhandlung die Konzentration auf das Wesentliche zu erleichtern, erlässt die Kammer eine Mitteilung, in der sie auf Punkte hinweist, die für die zu treffende Entscheidung voraussichtlich von besonderer Bedeutung sein werden. Die Kammer kann auch eine vorläufige Einschätzung mitteilen. Die Kammer bemüht sich, die Mitteilung mindestens vier Monate vor dem Termin der mündlichen Verhandlung zu erlassen.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 1 führt einen neuen Zeitrahmen für die Ladung der Beteiligten zur mündlichen Verhandlung ein, und zwar nicht nur aus Entgegenkommen gegenüber den Beteiligten, sondern auch zu dem Zweck, die zur Verfügung stehenden Verhandlungssäle effizienter nutzen zu können.</p> <p>Wie schon bisher wird ein einziger Termin für die mündliche Verhandlung festgelegt, der einen oder mehr Tage umfassen kann.</p> <p>Als wichtiges Instrument zur Steuerung des Verfahrensablaufs sieht der vorgeschlagene neue Absatz 1 vor, dass die Kammer eine Mitteilung erlässt. Um die Konzentration auf das Wesentliche zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass die mündliche Verhandlung effizient durchgeführt wird, stützt sich die Mitteilung auf eine gründliche Analyse des Falls und macht auf Punkte aufmerksam, die für die zu treffende Entscheidung voraussichtlich von besonderer Bedeutung sein werden. Die Kammer kann in der mündlichen Verhandlung auch andere Punkte ansprechen.</p> <p>In den meisten Fällen wird die Kammer in ihrer Mitteilung zugleich eine vorläufige Einschätzung mitteilen. In einigen Fällen wird die Kammer dies hingegen möglicherweise für nicht angebracht halten.</p> <p>Im ersten und im letzten Satz des vorgeschlagenen neuen Absatzes 1 wird ein neuer Zeitrahmen eingeführt, dem zufolge die Kammer sich darum bemüht, die Ladung und die Mitteilung mindestens vier Monate vor dem Termin der mündlichen Verhandlung zu erlassen.</p> <p>Gemäß dem zweiten Satz des vorgeschlagenen neuen Absatzes 1 wird sich die Kammer im Einspruchsbeschwerdeverfahren bemühen, die Ladung nicht früher als zwei Monate nach Erhalt der im vorgeschlagenen neuen Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c genannten schriftlichen Erwiderung(en) zu versenden. Die Kammer kann jedoch aus besonderen Gründen (z. B. bei einem beschleunigten Beschwerdeverfahren) früher laden.</p> <p>Die Mitteilung wird nicht notwendigerweise zusammen mit der Ladung zur mündlichen Verhandlung verschickt. Die Verfahrensweise hängt vom Einzelfall ab.</p> <p>In der Mitteilung kann eine Frist für eine Antwort gesetzt werden. Nur eine Mitteilung, die den Beteiligten ausdrücklich dazu auffordert, innerhalb einer von der Kammer bestimmten Frist eine Stellungnahme einzureichen, kann als Mitteilung im Sinne der Regel 100 Absatz 2 EPÜ betrachtet werden; in diesem Fall ist der vorgeschlagene neue Artikel 13 Absatz 2 anwendbar. Weist die Kammer die Beteiligten lediglich auf die Möglichkeit hin, bis zu einem bestimmten Tag schriftliches Vorbringen einzureichen, ohne sie ausdrücklich dazu aufzufordern, so ist dies keine Mitteilung im Sinne des vorgeschlagenen neuen Artikels 13 Absatz 2.</p>

<p>(2) Eine mündliche Verhandlung kann nach dem Ermessen der Kammer nach Eingang eines schriftlichen und begründeten Antrags ausnahmsweise verlegt werden; der Antrag ist so früh wie möglich vor dem anberaumten Termin zu stellen.</p>	<p>(2) Einem Antrag eines Beteiligten auf Verlegung der mündlichen Verhandlung kann stattgegeben werden, wenn der Beteiligte schwerwiegende Gründe vorbringt, die die Festlegung eines neuen Termins rechtfertigen. Lässt sich der Beteiligte vertreten, müssen die schwerwiegenden Gründe den Vertreter betreffen.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 behandelt die Möglichkeit der Verlegung. Er ersetzt den derzeitigen Absatz 2 und die Mitteilung des Vizepräsidenten der Generaldirektion 3 des Europäischen Patentamts vom 16. Juli 2007 über mündliche Verhandlungen vor den Beschwerdekammern des Europäischen Patentamts ("Mitteilung"), ABI. EPA 2007, Sonderausgabe Nr. 3, 115.</p> <p>Gemäß dem vorgeschlagenen neuen Absatz 2 steht es im Ermessen der Kammer, den Termin auf Antrag eines Beteiligten zu verlegen. Der Beteiligte muss einen "schwerwiegenden Grund" nachweisen. Wenn sich der Beteiligte vertreten lässt, muss der geltend gemachte Grund den Vertreter betreffen. In den seltenen Fällen, in denen mündliche Ausführungen eines Beteiligten oder einer Begleitperson für die Entscheidung über die Beschwerde besonders relevant sind, kann die Kammer eine Terminverlegung (auf Antrag oder von sich aus) in Betracht ziehen, siehe auch die Erläuterungen zum vorgeschlagenen neuen Absatz 2 Buchstabe c weiter unten.</p>
	<p>a) Der Antrag ist schriftlich einzureichen, zu begründen und gegebenenfalls durch schriftliche Beweismittel zu stützen. Der Antrag ist so bald wie möglich nach Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung und dem Eintreten der schwerwiegenden Gründe zu stellen. Der Antrag sollte eine Liste von Datumsangaben enthalten, an denen der Antragsteller nicht für eine mündliche Verhandlung zur Verfügung steht.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 Buchstabe a normiert die formellen Erfordernisse für den Antrag. Werden diese Erfordernisse nicht erfüllt, kann die Kammer den Antrag schon aus diesem Grund ablehnen. Damit die Kammer leichter einen passenden Ausweichtermin finden kann, sollte der Beteiligte in dem Antrag außerdem angeben, an welchen Tagen er nicht zur Verfügung steht; er ist dazu aber nicht verpflichtet. Die anderen Beteiligten können ebenfalls eine Liste mit Terminen vorlegen, an denen sie nicht verfügbar sind, oder die Kammer kann die Beteiligten zur Vorlage einer solchen Liste auffordern.</p>
	<p>b) Gründe, die eine Verlegung der mündlichen Verhandlung rechtfertigen können, sind beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>i) Zustellung einer Ladung zu einer mündlichen Verhandlung in einem anderen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt oder einem nationalen Gericht, die vor der Zustellung der Ladung zu einer mündlichen Verhandlung vor der Kammer erfolgt ist;</li> <li>ii) eine schwere Erkrankung;</li> <li>iii) ein Todesfall in der Familie;</li> <li>iv) Eheschließung oder Eingehen einer vergleichbaren anerkannten Lebenspartnerschaft;</li> </ul>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 Buchstabe b enthält eine nicht erschöpfende Liste mit Beispielen von Gründen, die eine Verlegung rechtfertigen können. Diese Beispiele wurden, mit leichten Anpassungen, der Mitteilung entnommen: in Unterpunkt i stellt der vorgeschlagene neue Wortlaut klar, was mit der früheren Ladung gemeint ist; in Unterpunkt iv wird neben der Eheschließung auch das Eingehen einer anerkannten Partnerschaft erwähnt; in Unterpunkt vi wurden neben Urlaub auch noch Geschäftsreisen aufgenommen.</p> <p>Wenn der Beteiligte einen der im neuen Absatz 2 Buchstabe b aufgeführten Gründe angibt und die Erfordernisse nach dem neuen Absatz 2 Buchstabe a erfüllt, wird die Kammer dem Antrag zwar nicht in jedem Fall, wohl aber in der Regel stattgeben.</p> <p>Die Kammer trägt dabei sämtlichen Begleitumständen Rechnung, etwa auch der Tatsache, dass für den Tag davor oder danach in einem anderen Fall bereits eine mündliche Verhandlung an einem anderen Ort anberaumt wurde.</p> <p>Der Begriff "nationales Gericht" in Absatz 2 Buchstabe b umfasst auch das Einheitliche Patentgericht.</p>

	<p>v) Wehrdienst oder sonstige zwingend vorgeschriebene Wahrnehmung staatsbürgerlicher Pflichten;</p> <p>vi) Urlaub oder Geschäftsreisen, die vor Zustellung der Ladung zur mündlichen Verhandlung bereits fest gebucht waren.</p>	
	<p>c) Gründe, die eine Verlegung der mündlichen Verhandlung in der Regel nicht rechtfertigen können, sind beispielsweise:</p> <p>i) Einreichung neuer Anträge, Tatsachen, Einwände, Argumente oder Beweismittel;</p> <p>ii) übermäßige Arbeitsbelastung;</p> <p>iii) Verhinderung eines ordnungsgemäß vertretenen Beteiligten;</p> <p>iv) Verhinderung einer Begleitperson;</p> <p>v) Bestellung eines neuen zugelassenen Vertreters.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 2 Buchstabe c enthält eine nicht erschöpfende Liste von Gründen, die eine Verlegung in der Regel nicht rechtfertigen können. Es steht jedoch im Ermessen der Kammer, eine mündliche Verhandlung auch in diesen Situationen zu verlegen, etwa wenn die Kammer der Meinung ist, dass mündliche Ausführungen eines Beteiligten oder einer Begleitperson, z. B. eines technischen Sachverständigen, für die Entscheidung in der Sache besonders relevant sind.</p> <p>Die in der Mitteilung genannte Verpflichtung, im Antrag zu begründen, warum nicht ein anderer Vertreter für den verhinderten Vertreter einspringen kann, wurde abgeschafft.</p>
<p>(3) Die Kammer ist nicht verpflichtet, einen Verfahrensschritt einschließlich ihrer Entscheidung aufzuschieben, nur weil ein ordnungsgemäß geladener Beteiligter in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend ist; dieser kann dann so behandelt werden, als stütze er sich lediglich auf sein schriftliches Vorbringen.</p>	<p>(3) Die Kammer ist nicht verpflichtet, einen Verfahrensschritt einschließlich ihrer Entscheidung aufzuschieben, nur weil ein ordnungsgemäß geladener Beteiligter in der mündlichen Verhandlung nicht anwesend ist; dieser kann dann so behandelt werden, als stütze er sich lediglich auf sein schriftliches Vorbringen.</p>	
<p>(4) Der Vorsitzende leitet die mündliche Verhandlung und stellt ihre faire, ordnungsgemäße und effiziente Durchführung sicher.</p>	<p>(4) Der Vorsitzende leitet die mündliche Verhandlung und stellt ihre faire, ordnungsgemäße und effiziente Durchführung sicher.</p>	
<p>(5) Ist eine Sache in der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif, so stellt der Vorsitzende die abschließenden Anträge der Beteiligten fest und erklärt die sachliche Debatte für beendet. Nach Beendigung der sachlichen Debatte können die Beteiligten nichts mehr vorbringen, es sei denn, die Kammer beschließt, die Debatte wieder zu eröffnen.</p>	<p>(5) Ist eine Sache in der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif, so stellt der Vorsitzende die abschließenden Anträge der Beteiligten fest und erklärt die sachliche Debatte für beendet. Nach Beendigung der sachlichen Debatte können die Beteiligten nichts mehr vorbringen, es sei denn, die Kammer beschließt, die Debatte wieder zu eröffnen.</p>	

<p>(6) Die Kammer stellt sicher, dass die Sache am Ende der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif ist, sofern nicht besondere Umstände vorliegen. Vor dem Ende der mündlichen Verhandlung kann der Vorsitzende die Entscheidung der Kammer verkünden.</p>	<p>(6) Die Kammer stellt sicher, dass die Sache am Ende der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif ist, sofern nicht besondere Umstände <del>vorliegen</del> <b>dagegen sprechen</b>. Vor dem <del>Ende</del> <b>Schluss</b> der mündlichen Verhandlung kann der Vorsitzende die Entscheidung der Kammer verkünden.</p>	<p>Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.</p>
	<p>(7) Wird die Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 6 verkündet, können die schriftlichen Entscheidungsgründe oder Teile davon mit ausdrücklicher Zustimmung der Beteiligten in gekürzter Form abgefasst werden. Hiervon ist jedoch abzusehen, wenn die Kammer darauf hingewiesen wurde, dass ein Dritter oder ein Gericht im Einzelfall ein berechtigtes Interesse daran hat, dass die Entscheidungsgründe nicht in gekürzter Form abgefasst werden. Die Entscheidungsgründe in gekürzter Form können in geeigneten Fällen bereits in die Niederschrift über die mündliche Verhandlung aufgenommen werden.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 7 räumt der Kammer die Möglichkeit ein, eine Entscheidung zu erlassen, in der die schriftlichen Entscheidungsgründe ganz oder teilweise in gekürzter Form abgefasst werden. Bei ihrer Entscheidung darüber, ob dies geschehen soll, kann die Kammer beispielsweise Folgendes berücksichtigen: die mögliche Auswirkung auf die Qualität der Entscheidung, die Kohärenz und die Weiterentwicklung der Rechtsprechung der Beschwerdekammern sowie die Interessen von Dritten, Gerichten (einschließlich des Einheitlichen Patentgerichts) oder der Öffentlichkeit im Allgemeinen.</p> <p>Die Bestimmung ist auf die Entscheidung über die Beschwerde anzuwenden, d. h. die Entscheidung, mit der das Beschwerdeverfahren abgeschlossen wird, wenn sie in der mündlichen Verhandlung verkündet wurde. Weitere Voraussetzung ist, dass die Beteiligten zustimmen. Stimmt ein Beteiligter nicht zu, so entsteht ihm daraus kein Nachteil. Die Zustimmung berührt nicht das Recht der Beteiligten, einen Antrag auf Überprüfung zu stellen.</p> <p>Im Anschluss an die kurze Darstellung des Sachverhalts (Regel 102 Buchstabe f EPÜ) können die Entscheidungsgründe (Regel 102 Buchstabe g EPÜ) auf die maßgeblichen Feststellungen begrenzt werden, die der Entscheidung zugrunde liegen.</p> <p>Erlangt die Kammer Kenntnis von einem berechtigten Interesse an einer schriftlichen Entscheidung mit vollständiger Begründung der Kammer, so hat sie von einer Abfassung der Entscheidungsgründe in gekürzter Form abzusehen.</p> <p>In geeigneten Fällen können die Entscheidungsgründe in gekürzter Form bereits in die Niederschrift über die mündliche Verhandlung aufgenommen werden. In der schriftlich abgefassten Entscheidung ist darauf gegebenenfalls Bezug zu nehmen, um die Erfordernisse aus Regel 102 EPÜ zu erfüllen. Diese Vorgehensweise kann zum Beispiel zweckmäßig sein, wenn es in der Entscheidung nur um eine einzige Frage geht.</p>

	<p>(8) Schließt sich die Kammer hinsichtlich einer oder mehrerer Fragen den Feststellungen des Organs, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, sowie der Begründung in der angefochtenen Entscheidung dafür an, so kann sie die Entscheidungsgründe hinsichtlich dieser Frage in gekürzter Form abfassen.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 8 bietet eine weitere Möglichkeit zur Kürzung der Entscheidungsbegründung (siehe Erläuterungen zum vorgeschlagenen neuen Absatz 7). Im Gegensatz zum vorgeschlagenen neuen Absatz 7 erfordert der vorgeschlagene neue Absatz 8 nicht die ausdrückliche Zustimmung der Beteiligten. Sein Anwendungsbereich ist zudem nicht auf in der mündlichen Verhandlung verkündete Entscheidungen begrenzt. Wie schon in den Erläuterungen zum vorgeschlagenen neuen Absatz 7 erwähnt, kann die Kammer bei ihrer Entscheidung, ob die Entscheidungsgründe (teilweise) in gekürzter Form abgefasst werden, beispielsweise Folgendes berücksichtigen: die mögliche Auswirkung auf die Qualität der Entscheidung, die Kohärenz und die Weiterentwicklung der Rechtsprechung der Beschwerdekammern sowie die Interessen von Dritten, Gerichten (einschließlich des EPG) oder der Öffentlichkeit im Allgemeinen.</p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 8 entbindet die Kammer davon, die Entscheidungsgründe in voller Länge abfassen zu müssen, wenn sie sich den Feststellungen und der Begründung der angefochtenen Entscheidung anschließt, sei es hinsichtlich aller Feststellungen in der angefochtenen Entscheidung, sei es hinsichtlich der Feststellungen zu einer oder mehreren speziellen Fragen.</p> <p>Wenn die Beschwerdebegründung jedoch Vorbringen enthält, das in der ersten Instanz nicht geltend gemacht wurde, so ist von der Kammer in der Regel zu erwarten, dass sie in der Entscheidungsbegründung darauf eingeht, um insbesondere die Erfordernisse des Artikels 113 Absatz 1 EPÜ zu erfüllen.</p>
	<p>(9) Die Kammer erlässt die Entscheidung über die Beschwerde zeitnah.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 9 regelt den Erlass der "Entscheidung über die Beschwerde", d. h. der Entscheidung, mit der das Beschwerdeverfahren abgeschlossen wird. Nicht gemeint sind damit u. a. Entscheidungen über die Befassung der Großen Beschwerdekammer, Entscheidungen zur Durchführung einer Beweisaufnahme oder Entscheidungen über die Verlegung der mündlichen Verhandlung.</p> <p>Der vorgeschlagene neue Absatz 9 enthält die allgemeine Regel, dass alle Entscheidungen über die Beschwerde, auch solche, die im schriftlichen Verfahren ergehen, zeitnah zu erlassen sind.</p> <p>Wie bisher verkündet der Vorsitzende die Entscheidung am Ende der mündlichen Verhandlung, es sei denn, die Kammer hält dies für nicht angemessen.</p>

	<p>a) Wird die Entscheidung über die Beschwerde gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so fasst die Kammer ihre Entscheidung schriftlich ab und versendet sie innerhalb von drei Monaten nach dem Tag der mündlichen Verhandlung. Sieht sich die Kammer dazu nicht in der Lage, so teilt sie den Beteiligten mit, wann die Entscheidung versendet wird. Dies wird auch dem Präsidenten der Beschwerdekammern mitgeteilt.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 9 Buchstabe a behandelt den Normalfall, in dem die Entscheidung über die Beschwerde in der mündlichen Verhandlung verkündet wird. In diesem Fall bedeutet "zeitnah" für die Zwecke des vorgeschlagenen neuen Absatzes 9, dass die Entscheidung innerhalb von drei Monaten versendet wird.</p> <p>Wenn die Kammer dazu nicht in der Lage ist, teilt sie den Beteiligten mit, wann die Entscheidung versendet wird. Typische Beispielfälle, in denen diese Situation eintreten kann, sind die Erkrankung eines Mitglieds, ein besonders komplexer Sachverhalt oder eine zur Veröffentlichung im Amtsblatt vorgesehene Entscheidung.</p> <p>Die Kammer muss gegenüber den Beteiligten nicht begründen, warum sich die Versendung der Entscheidung verzögert. Sie sollte aber sobald wie möglich, nachdem sich herausstellt, dass die Frist von drei Monaten nicht eingehalten werden kann, die Beteiligten über die Verzögerung informieren, und zwar in der Regel vor Ablauf dieser Frist. Jede weitere Verzögerung (d. h. wenn die Kammer auch das spätere Datum nicht einhalten kann, das den Beteiligten mitgeteilt wurde) muss ihrerseits mitgeteilt werden.</p> <p>Es ist keine Sanktion für den Fall vorgesehen, dass die Kammer die Entscheidung nicht innerhalb der vorgesehenen Frist bzw. bis zu dem in Aussicht gestellten Datum versendet. Der Präsident der Beschwerdekammern wird über jede Verzögerung informiert. Die neue Bestimmung unterstreicht, dass die Kammern stets um die rechtzeitige Versendung ihrer Entscheidungen bemüht sind.</p>
	<p>b) Wird die Entscheidung über die Beschwerde, obwohl die Sache am Ende der mündlichen Verhandlung entscheidungsreif ist, nicht gemäß Absatz 6 vom Vorsitzenden verkündet, so nennt der Vorsitzende das Datum, an dem die Entscheidung über die Beschwerde versendet werden wird; dieses soll spätestens drei Monate nach der mündlichen Verhandlung liegen. Ist die Kammer nicht in der Lage, die Entscheidung bis dahin zu versenden, so teilt sie den Beteiligten ein neues Datum mit oder erlässt im Ausnahmefall eine Mitteilung, in der die nächsten vorzunehmenden Verfahrensschritte dargelegt werden.</p>	<p>Der vorgeschlagene neue Absatz 9 Buchstabe b regelt den Fall, in dem der Vorsitzende die Entscheidung über die Beschwerde nicht in der mündlichen Verhandlung verkündet, obwohl die Sache entscheidungsreif ist. In diesem Fall muss der Vorsitzende angeben, wann die vollständige schriftliche Entscheidung zur Beendigung des Beschwerdeverfahrens an die Beteiligten versandt wird.</p> <p>Auch hier beträgt die Frist höchstens drei Monate. Stellt die Kammer nach der mündlichen Verhandlung fest, dass die Sache noch nicht (endgültig) entscheidungsreif ist, so muss sie die Beteiligten in einer Mitteilung darüber informieren, wie das Verfahren fortgesetzt wird (z. B. Anberaumung einer weiteren mündlichen Verhandlung oder Befassung der Großen Beschwerdekammer).</p>



Artikel 16 Kosten	Artikel 16 Kosten	
(1) Vorbehaltlich Artikel 104 Absatz 1 EPÜ kann die Kammer auf Antrag anordnen, dass ein Beteiligter die Kosten eines anderen Beteiligten teilweise oder ganz zu tragen hat. Unbeschadet des Ermessens der Kammer gehören hierzu die Kosten, die entstanden sind durch	(1) Vorbehaltlich des Artikels 104 Absatz 1 EPÜ kann die Kammer auf Antrag anordnen, dass ein Beteiligter die Kosten eines anderen Beteiligten teilweise oder ganz zu tragen hat. Unbeschadet des Ermessens der Kammer gehören <del>hierzu</del> <b>dazu</b> die Kosten, die entstanden sind durch	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
a) Änderungen gemäß Artikel 13 am Vorbringen eines Beteiligten gemäß Artikel 12 Absatz 1;	a) Änderungen <del>des Beschwerdevorbringens eines Beteiligten gemäß Artikel 13 am Vorbringen eines Beteiligten gemäß Artikel 12 Absatz 1;</del>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
b) Fristverlängerung;	b) Fristverlängerung;	
c) Handlungen oder Unterlassungen, die die rechtzeitige und effiziente Durchführung der mündlichen Verhandlung beeinträchtigen;	c) Handlungen oder Unterlassungen, die die rechtzeitige und effiziente Durchführung der mündlichen Verhandlung beeinträchtigen;	
d) Nichtbeachtung einer Anweisung der Kammer;	d) Nichtbeachtung einer Anweisung der Kammer;	
e) Verfahrensmissbrauch.	e) Verfahrensmissbrauch.	
(2) Bei den Kosten, deren Erstattung angeordnet wird, kann es sich um die Gesamtheit oder einen Teil der dem Berechtigten erwachsenen Kosten handeln; sie können unter anderem als Prozentsatz oder als bestimmter Betrag angegeben werden. In letzterem Fall ist die Entscheidung der Kammer unanfechtbar im Sinne des Artikels 104 Absatz 3 EPÜ. Zu den Kosten, deren Erstattung angeordnet werden kann, gehören Kosten, die einem Beteiligten von seinem zugelassenen Vertreter in Rechnung gestellt worden sind, Kosten, die einem Beteiligten selbst unabhängig davon erwachsen sind, ob er durch einen zugelassenen Vertreter vertreten wurde, und Kosten für Zeugen oder Sachverständige, die ein Beteiligter getragen hat; die Erstattung beschränkt sich auf notwendige und angemessene Aufwendungen.	(2) Bei den Kosten, deren Erstattung angeordnet wird, kann es sich um die Gesamtheit oder einen Teil der dem Berechtigten erwachsenen Kosten handeln; sie können unter anderem als Prozentsatz oder als bestimmter Betrag angegeben werden. In letzterem Fall ist die Entscheidung der Kammer unanfechtbar im Sinne des Artikels 104 Absatz 3 EPÜ. Zu den Kosten, deren Erstattung angeordnet <del>wird</del> <b>werden kann</b> <del>wird</del> , <b>können Kosten</b> gehören <del>Kosten</del> , die einem Beteiligten von seinem zugelassenen Vertreter in Rechnung gestellt worden sind, Kosten, die einem Beteiligten selbst <del>unabhängig davon</del> erwachsen sind, <b>unabhängig davon</b> , ob er durch einen zugelassenen Vertreter vertreten wurde, und Kosten für Zeugen oder Sachverständige, die ein Beteiligter getragen hat; die <del>Erstattung beschränkt sich</del> <b>zu erstattenden Kosten sind</b> auf notwendige und angemessene Aufwendungen <b>beschränkt</b> .	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.

<b>Artikel 17</b> <b>Unterrichtung der Beteiligten</b>	<b>Artikel 17</b> <b>Unterrichtung der Beteiligten</b>	
(1) Im schriftlichen Abschnitt des Verfahrens erfolgen Antworten auf Anträge und Anweisungen zu Verfahrensfragen in Form von Mitteilungen.	(1) Im schriftlichen Abschnitt des Verfahrens erfolgen Antworten auf Anträge und Anweisungen zu Verfahrensfragen in Form von Mitteilungen.	
(2) Hält die Kammer es für zweckmäßig, den Beteiligten ihre Ansicht über die Beurteilung sachlicher oder rechtlicher Fragen mitzuteilen, so hat das so zu geschehen, dass die Mitteilung nicht als bindend für die Kammer verstanden werden kann.	(2) Hält die Kammer es für zweckmäßig, den Beteiligten ihre Ansicht über die Beurteilung sachlicher oder rechtlicher Fragen mitzuteilen, so hat das so zu geschehen, dass die Mitteilung nicht als bindend für die Kammer verstanden werden kann.	
<b>Artikel 18</b> <b>Äußerungsrecht des Präsidenten des Europäischen Patentamts</b>	<b>Artikel 18</b> <b>Äußerungsrecht des Präsidenten des Europäischen Patentamts</b>	
Die Kammer kann den Präsidenten des Europäischen Patentamts von Amts wegen oder auf dessen schriftlichen, begründeten Antrag auffordern, sich zu Fragen von allgemeinem Interesse, die sich im Rahmen eines vor der Kammer anhängigen Verfahrens stellen, schriftlich oder mündlich zu äußern. Die Beteiligten sind berechtigt, zu diesen Äußerungen Stellung zu nehmen.	Die Kammer kann den Präsidenten des Europäischen Patentamts von Amts wegen oder auf dessen schriftlichen, begründeten Antrag auffordern, sich zu Fragen von allgemeinem Interesse, die sich im Rahmen eines vor der Kammer anhängigen Verfahrens stellen, schriftlich oder mündlich zu äußern. Die Beteiligten sind berechtigt, zu diesen Äußerungen des Präsidenten Stellung zu nehmen.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 19</b> <b>Beratung und Abstimmung</b>	<b>Artikel 19</b> <b>Beratung und Abstimmung</b>	
(1) Sind nicht alle Mitglieder der Kammer der gleichen Ansicht über die zu treffende Entscheidung, so findet eine Beratung statt. An der Beratung nehmen nur die Mitglieder der Kammer teil; der Vorsitzende kann jedoch die Anwesenheit anderer Bediensteter zulassen. Die Beratungen sind geheim.	(1) Sind nicht alle Mitglieder der einer Kammer der gleichen Ansicht über die zu treffende Entscheidung, so findet eine Beratung über die zu treffende Entscheidung statt. An der Beratung nehmen nur die Mitglieder der Kammer teil; der Vorsitzende im jeweiligen Verfahren kann jedoch die Anwesenheit anderer Bediensteter zulassen. Die Beratungen sind geheim.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Bei den Beratungen der Kammer äußert zuerst der Berichterstatter, dann ggf. der Mitberichterstatter und, wenn der Berichterstatter nicht der Vorsitzende ist, zuletzt der Vorsitzende seine Meinung.	(2) Bei den Beratungen der Kammer äußert zuerst der Berichterstatter, dann ggf. gegebenenfalls der Mitberichterstatter und, wenn der Berichterstatter nicht der den Vorsitzende ist innehat, zuletzt der Vorsitzende seine Meinung.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.

(3) Die gleiche Reihenfolge gilt für Abstimmungen; auch wenn der Vorsitzende Berichterstatter ist, stimmt er zuletzt ab. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig.	(3) Die gleiche Reihenfolge gilt für eine erforderliche Abstimmungen; auch wenn, jedoch mit der Maßgabe, dass der Vorsitzende auch dann zuletzt abstimmt, wenn er Berichterstatter ist, stimmt er zuletzt ab. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 20</b> <b>Abweichung von einer früheren Entscheidung einer Kammer oder von den Richtlinien</b>	<b>Artikel 20</b> <b>Abweichung von einer früheren Entscheidung einer Kammer oder von den Richtlinien für die Prüfung</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(1) Hält es eine Kammer für notwendig, von einer Auslegung oder Erläuterung des Übereinkommens abzuweichen, die in einer früheren Entscheidung einer Kammer enthalten ist, so ist dies zu begründen, es sei denn, dass diese Begründung mit einer früheren Stellungnahme oder der Entscheidung der Großen Beschwerdekammer in Einklang steht. Der Präsident des Europäischen Patentamts wird hierüber unterrichtet.	(1) Hält es eine Kammer für notwendig, von einer Auslegung oder Erläuterung des Übereinkommens abzuweichen, die in einer früheren Entscheidung einer Kammer enthalten ist, so ist dies zu begründen, es sei denn, dass diese Begründung steht mit einer früheren Entscheidung oder Stellungnahme oder der Entscheidung der Großen Beschwerdekammer gemäß Artikel 112 Absatz 1 EPÜ in Einklang steht. Der Präsident des Europäischen Patentamts wird hierüber über die Entscheidung der Kammer unterrichtet.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz. Hiermit wird klargestellt, dass eine Entscheidung der Großen Beschwerdekammer über einen Überprüfungsantrag (Artikel 112a EPÜ) nicht unter diese Bestimmung fällt.
(2) Legt eine Kammer in einer Entscheidung das Übereinkommen anders aus, als es in den Richtlinien vorgesehen ist, so begründet sie dies, wenn ihrer Meinung nach diese Begründung zum Verständnis der Entscheidung beitragen kann.	(2) Legt eine Kammer in einer ihrer Entscheidung das Übereinkommen anders aus, als es in den Richtlinien für die Prüfung vorgesehen ist, so begründet sie dies, wenn ihrer Meinung nach diese Begründung zum besseren Verständnis der Entscheidung beitragen kann.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
<b>Artikel 21</b> <b>Abweichung von einer Entscheidung oder Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer</b>	<b>Artikel 21</b> <b>Abweichung von einer früheren Entscheidung oder Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer</b>	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
Will eine Kammer von einer Auslegung oder Erläuterung des Übereinkommens, die in einer Stellungnahme oder Entscheidung der Großen Beschwerdekammer enthalten ist, abweichen, so befasst sie die Große Beschwerdekammer mit der Frage.	Will Hält es eine Kammer für notwendig, von einer Auslegung oder Erläuterung des Übereinkommens, die in einer Stellungnahme oder früheren Entscheidung oder Stellungnahme der Großen Beschwerdekammer gemäß Artikel 112 Absatz 1 EPÜ enthalten ist, abzuweichen, so befasst sie die Große Beschwerdekammer mit der Frage.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz. Hiermit wird klargestellt, dass eine Befassung der Großen Beschwerdekammer nicht vorgesehen ist, wenn eine Kammer von einer Entscheidung der Großen Beschwerdekammer über einen Überprüfungsantrag (Artikel 112a EPÜ) abweichen will.

<b>Artikel 22</b> <b>Verweisung einer Frage an die Große Beschwerdekammer</b>	<b>Artikel 22</b> <b>Verweisung einer Frage an die Große Beschwerdekammer</b>	
(1) Soll eine Frage der Großen Beschwerdekammer vorgelegt werden, so trifft die Kammer darüber eine Entscheidung.	(1) Soll eine Frage gemäß Artikel 112 Absatz 1 EPÜ der Großen Beschwerdekammer vorgelegt werden, so trifft die Kammer darüber eine Entscheidung.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(2) Die Entscheidung enthält die in Regel 102 Buchstaben a, b, c, d und f EPÜ genannten Angaben sowie die Frage, welche die Kammer der Großen Beschwerdekammer vorlegt. Dabei ist auch anzugeben, in welchem Zusammenhang sich die Frage stellt.	(2) Die Entscheidung enthält die in Regel 102 Buchstaben a, b, c, d und f EPÜ genannten Angaben sowie die Frage, welche die Kammer der Großen Beschwerdekammer vorlegt. Dabei ist auch anzugeben, in welchem Zusammenhang sich die Frage stellt.	Änderung(en) aus Gründen der Klarheit/Konsistenz.
(3) Die Entscheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.	(3) Die Entscheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.	
<b>Artikel 23</b> <b>Verbindlichkeit der Verfahrensordnung</b>	<b>Artikel 23</b> <b>Verbindlichkeit der Verfahrensordnung</b>	
Diese Verfahrensordnung ist für die Beschwerdekammern verbindlich, soweit sie nicht zu einem mit dem Geist und Ziel des Übereinkommens unvereinbaren Ergebnis führt.	Diese Verfahrensordnung ist für die Beschwerdekammern verbindlich, soweit sie nicht zu einem mit dem Geist und Ziel des Übereinkommens unvereinbaren Ergebnis führt.	
<b>Artikel 24</b> <b>Inkrafttreten</b>	<b>Artikel 24</b> <b>Inkrafttreten</b>	
Diese Verfahrensordnung tritt mit Inkrafttreten der revidierten Fassung des Europäischen Patentübereinkommens nach Artikel 8 der Revisionsakte in Kraft.	(1) Die revidierte Fassung der Verfahrensordnung der Beschwerdekammern (revidierte Fassung) tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.  (2) Vorbehaltlich des Artikels 25 tritt die vor diesem Zeitpunkt geltende Fassung der Verfahrensordnung der Beschwerdekammern mit Inkrafttreten der revidierten Fassung außer Kraft.	Laut dem vorgeschlagenen neuen Artikel 24 tritt die revidierte Fassung der Verfahrensordnung (revidierte Fassung) am 1. Januar 2020 in Kraft.  Dieses Datum wird mindestens sechs Monate nach dem Tag der Genehmigung durch den Verwaltungsrat liegen, sodass die Beteiligten Zeit haben, sich mit den neuen Bestimmungen vertraut zu machen, bevor sie anwendbar werden.

	<b>Artikel 25 Übergangsbestimmungen</b>	
	(1) Die revidierte Fassung ist vorbehaltlich der nachstehenden Absätze auf alle Beschwerden anzuwenden, die am Tag des Inkrafttretens anhängig sind oder nach diesem Tag eingelegt werden.	Der vorgeschlagene neue Artikel 25 regelt die Übergangsbestimmungen. Die revidierte Fassung der Verfahrensordnung der Beschwerdekammern ist grundsätzlich auf alle Beschwerden anzuwenden, die am Tag ihres Inkrafttretens anhängig sind. Da dies Auswirkungen auf bereits in der Akte enthaltenes Vorbringen haben kann, sind zwei Ausnahmen vorgesehen, um das Vertrauen der Beteiligten auf etwaige zum Zeitpunkt der früheren Eingaben bestehende Erwartungen zu schützen.
	(2) Artikel 12 Absätze 4 bis 6 der revidierten Fassung ist nicht anzuwenden auf vor dem Inkrafttreten eingereichte Beschwerdebegründungen und darauf fristgerecht eingereichte Erwidern. Stattdessen ist weiterhin Artikel 12 Absatz 4 der vor dem Inkrafttreten geltenden Fassung der Verfahrensordnung der Beschwerdekammern anzuwenden.	Eine Ausnahme ist in Bezug auf die revidierte Fassung der Absätze 4 bis 6 von Artikel 12 vorgesehen. Diese Bestimmungen sind nicht auf Beschwerdebegründungen anzuwenden, die vor dem Tag des Inkrafttretens der revidierten Fassung eingereicht wurden, und auch nicht auf Erwidern darauf, die innerhalb der Viermonatsfrist eingereicht wurden, unabhängig davon, ob die Frist vor, an oder nach dem Tag des Inkrafttretens der revidierten Fassung abläuft. Vorbringen, das bereits vor dem Inkrafttreten der revidierten Fassung in der Akte ist und das nach der Beschwerdebegründung bzw. der Erwidern darauf eingereicht wurde, unterliegt dagegen allen Bestimmungen der revidierten Fassung von Artikel 13 Absatz 1 einschließlich der analogen Anwendung der revidierten Fassung der Absätze 4 bis 6 von Artikel 12.
	(3) Artikel 13 Absatz 2 der revidierten Fassung ist nicht anzuwenden, wenn vor Inkrafttreten der revidierten Fassung die Ladung zur mündlichen Verhandlung oder eine Mitteilung der Kammer nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ zugestellt wurde. Stattdessen ist weiterhin Artikel 13 der vor dem Inkrafttreten geltenden Fassung der Verfahrensordnung der Beschwerdekammern anzuwenden.	Eine weitere Ausnahme wird im Hinblick auf die strikte Regelung der revidierten Fassung von Artikel 13 Absatz 2 gemacht. Diese Regelung gilt nur für Vorbringen, das nach der Beschwerdebegründung bzw. der Erwidern darauf eingereicht wurde, wenn am Tag des Inkrafttretens der revidierten Fassung die Ladung zur mündlichen Verhandlung bzw. eine Mitteilung der Kammer nach Regel 100 Absatz 2 EPÜ noch nicht zugestellt war. Andernfalls ist weiterhin Artikel 13 der zuvor geltenden Fassung anzuwenden.

## Annex 2. Table setting out the amendments to the RPBA and the explanatory remarks

In the table below, the RPBA as in force until 31 December 2019 are set out in the left-hand column.

This table is contained in section VI. of document CA/3/19. The revised version of the RPBA – as proposed by the President of the Boards of Appeal, and subsequently adopted by the Boards of Appeal Committee and approved by the Administrative Council – is presented in the middle column, with the amendments to the text shown as follows: deletions are struck through and additions/amendments are highlighted.

The right-hand column contains the explanatory remarks.

RPBA – current provisions	RPBA – proposed provisions	Explanatory remarks
<b>Article 1</b> <b>Business distribution and composition</b>	<b>Article 1</b> <b>Business distribution and composition</b>	
(1) The Presidium referred to in Rule 12, paragraph 4, EPC, shall before the beginning of each working year draw up a business distribution scheme for the distribution among the Boards of Appeal of all appeals that may be filed during the year, designating the members who may serve on each Board and their respective alternates. The scheme may be amended during the working year.	(1) The Presidium referred to in Rule 12 <del>b</del> , paragraph 4, EPC, shall before the beginning of each working year draw up a business distribution scheme for the distribution among the Boards of Appeal of all appeals that may be filed during the year, designating the members who may serve on each Board and their respective alternates. The scheme may be amended during the working year.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
	(2) The Chair (Chairman or Chairwoman) of each Board shall, before the beginning of each working year, draw up a list of the cases in which the Board is likely to hold oral proceedings, issue a communication under Rule 100, paragraph 2, EPC, or issue a decision in written proceedings in that year. The President of the Boards of Appeal shall, before the beginning of each working year, publish the list of each Board.	<p>Proposed new paragraph 2 introduces the advance publication of a list of cases for each Board in which, in the coming year, the Board is likely to hold oral proceedings, issue a communication, or issue a decision in written proceedings.</p> <p>The published list will be based on a working plan drawn up by each Chair for his or her Board before the beginning of each working year. This advance planning of the expected workload for the coming year is intended to increase efficiency for the Boards and the parties. It is also intended to make the work of the Boards more transparent and predictable. The list of cases will be provisional only, to allow sufficient flexibility to deal with unforeseen developments during the year (e.g. withdrawal of appeal, postponement of oral proceedings, deemed withdrawal of application due to non-payment of a renewal fee, request for acceleration, etc.). The list of cases will be published in good time before the beginning of the year to which it applies.</p> <p>No rights may be derived from the mention of a case in the list.</p> <p>The term "Chair" is introduced into the Rules of Procedure of the Boards of Appeal for reasons of gender neutrality.</p>

(2) The Chairman of each Board of Appeal shall determine the composition of the Board for each particular case in accordance with the business distribution scheme.	(23) The Chairman of each Board of Appeal shall determine the composition of the Board for each particular case in accordance with the business distribution scheme. The Chair shall designate himself or herself or a technically or legally qualified member as Chair in the particular appeal.	Current paragraph 2 of Article 1 is amended and renumbered as paragraph 3. Change(s) in first sentence for reasons of clarity/consistency and gender neutrality. Proposed new second sentence corresponds to current Article 2(3).
<b>Article 2</b> <b>Replacement of members</b>	<b>Article 2</b> <b>Replacement of members</b>	
(1) Members shall be replaced by alternates if they are prevented from participating, particularly as a result of sickness, excessive workload, and commitments which cannot be avoided.	(1) A Member or the Chair in a particular appeal shall be replaced by alternates if they are prevented from participating, particularly as a result of sickness, excessive workload, and or commitments which cannot be avoided.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(2) Any member requesting to be replaced by an alternate shall inform the Chairman of the Board concerned of his unavailability without delay.	(2) Any member or the Chair in a particular appeal request wishing to be replaced by an alternate shall inform the Chairman of the Board concerned of their unavailability without delay.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(3) The Chairman of the Board may designate another member of the Board to replace him or her as Chairman in a particular appeal in accordance with the business distribution scheme.	<del>(3) The Chairman of the Board may designate another member of the Board to replace him or her as the Chairman in a particular appeal in accordance with the business distribution scheme.</del>	Deleted due to insertion of proposed new second sentence of Article 1(3), and extension of paragraph 1 ("... or the Chair in a particular appeal ...").
<b>Article 3</b> <b>Exclusion and objection</b>	<b>Article 3</b> <b>Exclusion and objection</b>	
(1) If a Board has knowledge of a possible reason for exclusion or objection which does not originate from a member himself or from any party to the proceedings, then the procedure of Article 24, paragraph 4, EPC shall be applied.	(1) If a Board has knowledge of a possible reason for exclusion or objection under Article 24 EPC which does not originate from a the member himself concerned or from any a party to the proceedings, then the procedure of Article 24, paragraph 4, EPC shall be applied.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(2) The member concerned shall be invited to present his comments as to whether there is a reason for exclusion.	(2) The member concerned shall be invited to present his comments as to whether there is a reason for exclusion or objection.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(3) Before a decision is taken on the exclusion of the member, there shall be no further proceedings in the case.	(3) Before a decision is taken on the exclusion or objection of the member, there shall be no further proceedings in the case.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.

<b>Article 4 Procedural compliance</b>	<b>Article 4 Procedural compliance</b>	
(1) The Chairman shall for each appeal designate a member of the Board or himself to consider the admissibility of the appeal.	(1) The Chairman of the Board shall for each appeal designate a member of the Board or himself, who may also be the Chair of the Board, to consider the admissibility of the appeal.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.  In most cases, the Chair of the Board will designate a legally qualified member to consider the admissibility of the appeal. Where the rapporteur (in most cases a technically qualified member) has been designated before the composition of the Board has been completed (see proposed new paragraph 1 of Article 5), the Chair of the Board may decide to designate the legally qualified member to consider the admissibility of the appeal only once the complete composition of the Board has been determined.
(2) The Chairman or a member designated by him shall ensure that the parties comply with these Rules and with directions of the Board and shall propose action to be taken as appropriate.	(2) The Chairman in the particular appeal or a member designated by the Chair of the Board shall ensure that the parties comply with these Rules of Procedure and with directions of the Board and shall propose action to be taken as appropriate.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
<b>Article 5 Rapporteurs</b>	<b>Article 5 Rapporteurs</b>	
(1) The Chairman of each Board shall for each appeal designate a member of his Board, or himself, as rapporteur. If appropriate in the light of the subject-matter of the case, the Chairman may designate an additional rapporteur.	(1) For each appeal, the Chairman of each the Board shall for each appeal designate a technically or legally qualified member of the Board or himself, who may also be the Chair of the Board, as rapporteur. If appropriate in the light of the subject-matter of the case, the Chairman of the Board may designate an additional rapporteur. The composition of the Board may be completed at a later stage, in accordance with Article 1, paragraph 3. The steps referred to in paragraphs 4 and 5 may not be taken until the composition of the Board has been completed in accordance with Article 1, paragraph 3.	Proposed new paragraph 1 provides that the Chair may designate the rapporteur before determining the remaining composition of the Board. The latter may be determined, for example, when a case is entered in the list of cases referred to in paragraph 2 of Article 1.  The steps referred to in proposed new paragraph 3 may be carried out by the rapporteur and, if applicable, the additional rapporteur, regardless of whether the remaining composition of the Board has already been determined. However, according to proposed new fourth sentence of paragraph 1, the rapporteur and, if applicable, the additional rapporteur, may only draft communications, make the preparations for the oral proceedings and draft decisions once the composition of the Board is complete.
(2) If an additional rapporteur is appointed, the steps referred to in paragraphs 3 to 5 shall be taken by the rapporteur and additional rapporteur jointly unless the Chairman directs otherwise.	(2) If an additional rapporteur is appointed, the steps referred to in paragraphs 3 to 5 shall be taken by the rapporteur and additional rapporteur jointly unless the Chairman directs otherwise.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.



<p>(3) The rapporteur shall carry out a preliminary study of the appeal and may prepare communications to the parties subject to the direction of the Chairman of the Board. Communications shall be signed by the rapporteur on behalf of the Board.</p>	<p>(3) The rapporteur shall carry out a preliminary study of the appeal <del>and may prepare communications to the parties subject to the direction of the Chairman of the Board</del> and shall, subject to the direction of the Chair of the Board, assess whether the appeal should be given priority over, or should be treated together with, other appeals assigned to the rapporteur. <del>Communications shall be signed by the rapporteur on behalf of the Board.</del></p>	<p>Proposed new paragraph 3 introduces an important element of early case management. Subject to the direction of the Chair of the Board, who has the complete overview, the rapporteur will assess whether the appeal should be given priority over other appeals assigned to him or her, for example if a remittal seems likely or if the appeal appears to be inadmissible following the report from the registrar under Article 6, paragraph 3. The rapporteur will also examine whether the appeal should be treated together with other appeals.</p> <p>In general, cases are treated on the basis of the first in, first out principle. However, the rapporteur should depart from this principle when synergistic effects can be achieved (for example by similar cases being treated in a row).</p> <p>The second sentence of current paragraph 3 of Article 5 is deleted and its content is clarified and integrated into proposed new paragraph 4, which applies once the composition of the Board is complete.</p>
<p>(4) The rapporteur shall make the preparations for meetings of the Board and for oral proceedings.</p>	<p>(4) The rapporteur shall draft communications on behalf of the Board, subject to the direction of the Chair in the particular appeal, and shall make the preparations for meetings of the Board and for oral proceedings.</p>	<p>Current paragraph 4 of Article 5 is amended in line with proposed new paragraph 1, fourth sentence, to take into account that the rapporteur may only draft communications once the composition of the Board is complete.</p>
<p>(5) The rapporteur shall draft decisions.</p>	<p>(5) The rapporteur shall draft decisions.</p>	
<p>(6) If a rapporteur or additional rapporteur considers that his knowledge of the language of the proceedings is insufficient for drafting communications or decisions, he may draft these in one of the other official languages. His drafts shall be translated by the European Patent Office into the language of the proceedings and the translations shall be checked by the rapporteur or by another member of the Board concerned.</p>	<p>(6) <del>If a</del> A rapporteur or additional rapporteur who considers that their knowledge of the language of the proceedings is insufficient for drafting communications or decisions, <del>he</del> may draft these in one of the other official languages. <del>His</del> The drafts shall be translated by the European Patent Office into the language of the proceedings and the translations shall be checked by the rapporteur or by another member of the Board <del>concerned</del> in the particular appeal.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.</p>
<p><b>Article 6 Registries</b></p>	<p><b>Article 6 Registries</b></p>	
<p>(1) Registries shall be established for the Boards of Appeal. Registrars shall be responsible for the discharge of the functions of the Registries. One of the Registrars shall be designated Senior Registrar.</p>	<p>(1) Registries shall be established for the Boards of Appeal. Registrars shall be responsible for the discharge of the functions of the Registries. One of the Registrars shall be designated <del>Senior Registrar</del> as head of the Registry.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>

(2) The Presidium referred to in Rule 12, paragraph 1, EPC may entrust to the Registrars the execution of functions which involve no technical or legal difficulties, in particular in relation to arranging for inspection of files, issuing summonses to oral proceedings and notifications and granting requests for further processing of applications.	(2) The Presidium referred to in Rule 12b, paragraph 1, EPC may entrust to the Registrars the execution of functions which involve no technical or legal difficulties, in particular in relation to arranging for inspection of files, issuing summonses to oral proceedings, and notifications and granting requests for further processing of applications.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(3) The Registrar shall report to the Chairman of the Board concerned on the admissibility of each newly filed appeal.	(3) The Registrar shall report to the Chairman of the Board concerned on the admissibility of each newly filed appeal.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(4) Minutes of oral proceedings and of the taking of evidence shall be drawn up by the Registrar or such other employee of the Office as the Chairman may designate.	(4) The Chair in the particular appeal shall designate a member of the Board or, with the agreement of the Chair of the Board, the Registrar, to draw up the minutes of the oral proceedings and of the taking of evidence shall be drawn up by the Registrar or such other employee of the Office as the Chairman may designate.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.  The content of the minutes of oral proceedings is regulated in Rule 124 EPC. Accordingly, the minutes drawn up by the Board record the essential procedural acts, for example the parties' requests and the submission of documents during the oral proceedings. However, arguments presented by the parties during the oral proceedings are generally not included in the minutes, although they may form part of the Board's written decision.
<b>Article 7</b> <b>Attendance of interpreters</b>	<b>Article 7</b> <b>Attendance of interpreters</b>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
If required, the Chairman of any Board shall make arrangements for interpretation during oral proceedings, the taking of evidence or the deliberations of his Board.	If required, the Chairman of any Board in the particular appeal shall make arrangements for interpretation during oral proceedings, the taking of evidence or the deliberations of his the Board.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
<b>Article 8</b> <b>Change in the composition of the Board</b>	<b>Article 8</b> <b>Change in the composition of the Board</b>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(1) If the composition of a Board is changed after oral proceedings, the parties to the proceedings shall be informed that, at the request of any party, fresh oral proceedings shall be held before the Board in its new composition. Fresh oral proceedings shall also be held if so requested by the new member and if the other members of the Board concerned have given their agreement.	(1) If the composition of a Board is changed after oral proceedings, the parties to the proceedings shall be informed that, at the request of any party, fresh oral proceedings shall be held before the Board in its new composition. Fresh oral proceedings shall also be held if so requested by the new member and if the other members of the Board concerned in the particular appeal have given their agreement.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(2) Each new member shall be bound to the same extent as the other members by an interim decision which has already been taken.	(2) Each new member shall be bound to the same extent as the other members by an interim interlocutory decision which has already been taken.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.

<p>(3) If, when a Board has already reached a final decision, a member is unable to act, he shall not be replaced by an alternate. If the Chairman is unable to act, the member of the Board concerned having the longer or longest service on the Boards of Appeal or, in the case where members have the same length of service, the elder or eldest member, shall sign the decision on behalf of the Chairman.</p>	<p><del>(3) If, when a</del> A member who is unable to act after the Board has already reached a final decision on the appeal, <del>a member is unable to act, he shall not be replaced by an alternate.</del> If the Chairman in a particular appeal is unable to act, the member of the Board <del>concerned</del> having the longer or longest service on the Boards of Appeal or, in the case where members have the same length of service, the elder or eldest member, shall sign the decision on behalf of the Chairman.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.</p> <p>The "decision on the appeal" is the decision which is taken in order to conclude the appeal proceedings. This excludes, for example, decisions which refer a question of law to the Enlarged Board of Appeal, decisions to take evidence or decisions to postpone oral proceedings.</p>
<p><b>Article 9</b> <b>Enlargement of a Board of Appeal</b></p>	<p><b>Article 9</b> <b>Enlargement of a Board of Appeal</b></p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p>If a Board of Appeal consisting of two technically qualified members and one legally qualified member considers that the nature of the appeal requires that the Board should consist of three technically qualified members and two legally qualified members, the decision to enlarge the Board shall be taken at the earliest possible stage in the examination of that appeal.</p>	<p>If a Board of Appeal consisting of two technically qualified members and one legally qualified member considers that the nature of the appeal requires that the Board should consist of three technically qualified members and two legally qualified members, the decision to enlarge the Board shall be taken at the earliest possible stage in the examination of that appeal.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p><b>Article 10</b> <b>Consolidation of appeal proceedings</b></p>	<p><b>Article 10</b> <b>Consolidation and acceleration of appeal proceedings</b></p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p>(1) If several appeals are filed from a decision, these appeals shall be considered in the same proceedings.</p>	<p>(1) If several appeals are filed from a decision, these appeals shall be <del>considered</del> dealt with in the same proceedings.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p>(2) If appeals are filed from separate decisions and all the appeals are designated to be examined by one Board in a common composition, that Board may deal with those appeals in consolidated proceedings with the consent of the parties.</p>	<p>(2) If appeals are filed from separate decisions but are clearly connected to each other and if all the appeals they are designated to be examined by one a Board in a common the same composition, that Board shall endeavour to deal with them one immediately after the other. The Board may, after having heard the parties, also <del>may</del> deal with these such appeals in consolidated proceedings with the consent of the parties.</p>	<p>Proposed new paragraph 2 is linked to case management and introduces the provision that, if appeals are clearly connected to each other (e.g. divisional applications, parent applications, applications based on the same priority application), the Board should hear them one immediately after the other. The Board may also consolidate such appeal proceedings. While the parties' consent is no longer required for the consolidation, the parties' right to be heard and their right to fair proceedings will not be adversely affected. Consolidation may also be requested by the parties.</p>

	<p>(3) On request by a party, the Board may accelerate the appeal proceedings. The request shall contain reasons justifying the acceleration and shall, where appropriate, be supported by documentary evidence. The Board shall inform the parties whether the request has been granted.</p>	<p>Proposed new paragraphs 3 to 6 replace the Notice from the Vice-President Directorate-General 3 dated 17 March 2008 concerning accelerated processing before the boards of appeal, OJ EPO 2008, 220.</p> <p>The possibility of accelerating proceedings allows the Boards to give one appeal priority over other pending appeals (see proposed new paragraph 6). The acceleration will not adversely affect the parties' right to be heard (cf. Article 113 EPC and proposed new paragraph 3 of Article 13), their right to fair proceedings more generally, or the quality of the Board's decision.</p> <p>Proposed new paragraph 3 gives the Board the discretionary power to decide on a party's request for acceleration. The party must give reasons, supported where appropriate by documentary evidence, to enable the Board to decide whether to accelerate or not. Valid reasons for acceleration are, in particular, that infringement proceedings have been brought or are envisaged, or that the decision of potential licensees of the patent in suit hinges on the outcome of the appeal. A mere statement that there is such a situation is not sufficient; rather, in the case of a pending infringement action, for example, the requester should provide documentary evidence such as a copy of the writ of summons indicating the case reference and the names of the parties. However, the party no longer needs to show a "legitimate interest" (requirement of the current Notice). The other parties may comment on the request and the reasons provided, but the Board will not normally invite them to do so.</p> <p>A Board may also decide not to accelerate the appeal proceedings, even if the reason provided by the requester would in principle justify acceleration. For example, a Board may refuse a request for acceleration because there are already several accelerated cases pending before it: the more such requests are accepted by a Board, the greater the risk that the treatment of non-accelerated cases is further delayed.</p> <p>Once the Board has decided whether to grant the request, it will inform the parties accordingly, and will provide its reasons if it refuses the request.</p> <p>Even if there is no request from a party, a Board may accelerate the appeal proceedings of its own motion, see proposed new paragraph 5.</p> <p>The party requesting acceleration may also apply to the Board to have the request excluded from file inspection, see Article 128(4) EPC, Rule 144(d) EPC and decision of the President of the EPO, Special edition No. 3, OJ EPO 2007, J.3. According to these provisions, if a request for exclusion from file inspection is made, the document concerned will provisionally be excluded from file inspection until a final decision on the request is taken, see Article 1(3) in conjunction with (2)(a) of the above-mentioned decision of the President of the EPO. However, the requester should expect any submission that it files in the proceedings before the Board to be forwarded to other parties to the appeal.</p>
--	---	--

	<p>(4) If a court or other competent authority in a Contracting State requests acceleration of the appeal proceedings, the Board shall inform the court or authority and the parties whether the request has been granted and when oral proceedings, if foreseen, are likely to take place.</p>	<p>Proposed new paragraph 4 allows a court to request acceleration. The term "court" is intended to include the Unified Patent Court (UPC). A court does not need to provide a specific reason for requesting acceleration. As a rule, Boards will grant a request for acceleration from a court. The Board will then also promptly inform the court of when oral proceedings are likely to take place. If a Board exceptionally refuses a request, it will inform the court and the parties of the reasons for its refusal.</p>
	<p>(5) The Board may accelerate the appeal proceedings of its own motion.</p>	<p>Proposed new paragraph 5 codifies the Boards' inherent power to accelerate their own proceedings. For example, a Board could accelerate the appeal if the case is highly likely to be remitted because of a fundamental deficiency in the proceedings at first instance (see proposed new Article 11).</p> <p>Contrary to the situations regulated by proposed new paragraphs 3 and 4, there is no need in the case of proposed new paragraph 5 to inform the parties. The parties' rights will not be adversely affected by acceleration of the appeal of the Board's own motion. For example, if the acceleration occurs after one party has amended its case, the other parties will be given the opportunity to react, in accordance with the provisions applicable at the particular stage of the proceedings.</p>
	<p>(6) If the Board accelerates the appeal proceedings, it shall give the appeal priority over other appeals. The Board may adopt a strict framework for the proceedings.</p>	<p>Proposed new paragraph 6 lays down the twofold effects of accelerated processing: the case is given priority over other cases, and the Board may adopt a strict framework for the purpose of case management, subject always to the parties' right to be heard and the principle of fair proceedings. Thus the Board may, for example, give parties directions, set a timeline (e.g. for submissions), and summon parties at an early date. If parties do not adhere to this framework, the Board may deem it appropriate to discontinue the acceleration.</p>

<b>Article 11</b> <b>Remission to the department of first instance</b>	<b>Article 11</b> <b>Remission to the department of first instance</b> <b>Remittal</b>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
A Board shall remit a case to the department of first instance if fundamental deficiencies are apparent in the first instance proceedings, unless special reasons present themselves for doing otherwise.	The Board shall not remit a case to the department whose decision was appealed for further prosecution, unless special reasons present themselves for doing so. As a rule, fundamental deficiencies which are apparent in the proceedings before that department constitute such special reasons.	<p>According to Article 111(1), second sentence, EPC, a Board may either exercise any power within the competence of the department of first instance or remit the case to that department for further prosecution. The aim of the new provision is to reduce the likelihood of a "ping-pong" effect between the Boards and the departments of first instance, and a consequent undue prolongation of the entire proceedings before the EPO. When exercising its discretion under Article 111 EPC, the Board should take account of this aim. As a consequence of the convergent approach now implemented in proposed new Articles 12 and 13, it is to be expected that more issues will be raised and dealt with in the proceedings at first instance, thereby reducing the need to remit cases.</p> <p>Proposed new Article 11 only applies to cases that are remitted "for further prosecution". In particular, it does not apply to cases that are remitted with an order by the Board to grant a patent or to maintain a patent in amended form, with or without the description to be adapted.</p> <p>Whether "special reasons" present themselves is to be decided on a case-by-case basis. If all issues can be decided without an undue burden, a Board should normally not remit the case.</p> <p>According to the second sentence of proposed new Article 11, where a Board ascertains that a fundamental deficiency is apparent in the proceedings at first instance, it will normally remit the case.</p>
<b>Article 12</b> <b>Basis of proceedings</b>	<b>Article 12</b> <b>Basis of appeal proceedings</b>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(1) Appeal proceedings shall be based on	(1) Appeal proceedings shall be based on	
	(a) the decision under appeal and minutes of any oral proceedings before the department having issued that decision;	In view of the nature of the appeal proceedings as reflected in proposed new paragraph 2 (i.e. review of the impugned decision in a judicial manner), proposed new paragraph 1(a) clarifies that these documents are to be taken into account.
(a) the notice of appeal and statement of grounds of appeal filed pursuant to Article 108 EPC;	(a) the notice of appeal and statement of grounds of appeal filed pursuant to Article 108 EPC;	Renumbered.
(b) in cases where there is more than one party, any written reply of the other party or parties to be filed within four months of notification of the grounds of appeal;	(b) in cases where there is more than one party, any written reply of the other party or parties to be filed within four months of notification of the grounds of appeal;	Renumbered.
(c) any communication sent by the Board and any answer thereto filed pursuant to directions of the Board.	(c) any communication sent by the Board and any answer thereto filed pursuant to directions of the Board;	Renumbered.

	(e) minutes of any video or telephone conference with the party or parties sent by the Board.	According to proposed new paragraph 1(e), if an exchange of information between the party or parties and the Board via video or telephone conference takes place (e.g. for the purpose of case management or settling minor issues), the Board's written minutes of the conference are the relevant part to be taken into account.
	(2) In view of the primary object of the appeal proceedings to review the decision under appeal in a judicial manner, a party's appeal case shall be directed to the requests, facts, objections, arguments and evidence on which the decision under appeal was based.	Proposed new paragraph 2 provides a general definition of the nature and scope of the appeal proceedings in accordance with the established case law. The Boards of Appeal constitute the first and final judicial instance in the procedures before the European Patent Office. In this capacity, they review appealed decisions on points of law and fact.  The term "requests" in this context is not limited to amended texts of patent applications or patents.  The term "objection" in these Rules of Procedure does not mean a ground for opposition but may be an attack made under a ground for opposition. Hence, the Enlarged Board of Appeal's findings in decision G 9/91 (OJ EPO 1993, 408) and opinion G 10/91 (OJ EPO 1993, 420) continue to apply. The term "objection" includes e.g. what is sometimes referred to by Boards or parties as a "line of attack".
(2) The statement of grounds of appeal and the reply shall contain a party's complete case. They shall set out clearly and concisely the reasons why it is requested that the decision under appeal be reversed, amended or upheld, and should specify expressly all the facts, arguments and evidence relied on. All documents referred to shall be	(23) The statement of grounds of appeal and the reply shall contain a party's complete appeal case. Accordingly, they shall set out clearly and concisely the reasons why it is requested that the decision under appeal be reversed, amended or upheld, and should specify expressly all the requests, facts, objections, arguments and evidence relied on. All documents referred to shall be	Current paragraph 2 of Article 12 is amended and renumbered as paragraph 3.  In proposed new paragraph 3 the terms "requests" and "objections" are added for consistency with proposed new paragraphs 2 and 6.
(a) attached as annexes insofar as they have not already been filed in the course of the grant, opposition or appeal proceedings or produced by the Office in said proceedings;	(a) attached as annexes insofar as they have not already been filed in the course of the grant, opposition or appeal proceedings or produced by the Office in said proceedings;	
(b) filed in any event to the extent that the Board so directs in a particular case.	(b) filed in any event to the extent that the Board so directs in a particular case.	
(3) Subject to Articles 113 and 116 EPC the Board may decide the case at any time after filing of the statement of grounds of appeal or, in cases where there is more than one party, after the expiry of the time limit in (1)(b).	<del>(3) Subject to Articles 113 and 116 EPC the Board may decide the case at any time after filing of the statement of grounds of appeal or, in cases where there is more than one party, after the expiry of the time limit in (1)(b).</del>	Current paragraph 3 of Article 12 is moved, in slightly amended form, to paragraph 8.

<p>(4) Without prejudice to the power of the Board to hold inadmissible facts, evidence or requests which could have been presented or were not admitted in the first instance proceedings, everything presented by the parties under (1) shall be taken into account by the Board if and to the extent it relates to the case under appeal and meets the requirements in (2).</p>	<p>(4) Any part of a party's appeal case which does not meet the requirements in paragraph 2 is to be regarded as an amendment, unless the party demonstrates that this part was admissibly raised and maintained in the proceedings leading to the decision under appeal. Any such amendment may be admitted only at the discretion of the Board.</p> <p>The party shall clearly identify each amendment and provide reasons for submitting it in the appeal proceedings. In the case of an amendment to a patent application or patent, the party shall also indicate the basis for the amendment in the application as filed and provide reasons why the amendment overcomes the objections raised.</p> <p>The Board shall exercise its discretion in view of, inter alia, the complexity of the amendment, the suitability of the amendment to address the issues which led to the decision under appeal, and the need for procedural economy.</p>	<p><b>Convergent approach – first level</b></p> <p><b>At the outset of the appeal proceedings, reversing the approach of current Article 12, paragraph 4</b></p> <p>Proposed new paragraph 4 implements, at the outset of the appeal proceedings, the first level of the convergent approach applicable in these proceedings. The second and third levels of this approach are implemented in proposed new paragraphs 1 and 2 of Article 13, respectively. It is axiomatic that, in the application of the convergent approach, the parties' right to be heard guaranteed by Article 113 EPC and their right to fair proceedings more generally are to be respected.</p> <p>Proposed new paragraph 4 replaces current paragraph 4 of Article 12. Accordingly, it is no longer the rule that "everything presented" (see current paragraph 4) at the outset of the appeal proceedings is now included in the appeal proceedings. Rather, under proposed new paragraph 4 the admittance of an amendment to a party's case made at the outset of the appeal proceedings is subject to the discretion of the Board. For the avoidance of doubt, it should be noted that the admissibility of the appeal continues to be examined on the basis of all the documents filed by the appellant at this stage, even if they are not admitted under this paragraph for the purpose of examining the merits of the appeal.</p> <p>According to proposed new paragraph 4, parts of the statement of grounds of appeal or the respondent's reply, i.e. parts of a party's appeal case, which are not directed to requests, facts, etc. on which the decision under appeal was based (see proposed new paragraph 2) are regarded as an amendment. In general, this definition of "amendment" also encompasses requests, facts, objections, arguments and evidence which the party submitted before the department of first instance but on which that department did not base its decision. However, if, on appeal, the party demonstrates that those requests, facts, etc., were admissibly raised, and were also maintained until the department of first instance took its decision, they will not be considered an amendment and, therefore, will be part of the appeal proceedings. Otherwise, this part of its appeal case will be regarded as an amendment and may only be admitted at the discretion of the Board.</p>
--	--	---



		<p>Submissions of a party which concern only the interpretation of the law are not an amendment within the meaning of proposed new paragraph 4.</p> <p>A party must clearly identify and justify an amendment as defined in sentence 1. Thus, in the case of an amendment to the patent application or the patent, for example a claim amendment, the applicant or patent proprietor must explain why the amended claim overcomes the objections raised, i.e. raised in the decision under appeal, or by the opponent in its statement of grounds of appeal.</p> <p>The non-exhaustive list of criteria that the Board can apply when exercising its discretion under proposed new paragraph 4 is based on the established case law and includes elements of current paragraph 1 of Article 13. The Board will also consider the reasons provided by the party for submitting the amendment only at the stage of the appeal proceedings, for example, that it could not adequately react to a request or document filed at a late stage in the proceedings at first instance. The phrase "issues which led to the decision under appeal" is not restricted to issues that were decided upon or mentioned in the decision under appeal.</p> <p>When exercising its discretion in view of the need for procedural economy, the Board may consider whether an amendment to a patent application or patent gives rise to further objections, in particular under Article 84 or 123(2) EPC.</p>
	<p>(5) The Board has discretion not to admit any part of a submission by a party which does not meet the requirements in paragraph 3.</p>	<p>Under proposed new paragraph 5, even if the statement of grounds of appeal or the reply contains a part which is not considered to be an amendment within the meaning of proposed new paragraph 4, the Board can nevertheless decide not to admit, i.e. decide not to take into account in the decision-making process, that part for not meeting the criteria mentioned in proposed new paragraph 3. The Board already has this power under the current Rules of Procedure (see current Article 12, paragraphs 2 and 4).</p> <p>For example, a party is required, as under the current Rules of Procedure, to "specify expressly" all the requests, facts, etc. relied on. If it does not do so, but merely refers to its submissions before the department of first instance, the Board may decide not to take these requests, facts, etc. into account. It may be that a party's submission meets neither the requirements of proposed new paragraph 4 nor those of proposed new paragraph 3.</p> <p>The term "part of a submission" can also include the complete submission.</p>

	<p>(6) The Board shall not admit requests, facts, objections or evidence which were not admitted in the proceedings leading to the decision under appeal, unless the decision not to admit them suffered from an error in the use of discretion or unless the circumstances of the appeal case justify their admittance.</p> <p>The Board shall not admit requests, facts, objections or evidence which should have been submitted, or which were no longer maintained, in the proceedings leading to the decision under appeal, unless the circumstances of the appeal case justify their admittance.</p>	<p>Proposed new paragraph 6, first sentence, takes up the section of current paragraph 4 of Article 12 and the established case law which concern the admittance of requests, facts, etc. which were not admitted in the proceedings at first instance. It still allows for their admittance in cases where the way in which the department of first instance exercised its discretion suffered from an error. Such an error may be seen to have occurred, for example, if the department of first instance did not exercise its discretion at all, or if, when exercising its discretion, it omitted a relevant factor, or if it exercised its discretion in an unreasonable way.</p> <p>Even if there was no such error, a Board may nevertheless still admit requests, facts, etc. because the circumstances have changed at the appeal stage. For example, where an opposition division correctly exercised its discretion not to admit a document for lack of relevance, a Board may still decide to admit this document because it has now become relevant in view of a claim amendment made at the appeal stage.</p> <p>Proposed new paragraph 6, second sentence, takes up the section of current paragraph 4 of Article 12 and the established case law which relate to requests, facts, etc. that could and should have been submitted during the proceedings at first instance, or were no longer maintained during those (for example, where requests were withdrawn), thereby preventing the department of first instance from taking a decision on them. It still allows for their admittance where the circumstances have changed at the appeal stage.</p> <p>The provisions of proposed new paragraphs 4, 5 and 6 apply in parallel throughout the appeal proceedings.</p>
<p>(5) Extension of time limits may exceptionally be allowed in the Board's discretion following receipt of a written and reasoned request.</p>	<p>(57) <del>Periods specified by the Board</del> Extension of time limits may exceptionally be allowed in extended at the Board's discretion following receipt of upon a written and reasoned request, presented before the expiry of such period. The same applies mutatis mutandis to the period referred to in paragraph 1(c); however, this period may only be extended up to a maximum of six months.</p>	<p>Proposed new paragraph 7, which adapts and replaces current paragraph 5 of Article 12, clarifies in its first sentence that periods specified by the Board may be extended. The wording is aligned with Rules 100(2) and 132(2) EPC, and the paragraph applies throughout the appeal proceedings.</p> <p>Although the period for reply is specified in proposed new paragraph 1(c), and is thus not a period specified by the Board, this period may exceptionally be extended at the Board's discretion by a maximum of two additional months, thus up to a maximum of six months.</p> <p>It is to be noted that a reply to the statement of grounds of appeal filed by the respondent after expiry of the period for that reply will normally fall under the provisions of Article 13.</p>
	<p>(38) Subject to Articles 113 and 116 EPC, the Board may decide the case at any time after filing of the statement of grounds of appeal or, in cases where there is more than one party, after the expiry of the time limit period referred to in paragraph (1)(b,c).</p>	<p>The provisions of proposed new paragraph 8 have been moved here from current paragraph 3 of Article 12 and amended for reasons of clarity/consistency.</p>

<p><b>Article 13</b> <b>Amendment to a party's case</b></p>	<p><b>Article 13</b> <b>Amendment to a party's appeal case</b></p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p>(1) Any amendment to a party's case after it has filed its grounds of appeal or reply may be admitted and considered at the Board's discretion. The discretion shall be exercised in view of inter alia the complexity of the new subject- matter submitted, the current state of the proceedings and the need for procedural economy.</p>	<p>(1) Any amendment to a party's appeal case after it has filed its grounds of appeal or reply may be admitted and considered at the Board's discretion is subject to the party's justification for its amendment and may be admitted only at the discretion of the Board.</p> <p><del>The discretion shall be exercised in view of inter alia the complexity of the new subject-matter submitted, the current state of the proceedings and the need for procedural economy.</del></p> <p>Article 12, paragraphs 4 to 6, shall apply mutatis mutandis.</p> <p>The party shall provide reasons for submitting the amendment at this stage of the appeal proceedings.</p> <p>The Board shall exercise its discretion in view of, inter alia, the current state of the proceedings, the suitability of the amendment to resolve the issues which were admissibly raised by another party in the appeal proceedings or which were raised by the Board, whether the amendment is detrimental to procedural economy, and, in the case of an amendment to a patent application or patent, whether the party has demonstrated that any such amendment, prima facie, overcomes the issues raised by another party in the appeal proceedings or by the Board and does not give rise to new objections.</p>	<p><b>Convergent approach – second level</b></p> <p><b>Limitation on a party amending its appeal case after the initial stage of the proceedings, but before the period set in a communication under Rule 100(2) EPC has expired or a summons to oral proceedings has been notified</b></p> <p>Proposed new paragraph 1 implements the second level of the convergent approach applicable in appeal proceedings. It defines the conditions under which a party may amend its appeal case after the initial stage of the proceedings and before the period set in a communication under Rule 100(2) EPC has expired or a summons to oral proceedings has been notified (see also proposed new paragraph 2 below). The party must provide reasons as to why the amendment is submitted at this stage of the appeal proceedings. The admittance is subject to the Board's discretion alone.</p> <p>A non-exhaustive list of criteria for applying that discretion is given. By way of specific reference to proposed new paragraphs 4 to 6 of Article 12, it is clarified that the criteria set out in those provisions also apply to any submissions made at this stage. The criteria set out in proposed new paragraph 1 of Article 13 are stricter than those given for the first level of the convergent approach in proposed new paragraph 4 of Article 12. At the second level of the convergent approach, the Board may take into account, for example, whether the amendment is suitable to resolve the issues concerned (in proposed new paragraph 4 of Article 12 it may be sufficient that the amendment "addresses" them), or whether the amendment is detrimental to procedural economy (in proposed new paragraph 4 of Article 12 "the need for procedural economy" is referred to). Where the Board raises an issue of its own motion under Article 114(1) EPC, the party's right to be heard under Article 113(1) EPC must be respected.</p> <p>In addition, where an amendment to a patent application or patent is concerned, the onus on the applicant or patent proprietor is to demonstrate both why the amendment, prima facie, overcomes the objections raised (at the first level of the convergent approach, the applicant or patent proprietor has only to provide reasons) and to demonstrate why the amendment, prima facie, does not give rise to new objections. It should be noted that the decision whether to admit the amendment always depends on the circumstances of the case. Thus, a Board, when deciding whether to admit the amendment, will take into account, for example, that the amendment is an appropriate reaction to a previously admitted new document or objection.</p>

	<p>(2) Any amendment to a party's appeal case made after the expiry of a period specified by the Board in a communication under Rule 100, paragraph 2, EPC or, where such a communication is not issued, after notification of a summons to oral proceedings shall, in principle, not be taken into account unless there are exceptional circumstances, which have been justified with cogent reasons by the party concerned.</p>	<p><b>Convergent approach – third level</b></p> <p><b>Ultimate limitation on a party amending its appeal case</b></p> <p>Proposed new paragraph 2 implements the third level of the convergent approach applicable in appeal proceedings. It imposes the most stringent limitations on a party wishing to amend its appeal case at an advanced stage of the proceedings, either after expiry of a period set in a communication of the Board under Rule 100(2) EPC or, where no such communication is issued, after a summons to oral proceedings has been notified. A communication under proposed new paragraph 1 of Article 15 which does not expressly invite a party to file observations within a period specified by the Board is not a communication within the meaning of proposed new paragraph 2.</p> <p>It is to be noted that, if an applicant fails to reply in due time to an invitation in a communication under Rule 100(2) EPC, the application will be deemed to be withdrawn under Rule 100(3) EPC, irrespective of whether the communication is sent before or after notification of a summons.</p> <p>The basic principle of the third level of the convergent approach is that, at this stage of the appeal proceedings, amendments to a party's appeal case are not to be taken into consideration. However, a limited exception is provided for: it requires a party to present compelling reasons which justify clearly why the circumstances leading to the amendment are indeed exceptional in the particular appeal ("cogent reasons"). For example, if a party submits that the Board raised an objection for the first time in a communication, it must explain precisely why this objection is new and does not fall under objections previously raised by the Board or a party. The Board may decide to admit the amendment in the exercise of its discretion.</p> <p>At the third level of the convergent approach, the Board may also rely on criteria applicable at the second level of the convergent approach, i.e. as set out in proposed new paragraph 1 of Article 13.</p> <p>The notification of the summons to oral proceedings triggers the third stage of the convergent approach where no communication under Rule 100(2) EPC is issued. While parties may be summoned at any stage of the appeal proceedings, proposed new paragraph 1 of Article 15 provides that the Boards will endeavour to issue the summons in opposition appeal proceedings no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in proposed new paragraph 1(c) of Article 12. This is intended to prevent the unexpected issuing of a summons to oral proceedings shortly after receipt of the reply or replies, unless there are particular reasons for an earlier issue. The intention behind the two-month minimum waiting time is to give a party the opportunity to react to another party's written reply with submissions falling under the less strict second level of the convergent approach, i.e. proposed new paragraph 1 of Article 13.</p>
<p>(2) Other parties shall be entitled to submit their observations on any amendment not held inadmissible by the Board ex officio.</p>	<p>(23) Other parties shall be entitled to submit their observations on any amendment not held inadmissible by the Board ex officio.</p>	<p>Renumbered.</p>

<p>(3) Amendments sought to be made after oral proceedings have been arranged shall not be admitted if they raise issues which the Board or the other party or parties cannot reasonably be expected to deal with without adjournment of the oral proceedings.</p>	<p><del>(3) Amendments sought to be made after oral proceedings have been arranged shall not be admitted if they raise issues which the Board or the other party or parties cannot reasonably be expected to deal with without adjournment of the oral proceedings.</del></p>	<p>The provisions of current paragraph 3 of Article 13 are replaced by proposed new paragraph 2.</p>
<p><b>Article 14 Interventions</b></p>	<p><b>Article 14 Interventions</b></p>	
<p>Articles 12 and 13 shall apply mutatis mutandis to interventions commenced while an appeal is pending.</p>	<p>Where, during a pending appeal, notice of intervention is filed, Articles 12 and 13 shall apply in so far as justified by the circumstances of the case.</p>	<p>According to current Article 14, current Articles 12 and 13 shall apply mutatis mutandis to interventions commenced while an appeal is pending, and this is so irrespective of the circumstances of the appeal case. According to the Enlarged Board of Appeal, if the intervention is filed during the appeal proceedings, the intervener acquires the status of an opponent and has the same rights and obligations as any opponent who has not filed an appeal, apart from having the right to raise new grounds of opposition (G 3/04, OJ EPO 2006, 118, with reference to G 1/94, OJ EPO 1994, 787).</p> <p>If the intervention is filed during the appeal proceedings, special circumstances may occur, however, which do not justify an unrestricted application of proposed new Articles 12 and 13 in the circumstances of the individual case, for example for reasons of procedural fairness. Therefore, proposed new Article 14 now expressly states that, if a notice of intervention is filed during appeal proceedings, the extent to which proposed new Articles 12 and 13 may be applied will depend on the circumstances of the individual appeal case.</p> <p>According to the proposed revised wording, if, for example, an intervention is filed shortly before oral proceedings, the Board may, where appropriate, not apply or only partially apply proposed new Articles 12 and 13, if it is of the opinion that this is justified by the circumstances of the individual appeal case. The intervener may, for example, present a new ground for opposition at the appeal stage (G 1/94, OJ EPO 1994, 787), meaning that the principle of proposed new paragraph 2 of Article 12 in particular is not pertinent in such a case.</p>

<p><b>Article 15</b> <b>Oral proceedings</b></p>	<p><b>Article 15</b> <b>Oral proceedings and issuing decisions</b></p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency.</p>
<p>(1) If oral proceedings are to take place, the Board may send a communication drawing attention to matters which seem to be of special significance, or to the fact that questions appear no longer to be contentious, or containing other observations that may help concentration on essentials during the oral proceedings.</p>	<p>(1) Without prejudice to Rule 115, paragraph 1, EPC, the Board shall, if oral proceedings are to take place, endeavour to give at least four months' notice of the summons. In cases where there is more than one party, the Board shall endeavour to issue the summons no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in Article 12, paragraph 1(c). A single date is fixed for the oral proceedings.</p> <p>In order to help concentration on essentials during the oral proceedings, the Board shall issue a communication drawing attention to matters that seem to be of particular significance for the decision to be taken. The Board may also provide a preliminary opinion. The Board shall endeavour to issue the communication at least four months in advance of the date of the oral proceedings.</p>	<p>Proposed new paragraph 1 introduces a new timescale for summoning the parties to oral proceedings, not only as a courtesy to parties but also to ensure a more efficient use of the rooms available for oral proceedings.</p> <p>As has been the practice hitherto, a single date for oral proceedings is fixed, which can be for one or more days.</p> <p>As an important case management instrument, proposed new paragraph 1 also provides that a communication is to be issued by the Board. In order to help concentration on the essentials and to ensure that the oral proceedings are conducted efficiently, the communication will be based on a thorough analysis of the case and draw attention to matters that seem to be of particular significance for the decision to be taken. The Board may also address additional matters during the oral proceedings.</p> <p>In most cases, the Board will give a preliminary opinion in its communication. However, in some cases the Board may not consider it appropriate to do so.</p> <p>A new timescale is introduced in the first and last sentences of proposed new paragraph 1 according to which the Board will endeavour to give at least four months' notice of the summons and to issue the communication at least four months in advance of the date of the oral proceedings.</p> <p>According to the second sentence of proposed new paragraph 1, in opposition appeal proceedings, the Board will endeavour to issue the summons no earlier than two months after receipt of the written reply or replies referred to in proposed new Article 12, paragraph 1(c). However, Boards may issue a summons earlier if there are particular reasons for doing so (for example, if appeal proceedings are accelerated).</p> <p>The communication is not necessarily sent together with the summons to oral proceedings. Whether this is done depends on the handling of the individual case.</p> <p>To be noted is that in the communication a period for response can be set. Only where the communication expressly invites a party to file observations within a period specified by the Board can it be regarded as a communication within the meaning of Rule 100(2) EPC and, in such a case, proposed new paragraph 2 of Article 13 is applicable. If the Board merely refers parties to the possibility of filing written submissions by a certain date, without expressly inviting them to do so, this is not a communication within the meaning of proposed new paragraph 2 of Article 13.</p>

<p>(2) A change of date for oral proceedings may exceptionally be allowed in the Board's discretion following receipt of a written and reasoned request made as far in advance of the appointed date as possible.</p>	<p>(2) A request of a party for a change of the date fixed for oral proceedings may be allowed if the party has put forward serious reasons which justify the fixing of a new date. If the party is represented, the serious reasons must relate to the representative.</p>	<p>Proposed new paragraph 2 deals with the possibility of changing the date. It replaces current paragraph 2 and supersedes the Notice of the Vice-President of Directorate-General 3 of the EPO dated 16 July 2007 concerning oral proceedings before the boards of appeal of the EPO ("Notice"), OJ EPO 2007, Special Edition No. 3, 115.</p> <p>According to proposed new paragraph 2, it is within the Board's discretion to change the date at the request of a party. The party has to show a "serious reason". Where the party is represented, the reason put forward by the party must relate to the representative. For the rare situations in which oral submissions by a party or an accompanying person are particularly relevant for deciding the case, the Board may consider changing the date (whether upon request or of its own motion), see also explanatory remarks to proposed new paragraph 2(c) below.</p>
	<p>(a) The request shall be filed in writing, reasoned and, where appropriate, supported by documentary evidence. The request shall be filed as soon as possible after the summons to oral proceedings has been notified and the serious reasons in question have arisen. The request should include a list of dates on which the requesting party is not available for oral proceedings.</p>	<p>Proposed new paragraph 2(a) sets out the requirements for the request. If the requirements are not met, the Board may reject the request for this reason alone. In addition, so that it is easier for the Board to find a suitable replacement date, the requester should (but is not obliged to) indicate in the request dates on which he or she is not available. The other parties may also provide a list of dates on which they are not available, or the Board may invite the parties to provide such a list.</p>
	<p>(b) Reasons which may justify a change of the date for oral proceedings include:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>(i) notification of a summons to oral proceedings in other proceedings before the European Patent Office or a national court received before notification of the summons to oral proceedings before the Board;</li> <li>(ii) serious illness;</li> <li>(iii) a death within the family;</li> <li>(iv) marriage or formation of a similar recognised partnership;</li> <li>(v) military service or other obligatory performance of civic duties;</li> <li>(vi) holidays or business trips which have been firmly booked before notification of the summons to oral proceedings.</li> </ul>	<p>Proposed new paragraph 2(b) sets out a non-exhaustive list of examples of reasons which may justify a change of date. These examples have been taken, with slight adaptations, from the Notice: in (i), the proposed new wording clarifies the term "previous notification" as used in the Notice; in (iv), mention is now made of both marriage and the formation of a similar recognised partnership; in (vi), business trips have been added to holidays.</p> <p>If the party presents a reason identified in new paragraph 2(b) and satisfies the requirements under new paragraph 2(a), the Board will normally, though not automatically, grant the request.</p> <p>The Board will consider all the circumstances; for example, it may also take into account that oral proceedings in another case have already been scheduled for the previous or following day at a different location.</p> <p>The term "national court" in paragraph 2(b) is intended to include the UPC.</p>

	<p>(c) Reasons which, as a rule, do not justify a change of the date for oral proceedings include:</p> <p>(i) filing of new requests, facts, objections, arguments or evidence;</p> <p>(ii) excessive work pressure;</p> <p>(iii) unavailability of a duly represented party;</p> <p>(iv) unavailability of an accompanying person;</p> <p>(v) appointment of a new professional representative.</p>	<p>Proposed new paragraph 2(c) sets out a non-exhaustive list of examples of reasons which, as a rule, do not justify a change of date. However, it is within the Board's discretion to change the date of oral proceedings in these situations too, for example, if the Board considers that oral submissions by the party or an accompanying person, such as a technical expert, are particularly relevant for deciding the case.</p> <p>The obligation mentioned in the Notice to state in the request why another representative cannot stand in for the one prevented from attending has been dispensed with.</p>
(3) The Board shall not be obliged to delay any step in the proceedings, including its decision, by reason only of the absence at the oral proceedings of any party duly summoned who may then be treated as relying only on its written case.	(3) The Board shall not be obliged to delay any step in the proceedings, including its decision, by reason only of the absence at the oral proceedings of <del>any a</del> party duly summoned who may then be treated as relying only on its written case.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(4) The Chairman presides over the oral proceedings and ensures their fair, orderly and efficient conduct.	(4) The <del>Chairman</del> presides over the oral proceedings and ensures their fair, orderly and efficient conduct.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(5) When a case is ready for decision during oral proceedings, the Chairman shall state the final requests of the parties and declare the debate closed. No submissions may be made by the parties after the closure of the debate unless the Board decides to re-open the debate.	(5) When a case is ready for decision during oral proceedings, the <del>Chairman</del> shall state the final requests of the parties and declare the debate closed. No submissions may be made by the parties after the closure of the debate unless the Board decides to re-open the debate.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.



<p>(6) The Board shall ensure that each case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings, unless there are special reasons to the contrary. Before the oral proceedings are closed, the decision may be announced orally by the Chairman.</p>	<p>(6) The Board shall ensure that each case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings, unless there are special reasons to the contrary. Before the oral proceedings are closed, the decision may be announced orally by the Chairman.</p>	<p>Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.</p>
	<p>(7) Where the decision on the appeal has been announced orally in accordance with paragraph 6, the reasons for the decision, or parts thereof, may, with the explicit consent of the parties, be put in writing in abridged form. However, where it has been indicated to the Board that a third party or a court has, in the particular case, a legitimate interest in the reasons for the decision not being in abridged form, they shall not be abridged. Where appropriate, the reasons for the decision in abridged form may already be included in the minutes of the oral proceedings.</p>	<p>Proposed new paragraph 7 provides the Board with an option to issue a decision in which the reasons are given in abridged form. When deciding whether to put (part of) the reasons in abridged form, the Board may consider, for example, the possible effect on the quality of its decision, the consistency and development of the case law of the Boards of Appeal, and the interests of third parties or a court (including the UPC), or the public in general.</p> <p>The provision applies to the decision on the appeal, meaning the decision which is taken in order to conclude the appeal proceedings, if it has been announced in the oral proceedings and only on condition that the parties give their consent. Not giving consent will not be to a party's detriment. Consenting to the reasons being put in abridged form is without prejudice to a party's right to file a petition for review.</p> <p>Following the summary of the facts (Rule 102(f) EPC), the reasons (Rule 102(g) EPC) may consist only of the decisive findings on which the decision is based.</p> <p>If the Board has been made aware of a legitimate interest in the written decision containing the Board's full reasoning, the reasons will not be given in abridged form.</p> <p>In appropriate cases, the reasoning for the decision may already be included in abridged form in the minutes of the oral proceedings, and then subsequently only referred to in the reasons of the written decision (to meet the requirements of Rule 102 EPC). This may be appropriate, for example, if the decision is limited to a single issue.</p>

	<p>(8) If the Board agrees with the finding of the department which issued the decision under appeal, on one or more issues, and with the reasons given for it in the decision under appeal, the Board may put the reasons for its decision in abridged form in respect of that issue.</p>	<p>Proposed new paragraph 8 provides a further option for the reasons for the decision to be put in abridged form (see explanatory remarks to proposed new paragraph 7 above). In contrast to proposed new paragraph 7, proposed new paragraph 8 does not require the explicit consent of the parties and is not limited to decisions announced at oral proceedings. As also mentioned in the explanatory remarks to proposed new paragraph 7, when deciding whether to put (part of) the reasons in abridged form, the Board may consider, for example, the possible effect on the quality of its decision, the consistency and development of the case law of the Boards of Appeal, and the interests of third parties or a court (including the UPC), or the public in general.</p> <p>Proposed new paragraph 8 relieves the Board of the need to set out in full the reasons for its decision if it agrees with the findings and reasoning of the decision under appeal. The Board may do so if it agrees with all the findings of the decision under appeal or only with the findings on one or more specific issues.</p> <p>However, if the statement of grounds of appeal contains submissions not presented before the department of first instance, the Board may normally be expected to address these in the reasons for its decision, so that the requirements of Article 113(1) EPC in particular are fulfilled.</p>
	<p>(9) The Board shall issue the decision on the appeal in a timely manner.</p>	<p>Proposed new paragraph 9 regulates the issuing of the "decision on the appeal", meaning the decision which is taken in order to conclude the appeal proceedings. This excludes, for example, decisions which refer a question of law to the Enlarged Board of Appeal, decisions to take evidence or decisions to postpone oral proceedings.</p> <p>Proposed new paragraph 9 sets out the general rule that all decisions on the appeal, including any issued in the course of the written proceedings, are to be issued in a timely manner.</p> <p>As in the past, the Chair announces the decision at the end of the oral proceedings, unless the board considers it unsuitable to do so.</p>

	<p>(a) Where the Chair announces the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Board shall put the decision in writing and despatch it within three months of the date of the oral proceedings. If the Board is unable to do so, it shall inform the parties when the decision is to be despatched. The President of the Boards of Appeal shall also be informed thereof.</p>	<p>Proposed new paragraph 9(a) governs the usual case in which the decision on the appeal is announced at the oral proceedings. In such a case, "in a timely manner" for the purposes of proposed new paragraph 9 means that the decision will be despatched within three months.</p> <p>However, if the Board is unable to do so, the parties will be informed of when it will be despatched. Typical cases in this regard are, for example, the sickness of a member, a particularly complex case, or a decision that is foreseen for publication in the EPO Official Journal.</p> <p>The Board does not have to inform the parties of the reasons why the despatch of its decision is delayed. The Board should however inform the parties of a delay as soon as possible after it becomes aware that the three-month period cannot be met and should normally do so before expiry of that period. Any further delay (that is, if the Board is unable to meet the later date communicated to the parties) would have to be communicated separately.</p> <p>No sanction is foreseen in the event that the Board does not despatch its decision within the relevant period or by the relevant date. The attention of the President of the Boards of Appeal will be drawn to any such delay. The new provision emphasises the ongoing commitment of the Boards to despatching their decisions in good time.</p>
	<p>(b) When a case is ready for decision at the conclusion of the oral proceedings but the Chair does not announce the decision on the appeal orally in accordance with paragraph 6, the Chair shall indicate the date on which the decision on the appeal is to be despatched, which shall not be later than three months after the closure of the oral proceedings. If the Board is unable to despatch the decision on the appeal by that date, it shall inform the parties of a new date or, in exceptional circumstances, shall issue a communication specifying the further procedural steps that will be taken.</p>	<p>Proposed new paragraph 9(b) regulates the situation in which the Chair does not announce the decision on the appeal at the oral proceedings, even though the case is ready for decision. In such a case, the Chair has to indicate when the complete written decision concluding the appeal proceedings will be despatched to the parties.</p> <p>The maximum period is again three months. If the Board realises after the oral proceedings that the case is not yet ready for a (final) decision, it has to send a communication informing the parties of how the proceedings will be continued (e.g. appointment of further oral proceedings or a referral to the Enlarged Board of Appeal).</p>
<b>Article 16 Costs</b>	<b>Article 16 Costs</b>	
(1) Subject to Article 104, paragraph 1, EPC, the Board may on request order a party to pay some or all of another party's costs which shall, without limiting the Board's discretion, include those incurred by any	(1) Subject to Article 104, paragraph 1, EPC, the Board may on request order a party to pay some or all of another party's costs. Without limiting the Board's discretion, such costs include those incurred by any	
(a) amendment pursuant to Article 13 to a party's case as filed pursuant to Article 12, paragraph 1;	(a) amendment to a party's appeal case pursuant to Article 13 to a party's case as filed pursuant to Article 12, paragraph 1;	Change(s) for reasons of clarity/consistency.

(b) extension of a time limit;	(b) extension of a <del>time limit</del> <b>period</b> ;	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(c) acts or omissions prejudicing the timely and efficient conduct of oral proceedings;	(c) acts or omissions prejudicing the timely and efficient conduct of oral proceedings;	
(d) failure to comply with a direction of the Board;	(d) failure to comply with a direction of the Board;	
(e) abuse of procedure.	(e) abuse of procedure.	
(2) The costs ordered to be paid may be all or part of those incurred by the receiving party and may inter alia be expressed as a percentage or as a specific sum. In the latter event, the Board's decision shall be a final decision for the purposes of Article 104, paragraph 3, EPC. The costs ordered may include costs charged to a party by its professional representative, costs incurred by a party itself whether or not acting through a professional representative, and the costs of witnesses or experts paid by a party but shall be limited to costs necessarily and reasonably incurred.	(2) The costs ordered to be paid may be all or part of those incurred by the receiving party and may, inter alia, be expressed as a percentage or as a specific sum. In the latter event, the Board's decision shall be a final decision for the purposes of Article 104, paragraph 3, EPC. The costs ordered may include costs charged to a party by its professional representative, costs incurred by a party itself whether or not acting through a professional representative, and the costs of witnesses or experts paid by a party but shall be limited to costs necessarily and reasonably incurred.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
<b>Article 17</b> <b>Communications to the parties</b>	<b>Article 17</b> <b>Communications to the parties</b>	
(1) In the written phase of proceedings, replies to requests and directions on matters of procedure shall be given by means of communications.	(1) In the written phase of proceedings, replies to requests and directions on matters of procedure shall be given by means of communications.	
(2) If a Board deems it expedient to communicate with the parties regarding a possible appreciation of substantive or legal matters, such communication shall be made in such a way as not to imply that the Board is in any way bound by it.	(2) If a Board deems it expedient to communicate with the parties regarding a possible appreciation of substantive or legal matters, such communication shall be made in such a way as not to imply that the Board is in any way bound by it.	

<b>Article 18</b> <b>EPO President's right to comment</b>	<b>Article 18</b> <del>EPO President's Right of the President of the European Patent Office to comment</del>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
The Board may, on its own initiative or at the written, reasoned request of the President of the European Patent Office, invite him to comment in writing or orally on questions of general interest which arise in the course of proceedings pending before it. The parties shall be entitled to submit their observations on the President's comments.	The Board may, <del>on</del> of its own initiative <del>motion</del> or at the written, reasoned request of the President of the European Patent Office, invite <del>him</del> the President to comment in writing or orally on questions of general interest which arise in the course of proceedings pending before it. The parties shall be entitled to submit their observations on the President's comments.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
<b>Article 19</b> <b>Deliberation and voting</b>	<b>Article 19</b> <b>Deliberation and voting</b>	
(1) If the members of a Board are not all of the same opinion, the Board shall meet to deliberate regarding the decision to be taken. Only members of the Board shall participate in the deliberations; the Chairman may, however, authorise other officers to attend. Deliberations shall be secret.	(1) If the members of a Board are not all of the same opinion, the Board shall meet to deliberate regarding the decision to be taken. Only members of the Board shall participate in the deliberations; the Chairman <del>in the particular appeal</del> may, however, authorise other officers to attend. <del>The deliberations shall be secret.</del>	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(2) During the deliberations between members of the Board, the opinion of the rapporteur shall be heard first, followed by that of the additional rapporteur if one has been appointed and, if the rapporteur is not the Chairman, the Chairman's last.	(2) During the deliberations <del>between members</del> of the Board, the opinion of the rapporteur shall be heard first, followed by that of the additional rapporteur if one has been appointed and, if the rapporteur is not the Chairman, <del>by that of the Chairman's</del> last.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.
(3) If voting is necessary, votes shall be taken in the same sequence; even if the Chairman is the rapporteur, he shall vote last. Abstentions shall not be permitted.	(3) If voting is necessary, votes shall be taken in the same sequence; <del>except that even if the Chairman is the, even when rapporteur, he shall vote last.</del> Abstentions shall not be permitted.	Change(s) for reasons of clarity/consistency and gender neutrality.

<b>Article 20</b> <b>Deviations from an earlier decision of any Board or from the Guidelines</b>	<b>Article 20</b> <b>Deviations from an earlier decision of any Board or from the Guidelines for Examination</b>	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(1) Should a Board consider it necessary to deviate from an interpretation or explanation of the Convention given in an earlier decision of any Board, the grounds for this deviation shall be given, unless such grounds are in accordance with an earlier opinion or decision of the Enlarged Board of Appeal. The President of the European Patent Office shall be informed of the Board's decision.	(1) Should a Board consider it necessary to deviate from an interpretation or explanation of the Convention given in an earlier decision of any Board, the grounds for this deviation shall be given, unless such grounds are in accordance with an earlier <del>decision or opinion or decision</del> of the Enlarged Board of Appeal according to Article 112, paragraph 1, EPC. The President of the European Patent Office shall be informed of the Board's decision.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.  Here it is clarified that a decision of the Enlarged Board of Appeal on a petition for review (Article 112a EPC) is not covered by this provision.
(2) If, in its decision, a Board gives a different interpretation of the Convention to that provided for in the Guidelines, it shall state the grounds for its action if it considers that this decision will be more readily understood in the light of such grounds.	(2) If, in its decision, a Board gives a different interpretation of the Convention <del>to</del> from that provided for in the Guidelines for Examination, it shall state <del>the its</del> grounds for <del>its action</del> <del>doing so</del> if it considers that <del>this the</del> decision will be more readily understood in the light of such grounds.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
<b>Article 21</b> <b>Deviation from an earlier decision or opinion of the Enlarged Board of Appeal</b>	<b>Article 21</b> <b>Deviation from an earlier decision or opinion of the Enlarged Board of Appeal</b>	
Should a Board consider it necessary to deviate from an interpretation or explanation of the Convention contained in an earlier opinion or decision of the Enlarged Board of Appeal, the question shall be referred to the Enlarged Board of Appeal.	Should a Board consider it necessary to deviate from an interpretation or explanation of the Convention contained in an earlier <del>decision or opinion or decision</del> of the Enlarged Board of Appeal according to Article 112, paragraph 1, EPC, the question shall be referred to the Enlarged Board of Appeal.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.  Here it is clarified that a referral to the Enlarged Board of Appeal is not required in a case in which a Board wishes to deviate from a decision of the Enlarged Board of Appeal on a petition for review (Article 112a EPC).
<b>Article 22</b> <b>Referral of a question to the Enlarged Board of Appeal</b>	<b>Article 22</b> <b>Referral of a question to the Enlarged Board of Appeal</b>	
(1) If a point is to be referred to the Enlarged Board of Appeal, a decision to this effect shall be taken by the Board concerned.	(1) If a <del>point</del> question is to be referred to the Enlarged Board of Appeal in accordance with Article 112, paragraph 1, EPC, a decision to this effect shall be taken by the Board <del>concerned</del> .	Change(s) for reasons of clarity/consistency.

(2) The decision shall contain the items specified in Rule 102, sub-paragraphs (a), (b), (c), (d) and (f), EPC and the point which the Board refers to the Enlarged Board of Appeal. The context in which the point originated shall also be stated.	(2) The decision shall contain the items specified in Rule 102, sub-paragraphs (a), (b), (c), (d) and (f), EPC and the <del>point</del> <b>question</b> which the Board refers to the Enlarged Board of Appeal. The context in which the <del>point</del> <b>question</b> <del>originated arose</del> shall also be stated.	Change(s) for reasons of clarity/consistency.
(3) The decision shall be communicated to the parties.	(3) The decision shall be communicated to the parties.	
<b>Article 23</b> <b>Binding nature of the Rules of Procedure</b>	<b>Article 23</b> <b>Binding nature of the Rules of Procedure</b>	
These Rules of Procedure shall be binding upon the Boards of Appeal, provided that they do not lead to a situation which would be incompatible with the spirit and purpose of the Convention.	These Rules of Procedure shall be binding upon the Boards of Appeal, provided that they do not lead to a situation which would be incompatible with the spirit and purpose of the Convention.	
<b>Article 24</b> <b>Entry into force</b>	<b>Article 24</b> <b>Entry into force</b>	
These Rules of Procedure shall enter into force upon entry into force of the revised text of the European Patent Convention in accordance with Article 8 of the Revision Act.	(1) The revised version of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal (the revised version) shall enter into force on 1 January 2020.  (2) Subject to Article 25, the version of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal valid until that time shall cease to be in force upon entry into force of the revised version.	Pursuant to proposed new Article 24, the revised version of the Rules of Procedure (the revised version) is to enter into force on 1 January 2020.  This date will be at least six months after the date of approval by the Administrative Council, so that parties will have time to familiarise themselves with the new provisions before they become applicable.
	<b>Article 25</b> <b>Transitional provisions</b>	
	(1) The revised version shall apply to any appeal pending on, or filed after, the date of the entry into force, subject to the following paragraphs.	Proposed new Article 25 lays down the transitional provisions. The revised version of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal will in principle apply to all appeals pending on the date of its entry into force. Therefore, as submissions already on file may be affected, two exceptions are foreseen in order to protect legitimate expectations which parties may have had at the time of filing such earlier submissions.

	<p>(2) Article 12, paragraphs 4 to 6, of the revised version shall not apply to any statement of grounds of appeal filed before the date of the entry into force and any reply to it filed in due time. Instead, Article 12, paragraph 4, of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal in the version valid until the date of the entry into force shall continue to apply.</p>	<p>An exception is made with respect to revised Article 12, paragraphs 4 to 6. These provisions will not apply to a statement of grounds of appeal filed before the date of entry into force of the revised version, or to replies thereto filed within the four-month period, irrespective of whether this period expires before, on or after the date of entry into force of the revised version. Any submission which is already on file before the entry into force of the revised version, and which is subsequent to the statement of grounds of appeal or the reply thereto, will however be subject to all the provisions of revised Article 13, paragraph 1, including the analogous application of revised Article 12, paragraphs 4 to 6.</p>
	<p>(3) Where the summons to oral proceedings or a communication of the Board under Rule 100, paragraph 2, EPC has been notified before the date of the entry into force, Article 13, paragraph 2, of the revised version shall not apply. Instead, Article 13 of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal in the version valid until the date of the entry into force shall continue to apply.</p>	<p>A further exception is made with respect to the strict provision of revised Article 13, paragraph 2. It will only apply to a submission filed after the statement of grounds of appeal or reply thereto if, at the date of entry into force of the revised version, the summons to oral proceedings or a communication of the Board under Rule 100(2) EPC has not been notified. Otherwise, Article 13 of the Rules of Procedure of the Boards of Appeal in the version valid until the date of the entry into force of the revised version will continue to apply.</p>



## Annexe 2. Tableau présentant les modifications du RPCR avec remarques explicatives

Dans le tableau ci-dessous, le RPCR en vigueur jusqu'au 31 décembre 2019 figure dans la colonne de gauche.

Ce tableau figure à la section VI. du document CA/3/19. La version révisée du RPCR – telle que proposée par le Président des chambres de recours, puis arrêtée par le Conseil des chambres de recours et approuvée par le Conseil d'administration – est présentée dans la colonne du milieu, les modifications apportées au texte étant indiquées comme suit : les passages supprimés sont barrés et les ajouts/modifications sont hachurés en gris.

La colonne de droite contient les remarques explicatives.

RPCR – dispositions actuelles	RPCR – dispositions proposées	Remarques explicatives
<b>Article premier</b> <b>Répartition des affaires et composition</b>	<b>Article premier</b> <b>Répartition des affaires et composition</b>	
(1) Avant le début de chaque année d'activité, le Praesidium prévu à la règle 12, paragraphe 4 CBE établit un plan de répartition entre les chambres de recours de tous les recours pouvant être formés pendant l'année ; ce plan désigne les personnes susceptibles de siéger dans chaque chambre ainsi que leurs suppléants. Il peut être modifié en cours d'année.	(1) Avant le début de chaque année d'activité, le Praesidium prévu à la règle 12 <del>ter</del> , paragraphe 4 CBE établit un plan de répartition entre les chambres de recours de tous les recours pouvant être formés pendant l'année ; ce plan désigne les <del>personnes</del> <b>membres</b> susceptibles de siéger dans chaque chambre ainsi que leurs suppléants. Il peut être modifié en cours d'année <b>d'activité</b> .	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
	(2) Avant le début de chaque année d'activité, le président de chaque chambre établit une liste des affaires dans lesquelles la chambre envisage au cours de l'année de tenir une procédure orale, d'émettre une notification au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE ou de rendre une décision dans le cadre de la procédure écrite. Avant le début de chaque année d'activité, le Président des chambres de recours publie la liste de chaque chambre.	La nouvelle version proposée du paragraphe 2 introduit la prépublication d'une liste des affaires pour chaque chambre dans lesquelles la chambre envisage au cours de l'année de tenir une procédure orale, d'émettre une notification ou de rendre une décision dans le cadre de la procédure écrite.  La liste publiée sera basée sur un plan de travail établi par chaque président pour sa chambre avant le début de chaque année d'activité. Cette planification anticipée de la charge de travail attendue pour l'année à venir vise à améliorer l'efficacité pour les chambres et les parties. Elle vise également à rendre le travail des chambres plus transparent et plus prévisible. La liste des affaires aura uniquement un caractère provisoire, pour permettre de faire face avec assez de flexibilité à tout imprévu au cours de l'année (p. ex. retrait d'un recours, report d'une procédure orale, demande réputée retirée pour non-paiement de la taxe annuelle, requête en traitement accéléré, etc.). La liste des affaires sera publiée en temps utile avant le début de l'année où elle s'applique.  Aucun droit ne peut découler de la mention d'une affaire dans la liste.

(2) Le président de chaque chambre de recours détermine dans chaque cas particulier la composition de la chambre conformément au plan de répartition des affaires.	(23) Le président de chaque chambre de recours détermine dans chaque cas particulier pour chaque affaire la composition de la chambre conformément au plan de répartition des affaires. Le président se désigne lui-même ou désigne un membre technicien ou juriste comme président dans le recours en question.	L'actuel paragraphe 2 de l'article premier est modifié et renuméroté pour devenir le paragraphe 3.  Changement(s) apporté(s) à la première phrase pour des raisons de clarté/cohérence.  La nouvelle deuxième phrase proposée correspond à l'actuel paragraphe 3 de l'article 2.
<b>Article 2</b> <b>Remplacement des membres</b>	<b>Article 2</b> <b>Remplacement des membres</b>	
(1) Les motifs de remplacement sont l'empêchement et notamment la maladie, la surcharge de travail et les engagements auxquels il n'est pas possible de se soustraire.	(1) Les motifs de remplacement sont l'Un membre ou le président dans le recours en question est remplacé en cas d'empêchement, et notamment la en cas de maladie, la de surcharge de travail et ou les d'engagements auxquels il n'est pas possible de se soustraire.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(2) Tout membre demandant à être remplacé par un suppléant informe sans retard son président de chambre de son empêchement.	(2) Tout Un membre ou le président dans le recours en question demandant à souhaitant être remplacé par un suppléant informe sans retard son le président de la chambre de son empêchement.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) Le président de la chambre peut, conformément au plan de répartition des affaires, désigner un autre membre de la chambre pour le remplacer dans un recours donné.	(3) Le président de la chambre peut, conformément au plan de répartition des affaires, désigner un autre membre de la chambre pour le remplacer dans un recours donné.	Supprimé en raison de l'insertion de la phrase 2 dans la nouvelle version proposée de l'article premier, paragraphe 3, et en raison de l'extension du paragraphe 1 ("...ou le président dans le recours en question...").
<b>Article 3</b> <b>Récusation</b>	<b>Article 3</b> <b>Abstention et Récusation</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(1) Si une chambre a connaissance d'un motif de récusation éventuelle de l'un de ses membres autrement que par ce dernier ou par l'une des parties, l'article 24, paragraphe 4 CBE s'applique.	(1) Si une chambre a connaissance d'un motif d'abstention ou de récusation éventuelle au titre de l'article 24 CBE de l'un de ses membres autrement que par ce dernier ou par l'une des parties, la procédure prévue à l'article 24, paragraphe 4 CBE s'applique.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(2) Le membre intéressé est invité à donner son avis sur le motif de récusation allégué.	(2) Le membre intéressé est invité à donner son avis sur le motif d'abstention ou de récusation allégué.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) La procédure relative à l'affaire n'est pas poursuivie avant qu'une décision ait été prise au sujet de la récusation.	(3) La procédure relative à dans l'affaire donnée n'est pas poursuivie avant qu'une décision ait été prise au sujet de l'abstention ou de la récusation.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.

<b>Article 4</b> <b>Respect de la procédure</b>	<b>Article 4</b> <b>Respect de la procédure</b>	
<p>(1) Dans chaque cas, le président désigne un membre de la chambre ou lui-même pour examiner si le recours est recevable.</p>	<p>(1) Dans chaque cas, le président de la chambre désigne pour chaque recours un membre de la chambre ou lui-même pour examiner si le recours est recevable.</p>	<p>Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.</p> <p>Dans la plupart des cas, le président de la chambre désignera un membre juriste pour examiner si le recours est recevable. Lorsque le rapporteur (un membre technicien dans la plupart des cas) a été désigné avant que la composition complète de la chambre n'ait été arrêtée (cf. nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 5), le président de la chambre ne peut décider de désigner le membre juriste pour examiner si le recours est recevable qu'une fois que la composition complète de la chambre a été déterminée.</p>
<p>(2) Le président, ou un membre désigné par lui, veille à ce que les parties se conforment au présent règlement ainsi qu'aux ordonnances de la chambre relatives à des questions de procédure et, le cas échéant, il propose à la chambre toute mesure utile.</p>	<p>(2) Le président dans le recours en question, ou un membre désigné par lui le président de la chambre, veille à ce que les parties se conforment au présent règlement de procédure ainsi qu'aux ordonnances de la chambre relatives à des questions de procédure et, le cas échéant, il propose à la chambre toute mesure utile.</p>	<p>Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.</p>
<b>Article 5</b> <b>Rapporteurs</b>	<b>Article 5</b> <b>Rapporteurs</b>	
<p>(1) Le président de chaque chambre désigne pour chaque recours l'un des membres de sa chambre ou lui-même pour assumer les fonctions de rapporteur. Si cela est approprié eu égard à l'objet de l'affaire, le président peut désigner un corapporteur.</p>	<p>(1) Pour chaque recours, le président de chaque la chambre désigne pour chaque recours l'un des un membres technicien ou juriste de sa la chambre ou lui-même pour assumer les fonctions de rapporteur. Si cela est approprié eu égard à l'objet de l'affaire, le président de la chambre peut désigner un corapporteur. La composition de la chambre peut être complétée à un stade ultérieur, conformément à l'article premier, paragraphe 3. Les mesures prévues aux paragraphes 4 et 5 ne peuvent pas être prises tant que la composition complète de la chambre n'a pas été déterminée conformément à l'article premier, paragraphe 3.</p>	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 1 prévoit que le président peut désigner le rapporteur avant de déterminer la composition restante de la chambre. La composition restante de la chambre peut, par exemple, être déterminée lorsqu'une affaire est inscrite sur la liste des affaires visée au paragraphe 2 de l'article premier.</p> <p>Les mesures prévues dans la nouvelle version proposée du paragraphe 3 peuvent être prises par le rapporteur et, le cas échéant, le corapporteur, indépendamment de la question de savoir si la composition restante de la chambre a déjà été déterminée. Cependant, conformément à la quatrième phrase proposée du paragraphe 1, le rapporteur et, le cas échéant, le corapporteur, ne peuvent rédiger des projets de notifications, préparer les procédures orales et rédiger des projets de décisions qu'une fois que la composition de la chambre est complétée.</p>
<p>(2) Si un corapporteur a été désigné, les mesures prévues aux paragraphes 3 à 5 sont prises conjointement par le rapporteur et le corapporteur, sous réserve des directives du président.</p>	<p>(2) Si un corapporteur a été désigné, les mesures prévues aux paragraphes 3 à 5 sont prises conjointement par le rapporteur et le corapporteur, sous réserve des directives du président.</p>	<p>Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.</p>

<p>(3) Le rapporteur fait une étude préliminaire du recours et, le cas échéant, rédige sous la direction du président de chambre les notifications aux parties. Le rapporteur signe ces notifications au nom de la chambre.</p>	<p>(3) Le rapporteur fait une étude préliminaire du recours et, le cas échéant, rédige sous la direction du président de chambre les notifications aux parties. Le rapporteur évalue, sous réserve des directives du président de la chambre, s'il convient de donner la priorité au recours ou de le traiter avec d'autres recours qui lui sont attribués. Le rapporteur signe ces notifications au nom de la chambre.</p>	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 3 introduit un élément important de la gestion en amont des dossiers. Sous réserve des directives du président de la chambre, qui a une vue d'ensemble complète, le rapporteur évalue s'il convient de donner au recours la priorité par rapport à d'autres recours qui lui sont attribués, par exemple lorsqu'un renvoi semble probable ou qu'il ressort du rapport du greffier visé à l'article 6, paragraphe 3 que le recours est irrecevable. Le rapporteur examinera également si le recours doit être traité avec d'autres recours.</p> <p>En général, les affaires sont traitées dans l'ordre chronologique d'arrivée. Cependant, le rapporteur devrait s'écarter de ce principe lorsqu'il est possible d'obtenir des effets synergiques (par exemple en traitant d'affilée des affaires similaires).</p> <p>La deuxième phrase de l'actuel paragraphe 3 de l'article 5 est supprimée et son contenu est clarifié et intégré dans la nouvelle version proposée du paragraphe 4, qui s'applique une fois que la composition complète de la chambre est déterminée.</p>
<p>(4) Le rapporteur prépare les réunions internes de la chambre et les procédures orales.</p>	<p>(4) Le rapporteur rédige les projets de notifications au nom de la chambre, sous réserve des directives du président dans le recours en question, et prépare les réunions internes de la chambre et les procédures orales.</p>	<p>L'actuel paragraphe 4 de l'article 5 est modifié conformément à la nouvelle version proposée du paragraphe 1, quatrième phrase pour tenir compte du fait que le rapporteur ne peut rédiger des projets de notifications qu'une fois que la composition complète de la chambre est déterminée.</p>
<p>(5) Le rapporteur rédige les projets de décisions.</p>	<p>(5) Le rapporteur rédige les projets de décisions.</p>	
<p>(6) Si un rapporteur ou le corapporteur estime que sa connaissance de la langue de la procédure n'est pas suffisante pour rédiger des projets de notifications et de décisions, il peut les rédiger dans une autre des langues officielles. L'Office européen des brevets traduit les projets dans la langue de la procédure et le rapporteur ou un autre membre de la chambre vérifie les traductions.</p>	<p>(6) Si un rapporteur ou le corapporteur qui estime que sa connaissance de la langue de la procédure n'est pas suffisante pour rédiger des projets de notifications et de décisions, il peut les rédiger dans une autre des langues officielles. L'Office européen des brevets traduit les projets dans la langue de la procédure et le rapporteur ou un autre membre de la chambre dans le recours en question vérifie les traductions.</p>	<p>Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.</p>
<p><b>Article 6</b> <b>Greffes</b></p>	<p><b>Article 6</b> <b>Greffes</b></p>	
<p>(1) Des greffes sont institués auprès des chambres de recours. Les attributions correspondantes sont exercées par des greffiers. L'un des greffiers est désigné comme greffier en chef.</p>	<p>(1) Des greffes sont institués auprès des chambres de recours. Les attributions correspondantes sont exercées par des greffiers. L'un des greffiers est désigné comme greffier en chef.</p>	

(2) Le Praesidium prévu à la règle 12, paragraphe 1 CBE peut confier aux greffiers des tâches ne présentant aucune difficulté technique ou juridique particulière, notamment celles concernant l'ouverture des dossiers à l'inspection publique, les citations, les significations ou les autorisations de poursuite de la procédure.	(2) Le Praesidium prévu à la règle 12 <sup>ter</sup> , paragraphe 1 CBE peut confier aux greffiers des tâches ne présentant aucune difficulté technique ou juridique particulière, notamment celles concernant l'ouverture des dossiers à l'inspection publique, les citations à une procédure orale, les significations ou les autorisations de poursuite de la procédure.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) Le greffier présente au président de la chambre concernée un rapport sur la recevabilité de chaque nouveau recours introduit.	(3) Le greffier présente au président de la chambre concernée un rapport sur la recevabilité de chaque nouveau recours introduit.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(4) Les procès-verbaux des procédures orales et des instructions sont établis par le greffier ou par tout autre agent de l'Office désigné par le président de la chambre concernée.	(4) Le président dans le recours en question désigne un membre de la chambre ou, avec l'accord du président de la chambre, le greffier pour établir les procès-verbaux des procédures orales et des mesures d'instructions sont établis par le greffier ou par tout autre agent de l'Office désigné par le président de la chambre concernée.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.  Le contenu du procès-verbal de la procédure orale est régi par la règle 124 CBE. Ainsi, le procès-verbal établi par la chambre rend compte des actes de procédure essentiels, tels que les requêtes des parties et la production de pièces pendant la procédure orale. Cependant, les arguments soulevés par les parties pendant la procédure orale ne sont généralement pas inclus dans le procès-verbal, bien qu'ils puissent faire partie de la décision écrite de la chambre.
<b>Article 7</b> <b>Participation d'interprètes</b>	<b>Article 7</b> <b>Participation d'interprètes</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
Le cas échéant, le président fait assurer la traduction lors des débats oraux, des mesures d'instruction et des délibérations de la chambre.	Le cas échéant, le président dans le recours en question fait assurer la traduction lors des débats oraux procédures orales, des mesures d'instruction et des délibérations de la chambre.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 8</b> <b>Modification de la composition des chambres</b>	<b>Article 8</b> <b>Modification de la composition des d'une chambres</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(1) Si la composition d'une chambre est modifiée après une procédure orale, les parties sont informées que, si l'une d'elles le demande, une nouvelle procédure orale aura lieu devant la chambre dans sa nouvelle composition. Une nouvelle procédure orale a également lieu à la demande du nouveau membre de la chambre si les autres sont d'accord.	(1) Si la composition d'une chambre est modifiée après une procédure orale, les parties sont informées que, si l'une d'elles le demande, une nouvelle procédure orale aura lieu devant la chambre dans sa nouvelle composition. Une nouvelle procédure orale a également lieu à la demande du nouveau membre de la chambre si les autres membres dans le recours en question sont d'accord.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.

(2) Chaque nouveau membre de la chambre est lié, au même titre que les autres, par les décisions interlocutoires déjà prises.	(2) Chaque nouveau membre de la chambre est lié, au même titre que les autres, par les décisions interlocutoires déjà prises.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) Si l'un des membres d'une chambre a un empêchement alors que la chambre a déjà pris une décision finale, il n'est pas remplacé. S'il s'agit du président de la chambre, la décision est signée, au lieu et place de celui-ci, par le membre de la chambre le plus ancien dans les chambres de recours ; à égalité d'ancienneté, c'est le plus âgé qui signe.	(3) Si l'un des membres d'une chambre qui a un empêchement alors après que la chambre a déjà pris une décision finale sur le recours, il n'est pas remplacé. S'il s'agit du président de la chambre dans le recours en question, la décision est signée, au lieu et place de celui-ci, par le membre de la chambre le plus ancien dans les chambres de recours ; à égalité d'ancienneté, c'est le membre le plus âgé qui signe.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence. La "décision sur le recours" est la décision qui est prise pour clore la procédure de recours. En sont exclues, par exemple, les décisions visant à soumettre une question de droit à la Grande Chambre de recours, à procéder à des mesures d'instruction ou à reporter une procédure orale.
<b>Article 9</b> <b>Élargissement des chambres de recours</b>	<b>Article 9</b> <b>Élargissement des Formation élargie d'une chambres de recours</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
Si une chambre de recours composée de deux membres techniciens et d'un membre juriste considère que la nature d'un recours lui impose une composition élargie à trois membres techniciens et deux membres juristes, elle doit prendre au plus tôt la décision d'élargissement.	Si une chambre de recours composée de deux membres techniciens et d'un membre juriste considère que la nature d'un recours lui impose une composition élargie à trois membres techniciens et deux membres juristes, elle doit prendre au plus tôt la décision d'élargissement de recourir à une formation élargie.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 10</b> <b>Jonction de procédures de recours</b>	<b>Article 10</b> <b>Jonction et accélération de procédures de recours</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(1) Si plusieurs recours ont été formés contre une même décision, ils sont examinés au cours d'une même procédure.	(1) Si plusieurs recours ont été formés contre une même décision, ils sont examinés traités au cours d'une même procédure.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(2) Si des recours ont été formés contre différentes décisions et si tous ces recours doivent être examinés par une même formation de la chambre, celle-ci peut, avec l'accord des parties, instruire ces recours au cours d'une procédure commune.	(2) Si des recours ont été formés contre différentes décisions, mais qu'ils sont clairement liés entre eux et si tous ces recours doivent être examinés par une même formation de la chambre dans une composition identique, celle-ci peut s'efforce de les traiter l'un immédiatement après l'autre. La chambre peut également, après avoir entendu les parties, avec l'accord des parties, instruire traiter ces de tels recours au cours d'une procédure commune.	La nouvelle version proposée du paragraphe 2 est liée à la gestion des dossiers et introduit la disposition selon laquelle, si des recours sont clairement liés entre eux (p. ex. demandes divisionnaires, demandes initiales, demandes fondées sur la même demande dont la priorité est revendiquée), la chambre devrait les traiter l'un immédiatement après l'autre. La chambre peut également traiter de tels recours dans une procédure commune. Bien que l'accord des parties ne soit plus nécessaire pour une telle jonction de procédures, leur droit à être entendues et leur droit à une procédure équitable ne seront pas compromis. L'instruction de recours dans une procédure commune peut aussi être demandée par les parties.

	<p>(3) Sur requête d'une partie, la chambre peut accélérer la procédure de recours. La requête doit exposer les motifs justifiant l'accélération du recours et, le cas échéant, être étayée par des pièces justificatives. La chambre indique aux parties s'il est fait droit à la requête.</p>	<p>Les nouveaux paragraphes 3 à 6 proposés remplacent le Communiqué du Vice-Président chargé de la Direction générale 3, en date du 17 mars 2008, relatif à l'accélération de la procédure devant les Chambres de recours (JO OEB 2008, 220).</p> <p>La possibilité d'accélérer la procédure permet aux chambres de donner à un recours la priorité par rapport à d'autres recours en instance (cf. nouvelle version proposée du paragraphe 6). L'accélération ne portera préjudice ni au droit des parties à être entendues (cf. article 113 CBE et nouvelle version proposée du paragraphe 3 de l'article 13), ni plus généralement à leur droit à une procédure équitable, ni à la qualité de la décision de la chambre.</p> <p>Le nouveau paragraphe 3 confère à la chambre un pouvoir d'appréciation pour statuer sur toute requête en accélération présentée par une partie. La partie doit fournir des motifs, le cas échéant étayés par des pièces justificatives, pour permettre à la chambre de décider s'il convient d'accélérer la procédure ou non. Parmi les motifs valables d'accélération figurent, en particulier, le fait qu'une procédure en contrefaçon ait été engagée ou envisagée ou le fait que d'éventuelles licences pour le brevet litigieux dépendent de l'issue du recours. Il ne suffit pas de déclarer simplement qu'une telle situation existe. Si une action en contrefaçon est en instance par exemple, le requérant doit produire des pièces justificatives, telles qu'une copie de l'assignation indiquant la référence de l'affaire et le nom des parties. Cependant, la partie n'a plus besoin de démontrer un "intérêt légitime" à agir (exigence de l'actuel communiqué). Bien que la chambre, en principe, n'invite pas les autres parties à le faire, elles peuvent toutefois prendre position sur la requête et les motifs invoqués.</p>
--	---	---

		<p>Une chambre peut aussi décider de ne pas accélérer la procédure de recours, même si le motif invoqué par le requérant justifierait en principe l'accélération. Par exemple, une chambre peut rejeter une requête en accélération au motif que plusieurs affaires font déjà l'objet d'une accélération devant elle : plus une chambre fait droit à de telles requêtes, plus l'instruction des affaires non accélérées risque d'être encore retardée.</p> <p>Une fois la décision prise par la chambre sur la requête, elle en informe les parties ; en cas de rejet de la requête, elle motive sa décision.</p> <p>Même en l'absence de requête d'une partie, une chambre peut accélérer d'office la procédure de recours (cf. nouveau paragraphe 5 proposé).</p> <p>La partie qui demande l'accélération de la procédure peut également demander à la chambre d'exclure la requête de l'inspection publique (cf. article 128(4) CBE, règle 144d) CBE et Décision de la Présidente de l'OEB, Édition spéciale n° 3, JO OEB 2007, J.3.). Conformément à ces dispositions, si une requête visant à exclure des pièces de l'inspection publique est présentée, le document concerné sera provisoirement exclu de l'inspection publique jusqu'à ce que la requête fasse l'objet d'une décision définitive (cf. article premier, paragraphe 3 combiné avec le paragraphe 2a) de la décision susmentionnée de la Présidente de l'OEB). Cependant, le requérant doit s'attendre à ce que tout ce qu'il soumet dans la procédure devant la chambre soit communiqué aux autres parties au recours.</p>
	<p>(4) Si une juridiction ou une autre autorité compétente dans un État contractant demande l'accélération de la procédure de recours, la chambre indique à la juridiction ou à l'autorité et aux parties s'il est fait droit à la requête et communique quand la procédure orale, le cas échéant, devrait se tenir.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 4 proposé permet à une juridiction de demander l'accélération d'une procédure. Le choix du terme "juridiction" vise à inclure la juridiction unifiée du brevet (JUB). Une juridiction n'a pas besoin d'avancer de motif spécial pour demander l'accélération d'une procédure. En principe, les chambres feront droit aux requêtes en accélération émanant d'une juridiction. Ensuite, la chambre communiquera également sans délai à la juridiction quand la procédure orale devrait se tenir. Si une chambre rejette exceptionnellement une requête, elle informera la juridiction et les parties des motifs de son rejet.</p>
	<p>(5) La chambre peut accélérer d'office la procédure de recours.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 5 proposé énonce le pouvoir inhérent des chambres d'accélérer leurs propres procédures. Par exemple, une chambre peut accélérer le recours s'il est hautement probable que l'affaire soit renvoyée à la première instance pour cause de vices majeurs entachant la procédure de première instance (cf. nouvelle version proposée de l'article 11).</p> <p>Contrairement aux situations régies par les nouveaux paragraphes 3 et 4 proposés, il n'est pas nécessaire d'informer les parties dans le cas de figure visé par le nouveau paragraphe 5 proposé. Les droits des parties ne seront pas compromis en cas d'accélération d'office du recours par la chambre. Par exemple, si l'accélération a lieu après qu'une partie a modifié ses moyens, les autres parties auront l'occasion de réagir, conformément aux dispositions applicables au stade en question de la procédure.</p>



	(6) Si la chambre accélère la procédure de recours, elle donne au recours la priorité par rapport à d'autres recours. La chambre peut adopter un cadre strict pour la procédure.	Le nouveau paragraphe 6 proposé présente le double effet du traitement accéléré : priorité est donnée à l'affaire par rapport à d'autres affaires et la chambre peut adopter un cadre strict aux fins de gestion de l'affaire, toujours sous réserve du droit des parties à être entendues et du principe de procédure équitable. Ainsi, la chambre peut, par exemple, émettre des ordonnances à l'adresse des parties, impartir un délai (p. ex. pour produire tout élément) et citer des parties à comparaître à une date précoce. Si les parties ne se conforment pas à ce cadre, la chambre peut estimer qu'il convient de mettre fin à l'accélération.
<b>Article 11</b> <b>Renvoi à la première instance</b>	<b>Article 11</b> <b>Renvoi à la première instance</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
Lorsque la procédure de première instance est entachée de vices majeurs, la chambre renvoie l'affaire à cette instance à moins que des raisons particulières ne s'y opposent.	La chambre ne renvoie l'affaire pour suite à donner à l'instance qui a rendu la décision attaquée que si des raisons particulières le justifient. En règle générale, la présence de vices majeurs entachant la procédure de cette instance constitue une raison particulière.	Conformément à l'article 111(1), deuxième phrase CBE, une chambre peut soit exercer les compétences de la première instance, soit renvoyer l'affaire à ladite instance pour suite à donner. Cette nouvelle disposition vise à réduire la probabilité d'un va-et-vient entre les chambres et les instances du premier degré, ainsi que l'allongement injustifié de l'ensemble de la procédure devant l'OEB qui en résulterait. Lorsqu'elle exerce le pouvoir d'appréciation conféré par l'article 111 CBE, la chambre doit tenir compte de cet objectif. En conséquence de l'approche convergente, dont la mise en œuvre est désormais régie par les nouveaux articles 12 et 13 proposés, davantage de questions devraient être soulevées et traitées pendant la procédure de première instance, ce qui devrait réduire le besoin de renvoyer les affaires.  La nouvelle version proposée de l'article 11 s'applique uniquement aux affaires qui sont renvoyées "pour suite à donner". Elle ne s'applique pas, en particulier, aux affaires qui sont renvoyées par la chambre pour la délivrance d'un brevet ou le maintien du brevet sous une forme modifiée avec ou sans adaptation de la description.  La présence de "raisons particulières" doit être déterminée au cas par cas. Normalement, une chambre ne doit pas renvoyer l'affaire si toutes les questions peuvent être tranchées sans effort excessif.  Conformément à la deuxième phrase de la nouvelle version proposée de l'article 11, lorsqu'une chambre établit qu'un vice majeur entache la procédure de première instance, elle renvoie en règle générale l'affaire.
<b>Article 12</b> <b>Fondement de la procédure</b>	<b>Article 12</b> <b>Fondement de la procédure de recours</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(1) La procédure de recours se fonde :	(1) La procédure de recours se fonde :	
	a) sur la décision attaquée et les procès-verbaux de toute procédure orale devant l'instance qui a rendu cette décision ;	Compte tenu de la nature de la procédure de recours reflétée dans la nouvelle version proposée du paragraphe 2 (à savoir une révision de nature juridictionnelle de la décision contestée), la nouvelle version proposée du paragraphe 1a) clarifie que ces documents doivent être pris en compte.

a) sur l'acte de recours et le mémoire exposant les motifs du recours déposés conformément à l'article 108 CBE ;	a) sur l'acte de recours et le mémoire exposant les motifs du recours déposés conformément à l'article 108 CBE ;	Renuméroté
b) lorsqu'il y a plusieurs parties, sur toute réponse écrite de l'autre ou des autres parties qui devra être produite dans un délai de quatre mois à compter de la signification des motifs du recours ;	b) lorsqu'il y a plusieurs parties, sur toute réponse écrite de l'autre ou des autres parties qui devra être produite dans un délai de quatre mois à compter de la signification des motifs du recours ;	Renuméroté
c) sur toute notification envoyée par la chambre et toute réponse à celle-ci produite conformément aux ordonnances de la chambre.	c) sur toute notification envoyée par la chambre et toute réponse à celle-ci produite conformément aux ordonnances de la chambre ;	Renuméroté
	e) sur tout procès-verbal d'une visioconférence ou d'une conférence téléphonique avec la ou les parties envoyé par la chambre.	Conformément au nouveau paragraphe 1e) proposé, si un échange d'informations entre la ou les parties et la chambre a lieu par visioconférence ou par conférence téléphonique (p. ex. aux fins de la gestion d'une affaire ou pour régler des questions mineures), seul le procès-verbal écrit de la conférence établi par la chambre est pertinent et à prendre en compte.
	(2) Étant donné que la procédure de recours a pour objet premier une révision de nature juridictionnelle de la décision attaquée, les moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours doivent porter sur les requêtes, les faits, les objections, les arguments et les preuves sur lesquels la décision attaquée était fondée.	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 2 fournit une définition générale de la nature et de la portée de la procédure de recours conforme à la jurisprudence établie. Les chambres de recours constituent la première et dernière instance de nature juridictionnelle dans les procédures devant l'Office européen des brevets. En cette qualité, elles statuent en fait et en droit sur les décisions contestées.</p> <p>Dans ce contexte, le terme "requêtes" n'est pas limité aux textes modifiés de demandes de brevet ou de brevets.</p> <p>Dans le présent règlement, le terme "objection" ne correspond pas à un motif d'opposition, mais peut être une attaque formulée dans le cadre d'un motif d'opposition. Par conséquent, les conclusions tirées par la Grande Chambre de recours dans la décision G 9/91 (JO OEB 1993, 408) et l'avis G 10/91 (JO OEB 1993, 420) continuent d'être applicables. Le terme "objection" recouvre par exemple ce que les chambres ou les parties appellent parfois une "ligne d'attaque".</p>

<p>(2) Le mémoire exposant les motifs du recours et la réponse doivent contenir l'ensemble des moyens invoqués par une partie. Ils doivent présenter de façon claire et concise les motifs pour lesquels il est demandé d'annuler, de modifier ou de confirmer la décision attaquée, et doivent exposer expressément et de façon précise tous les faits, arguments et justifications qui sont invoqués. Tous les documents auxquels il est fait référence doivent</p>	<p><del>(2)</del> Le mémoire exposant les motifs du recours et la réponse doivent contenir l'ensemble des moyens invoqués par une partie <b>dans le cadre du recours</b>. Ils doivent <b>ainsi</b> présenter de façon claire et concise les motifs pour lesquels il est demandé d'annuler, de modifier ou de confirmer la décision attaquée, <del>et</del> ; <b>ils</b> doivent exposer expressément et de façon précise <b>tous les l'ensemble des requêtes, faits, objections, arguments et justifications preuves</b> qui sont invoqués. Tous les documents auxquels il est fait référence doivent</p>	<p>L'actuel paragraphe 2 de l'article 12 est modifié et renuméroté pour devenir le paragraphe 3.</p> <p>Dans la nouvelle version proposée du paragraphe 3, les termes "requêtes" et "objections" sont ajoutés par souci de cohérence avec les nouvelles versions proposées des paragraphes 2 et 6.</p>
<p>a) être joints en annexe dans la mesure où il ne s'agit pas de documents déjà déposés lors de la procédure de délivrance, d'opposition ou de recours, ou produits par l'Office lors de ces procédures ;</p>	<p>a) être joints en annexe dans la mesure où il ne s'agit pas de documents déjà déposés lors de la procédure de délivrance, d'opposition ou de recours, ou produits par l'Office lors de ces procédures ;</p>	
<p>b) en tout état de cause être déposés dans la mesure où la chambre le demande dans un cas particulier.</p>	<p>b) en tout état de cause être déposés dans la mesure où la chambre le demande dans un cas particulier.</p>	
<p>(3) Sous réserve des articles 113 et 116 CBE, la chambre peut statuer sur l'affaire à tout moment après le dépôt du mémoire exposant les motifs du recours ou, lorsqu'il y a plusieurs parties, après l'expiration du délai visé au paragraphe 1, lettre b.</p>	<p><del>(3) Sous réserve des articles 113 et 116 CBE, la chambre peut statuer sur l'affaire à tout moment après le dépôt du mémoire exposant les motifs du recours ou, lorsqu'il y a plusieurs parties, après l'expiration du délai visé au paragraphe 1, lettre b.</del></p>	<p>L'actuel paragraphe 3 de l'article 12 est déplacé, sous une forme légèrement modifiée, vers le paragraphe 8.</p>
<p>(4) Sans préjudice du pouvoir de la chambre de considérer comme irrecevables les faits, preuves et requêtes qui auraient pu être produits ou n'ont pas été admis au cours de la procédure de première instance, tout élément présenté par les parties, conformément au paragraphe 1, sera pris en considération par la chambre si et dans la mesure où il concerne l'affaire faisant l'objet du recours et remplit les conditions visées au paragraphe 2.</p>	<p>(4) Tout élément des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours qui ne satisfait pas aux exigences prévues au paragraphe 2 doit être considéré comme une modification, à moins que la partie ne démontre que cet élément a été valablement soulevé et maintenu dans la procédure ayant conduit à la décision attaquée. L'admission de telles modifications est laissée à l'appréciation de la chambre.</p> <p>La partie doit indiquer clairement chaque modification et justifier pourquoi elle la soumet dans la procédure de recours. En cas de modification apportée à une demande de brevet ou à un brevet, la partie doit indiquer le fondement de la modification dans la demande telle que déposée et expliquer pourquoi la modification surmonte les</p>	<p><b>Approche convergente – premier niveau</b></p> <p><b>Inversion de l'approche de l'actuel article 12, paragraphe 4 au début de la procédure de recours</b></p> <p>La nouvelle version proposée du paragraphe 4 régit la mise en œuvre, au début de la procédure de recours, du premier niveau de l'approche convergente applicable dans cette procédure. La mise en œuvre des deuxième et troisième niveaux de cette approche est prévue respectivement dans les nouvelles versions proposées des paragraphes 1 et 2 de l'article 13. Lors de la mise en œuvre de l'approche convergente, il convient évidemment de respecter le droit des parties à être entendues, qui est garanti par l'article 113 CBE, et, plus généralement, leur droit à une procédure équitable.</p> <p>L'actuel paragraphe 4 de l'article 12 est remplacé par la nouvelle version proposée du paragraphe 4. Ainsi, ce n'est plus la règle que "tout élément présenté" (cf. actuel paragraphe 4) au début de la procédure de recours soit inclus dans la procédure de recours. Dans la nouvelle version proposée du paragraphe 4, l'admission de moyens modifiés au début de la procédure de recours est désormais laissée à l'appréciation de la chambre. Pour éviter tout</p>

	<p>objections soulevées.</p> <p>La chambre exerce son pouvoir d'appréciation en tenant compte, entre autres, de la complexité de la modification, de la pertinence de la modification pour traiter les questions ayant conduit à la décision attaquée, et du principe de l'économie de la procédure.</p>	<p>doute, il convient de noter que la recevabilité du recours continue d'être examinée sur la base de tous les documents déposés par le requérant à ce stade, même s'ils ne sont pas admis au titre de ce paragraphe pour l'examen quant au fond du recours.</p> <p>Conformément à la nouvelle version proposée du paragraphe 4, les éléments du mémoire exposant les motifs du recours ou de la réponse de l'intimé, c'est-à-dire les éléments des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours, qui ne portent pas sur des requêtes, faits ou autres éléments sur lesquels la décision attaquée est fondée (cf. nouvelle version proposée du paragraphe 2), sont considérés comme une modification. En général, cette définition de "modification" englobe également les requêtes, les faits, les objections, les arguments et les preuves que la partie a soumis devant l'instance du premier degré, mais sur lesquels cette instance n'a pas fondé sa décision. Cependant, si, au stade du recours, la partie démontre que ces requêtes, faits, ou autres éléments ont été valablement soulevés et maintenus jusqu'à ce que l'instance du premier degré prenne sa décision, ils ne seront pas considérés comme une modification et feront donc partie de la procédure de recours. Dans le cas contraire, ces éléments des moyens invoqués dans le cadre du recours seront considérés comme une modification et leur admission sera laissée à l'appréciation de la chambre.</p> <p>Les moyens invoqués par une partie qui concernent seulement l'interprétation du droit ne constituent pas une modification au sens de la nouvelle version proposée du paragraphe 4.</p> <p>Les parties doivent clairement indiquer et justifier les modifications au sens de la première phrase. Ainsi, en cas de modification apportée à la demande de brevet ou au brevet, par exemple une modification de revendication, le demandeur ou le titulaire du brevet doit expliquer pourquoi la revendication modifiée surmonte les objections soulevées, à savoir celles soulevées dans la décision attaquée ou par l'opposant dans son mémoire de recours.</p> <p>La liste non exhaustive des critères que la chambre peut appliquer dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, conformément à la nouvelle version proposée du paragraphe 4, est fondée sur la jurisprudence établie et comprend des éléments de l'actuel paragraphe 1 de l'article 13. La chambre tiendra également compte des motifs pour lesquels la partie n'a présenté la modification qu'au stade de la procédure de recours, par exemple le fait qu'elle ne pouvait pas réagir de manière adaptée à une requête ou à un document déposé à un stade tardif de la procédure en première instance. L'expression "les questions ayant conduit à la décision attaquée" ne se limite pas aux questions qui ont été tranchées ou mentionnées dans la décision attaquée.</p> <p>Lorsqu'elle exerce son pouvoir d'appréciation eu égard au principe d'économie de la procédure, la chambre peut prendre en compte si une modification apportée à une demande de brevet ou à un brevet donne lieu à des objections supplémentaires, en particulier au titre des articles 84 ou 123(2) CBE.</p>
--	--	---

	<p>(5) La chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, ne pas admettre les éléments soumis par une partie dans la mesure où ils ne satisfont pas aux exigences prévues au paragraphe 3.</p>	<p>Conformément au nouveau paragraphe 5 proposé, même si le mémoire exposant les motifs du recours ou la réponse contient un élément qui n'est pas considéré comme une modification au sens de la nouvelle version proposée du paragraphe 4, la chambre peut malgré tout décider de ne pas admettre – c'est-à-dire ne pas prendre en compte dans le processus décisionnel – cet élément au motif qu'il ne remplit pas les critères prévus dans la nouvelle version proposée du paragraphe 3. La chambre a déjà cette compétence en vertu de l'actuel règlement de procédure (cf. actuel article 12, paragraphes 2 et 4).</p> <p>À titre d'exemple, une partie est tenue, comme c'est le cas en application de l'actuel règlement de procédure, d'"exposer expressément" toutes les requêtes, tous les faits ou autres éléments invoqués. Si elle ne le fait pas et qu'elle se contente de faire référence aux éléments soumis devant l'instance du premier degré, la chambre peut décider de ne pas prendre ces requêtes, faits ou autres éléments en compte. Il se peut par exemple que les éléments soumis par une partie ne satisfont ni aux exigences de la nouvelle version proposée du paragraphe 4, ni à celles de la nouvelle version proposée du paragraphe 3.</p>
	<p>(6) La chambre n'admet ni requêtes, ni faits, ni objections, ni preuves qui n'ont pas été admis dans la procédure ayant conduit à la décision attaquée, à moins que la décision de ne pas les admettre était entachée d'erreur dans l'exercice du pouvoir d'appréciation ou que les circonstances du recours justifient leur admission.</p> <p>La chambre n'admet ni requêtes, ni faits, ni objections, ni preuves qui auraient dû être soumis ou qui n'ont pas été maintenus dans la procédure ayant conduit à la décision attaquée, à moins que les circonstances du recours justifient leur admission.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 6, première phrase, reprend la section de l'actuel paragraphe 4 de l'article 12 et la jurisprudence établie portant sur l'admission de requêtes, de faits ou d'autres éléments qui n'ont pas été admis dans la procédure en première instance. Elle prévoit toujours leur admission dans les cas où l'instance du premier degré a exercé son pouvoir d'appréciation de manière erronée. Il y a par exemple erreur si l'instance du premier degré n'a pas du tout exercé son pouvoir d'appréciation, si elle a omis un facteur pertinent dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation ou si elle a exercé son pouvoir d'appréciation de manière déraisonnable.</p> <p>Même en l'absence d'une telle erreur, une chambre peut malgré tout admettre des requêtes, des faits ou autres éléments au motif que les circonstances ont changé au stade du recours. Par exemple, lorsqu'une division d'opposition a correctement exercé son pouvoir d'appréciation en n'admettant pas un document pour manque de pertinence, une chambre peut tout de même décider d'admettre ce document au motif qu'il est devenu pertinent compte tenu d'une modification apportée à une revendication au stade du recours.</p> <p>La deuxième phrase du nouveau paragraphe 6 proposé reprend la section de l'actuel paragraphe 4 de l'article 12 et la jurisprudence établie portant sur des requêtes, des faits ou autres éléments qui auraient pu et dû être soumis au cours de la procédure de première instance, ou qui n'ont plus été maintenus pendant cette procédure (par exemple en cas de retrait de requêtes), de sorte que l'instance du premier degré n'a pas pu prendre de décision à leur sujet. Ces éléments peuvent cependant être admis en cas de changement des circonstances au stade du recours.</p> <p>Les dispositions des nouvelles versions proposées des paragraphes 4, 5 et 6 s'appliquent en parallèle tout au long de la procédure de recours.</p>

<p>(5) La chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, prolonger à titre exceptionnel un délai sur réception d'une requête écrite et motivée.</p>	<p>(57) La chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, prolonger à titre exceptionnel un délai imparti par elle sur réception d'une requête écrite et motivée, présentée avant l'expiration de ce délai. Il en est de même, mutatis mutandis, pour le délai visé au paragraphe 1, lettre c ; toutefois, ce délai ne peut être prolongé que jusqu'à un maximum de six mois.</p>	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 7, qui adapte et remplace l'actuel paragraphe 5 de l'article 12, clarifie dans sa première phrase que les délais impartis par la chambre peuvent être prolongés. La formulation est alignée sur celle des règles 100(2) et 132(2) CBE et le paragraphe s'applique tout au long de la procédure de recours.</p> <p>Bien que le délai de réponse soit précisé dans la nouvelle version proposée du paragraphe 1c) et qu'il ne s'agisse donc pas d'un délai imparti par la chambre, ce délai peut exceptionnellement être prolongé par la chambre, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, d'un maximum de deux mois supplémentaires, donc jusqu'à un maximum de six mois.</p> <p>Il convient de noter qu'une réponse au mémoire exposant les motifs du recours produite par l'intimé après l'expiration du délai pour cette réponse est normalement régie par les dispositions de l'article 13.</p>
	<p>(38) Sous réserve des articles 113 et 116 CBE, la chambre peut statuer sur l'affaire à tout moment après le dépôt du mémoire exposant les motifs du recours ou, lorsqu'il y a plusieurs parties, après l'expiration du délai visé au paragraphe 1, lettre b.</p>	<p>Les dispositions de la nouvelle version proposée du paragraphe 8, qui proviennent de l'actuel paragraphe 3 de l'article 12, ont été modifiées pour des raisons de clarté/cohérence.</p>

<p><b>Article 13</b> <b>Modification des moyens invoqués par une partie</b></p>	<p><b>Article 13</b> <b>Modification des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours</b></p>	<p>Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.</p>
<p>(1) L'admission et l'examen de toute modification présentée par une partie après que celle-ci a déposé son mémoire exposant les motifs du recours ou sa réponse sont laissés à l'appréciation de la chambre. La chambre exerce son pouvoir d'appréciation en tenant compte, entre autres, de la complexité du nouvel objet, de l'état de la procédure et du principe de l'économie de la procédure.</p>	<p>(1) L'admission et l'examen de toute modification des moyens présentée par une partie après que celle-ci a déposé son mémoire exposant les motifs du recours ou sa réponse sont laissés à l'appréciation de la chambre doit être justifiée par la partie et son admission est laissée à l'appréciation de la chambre.</p> <p>La chambre exerce son pouvoir d'appréciation en tenant compte, entre autres, de la complexité du nouvel objet, de l'état de la procédure et du principe de l'économie de la procédure.</p> <p>L'article 12, paragraphes 4 à 6, s'applique mutatis mutandis.</p> <p>La partie doit justifier pourquoi elle soumet la modification à ce stade de la procédure de recours.</p> <p>La chambre exerce son pouvoir d'appréciation en tenant compte, entre autres, de l'état de la procédure, de la pertinence de la modification pour résoudre les questions qui ont été valablement soulevées par une autre partie dans la procédure de recours ou qui ont été soulevées par la chambre, de la question de savoir si la modification nuit au principe d'économie de la procédure, et, en cas de modification apportée à une demande de brevet ou à un brevet, de la question de savoir si la partie a démontré qu'une telle modification surmonte, de prime abord, les questions soulevées par une autre partie dans la procédure de recours ou par la chambre et qu'elle ne donne pas lieu à de nouvelles objections.</p>	<p><b>Approche convergente – deuxième niveau</b></p> <p><b>Limitation concernant les modifications apportées par une partie aux moyens invoqués après la phase initiale de la procédure, mais avant que le délai imparti dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE n'ait expiré ou qu'une citation à une procédure orale n'ait été signifiée</b></p> <p>La nouvelle version proposée du paragraphe 1 régit la mise en œuvre du deuxième niveau de l'approche convergente applicable dans une procédure de recours. Elle définit les conditions dans lesquelles une partie peut modifier les moyens invoqués dans le cadre du recours après le stade initial de la procédure et avant que le délai imparti dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE n'ait expiré ou qu'une citation à une procédure orale n'ait été signifiée (cf. également nouveau paragraphe 2 proposé ci-dessous). La partie doit justifier pourquoi la modification a été soumise à ce stade de la procédure de recours. L'admission est laissée exclusivement à l'appréciation de la chambre.</p> <p>Une liste non exhaustive des critères d'exercice de ce pouvoir d'appréciation est fournie. Par référence explicite aux nouvelles versions proposées des paragraphes 4 à 6 de l'article 12, il est clarifié que les critères définis dans ces dispositions s'appliquent également à tout moyen invoqué à ce stade. Les critères définis dans la nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 13 sont plus stricts que ceux fournis pour le premier niveau de l'approche convergente dans la nouvelle version proposée du paragraphe 4 de l'article 12. Au deuxième niveau de l'approche convergente, la chambre peut prendre en compte, par exemple, si la modification est appropriée pour résoudre les questions concernées (dans la nouvelle version proposée du paragraphe 4 de l'article 12, il suffit que la modification les "traite") ou si la modification nuit au principe d'économie de la procédure (dans la nouvelle version proposée du paragraphe 4 de l'article 12, il est fait référence au "principe de l'économie de la procédure"). Lorsqu'une chambre soulève d'office une question selon l'article 114(1) CBE, le droit d'une partie d'être entendue en vertu de l'article 113(1) CBE doit être respecté.</p> <p>De plus, en cas de modification apportée à une demande de brevet ou à un brevet, il incombe au demandeur ou au titulaire du brevet de démontrer à la fois pourquoi la modification, de prime abord, surmonte les objections soulevées (au premier niveau de l'approche convergente, le demandeur ou le titulaire du brevet doit uniquement fournir des justifications) et pourquoi la modification, de prime abord, ne donne pas lieu à de nouvelles objections. Il est à noter que la décision d'admettre ou non la modification dépend toujours des circonstances de l'affaire. Ainsi, au moment de décider s'il convient d'admettre la modification, une chambre prendra en compte, par exemple, le fait que la modification est une réponse appropriée à un nouveau document ou à une nouvelle objection déjà admis.</p>

	<p>(2) Toute modification des moyens présentée par une partie après l'expiration d'un délai imparti par la chambre dans une notification au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE ou, en l'absence d'une telle notification, après la signification d'une citation à une procédure orale n'est, en principe, pas prise en compte, sauf en cas de circonstances exceptionnelles, que la partie concernée a justifiées avec des raisons convaincantes.</p>	<p>Approche convergente – troisième niveau</p> <p>Dernière limitation concernant les modifications apportées par une partie aux moyens invoqués dans le cadre du recours</p> <p>La nouvelle version proposée du paragraphe 2 met en œuvre le troisième niveau de l'approche convergente dans la procédure de recours. Elle impose les limitations les plus strictes à une partie souhaitant modifier ses moyens à un stade avancé de la procédure, soit après l'expiration d'un délai imparti dans une notification de la chambre au titre de la règle 100(2) CBE, soit, en l'absence d'une telle notification, après qu'une citation à une procédure orale a été signifiée. Une notification émise au titre de la nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 15 qui n'invite pas expressément une partie à présenter des observations dans un délai imparti par la chambre n'est pas une notification au sens du nouveau paragraphe 2 proposé.</p> <p>Il convient de noter que si un demandeur ne répond pas en temps utile à une invitation dans une notification au titre de la règle 100(2) CBE, la demande de brevet sera réputée retirée conformément à la règle 100(3) CBE, indépendamment de la question de savoir si la notification a été envoyée avant ou après la signification d'une citation.</p> <p>Selon le principe de base du troisième niveau de l'approche convergente, les modifications apportées aux moyens invoqués par une partie ne doivent pas être prises en compte à ce stade de la procédure de recours. Il est toutefois prévu une exception limitée : une partie doit en ce cas présenter des raisons impérieuses qui expliquent clairement pourquoi les circonstances ayant conduit à la modification sont bel et bien exceptionnelles dans le recours en question ("raisons convaincantes"). Par exemple, si une partie fait valoir que la chambre a soulevé une objection pour la première fois dans une notification, elle doit expliquer précisément pourquoi cette objection est nouvelle et ne relève pas des objections précédemment soulevées par la chambre ou une partie. L'admission de la modification est laissée à l'appréciation de la chambre.</p> <p>Au troisième niveau de l'approche convergente, la chambre peut également s'appuyer sur les critères applicables au deuxième niveau de l'approche convergente, c'est-à-dire ceux selon la nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 13.</p> <p>La signification de la citation à la procédure orale déclenche le troisième niveau de l'approche convergente lorsqu'il n'y a pas de notification émise au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE. Bien que la citation des parties puisse intervenir à tout stade de la procédure de recours, la nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 15 proposé prévoit que les chambres s'efforceront dans les procédures de recours sur opposition d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées au nouveau paragraphe 1c) proposé de l'article 12. Cela a pour but d'éviter une citation inattendue à une procédure orale peu après la réception de la ou des réponses, à moins qu'il n'existe des raisons particulières pour un envoi plus tôt. L'introduction du délai d'attente minimum de deux mois vise à donner à une partie la possibilité de réagir en temps utile à la réponse écrite d'une autre partie en soumettant des</p>
--	--	---



		éléments tombant sous le régime moins strict applicable dans le cadre du deuxième niveau de l'approche convergente, à savoir la nouvelle version proposée du paragraphe 1 de l'article 13.
(2) Les autres parties ont le droit de présenter des observations sur toute modification que la chambre n'a pas considérée irrecevable d'office.	<del>(2)</del> Les autres parties ont le droit de présenter des observations sur toute modification que la chambre n'a pas considérée irrecevable d'office.	Renuméroté
(3) Les modifications demandées après que la date de la procédure orale a été fixée ne seront pas admises si elles soulèvent des questions que la chambre ou l'autre/les autres parties ne peuvent raisonnablement traiter sans que la procédure orale soit renvoyée.	<del>(3) Les modifications demandées après que la date de la procédure orale a été fixée ne seront pas admises si elles soulèvent des questions que la chambre ou l'autre/les autres parties ne peuvent raisonnablement traiter sans que la procédure orale soit renvoyée.</del>	Les dispositions de l'actuel paragraphe 3 de l'article 13 sont remplacées par la nouvelle version proposée du paragraphe 2.
<b>Article 14 Interventions</b>	<b>Article 14 Interventions</b>	
Les articles 12 et 13 s'appliquent mutatis mutandis aux interventions formées pendant que le recours est en instance.	Si, pendant un recours en instance, une déclaration d'intervention est présentée, les articles 12 et 13 s'appliquent dans la mesure où les circonstances de l'affaire le justifient.	<p>Suivant l'actuel article 14, les articles 12 et 13 actuels s'appliquent mutatis mutandis aux interventions formées pendant que le recours est en instance, et ce, indépendamment des circonstances de l'affaire. Selon la Grande Chambre de recours, si l'intervention a lieu pendant la procédure de recours, l'intervenant acquiert la qualité d'opposant, et a les mêmes droits et obligations que tous les opposants qui n'ont pas formé de recours, à l'exception du droit d'invoquer de nouveaux motifs d'opposition (G 3/04, JO OEB 2006, 118, par référence à G 1/94, JO OEB 1994, 787).</p> <p>Si une déclaration d'intervention est présentée pendant une procédure de recours, des circonstances spéciales peuvent exister qui cependant ne justifient pas une application sans restriction au cas d'espèce de la nouvelle version proposée des articles 12 et 13, par exemple pour des motifs d'équité de la procédure. Dans la nouvelle version proposée de l'article 14, il est donc désormais expressément indiqué que si une déclaration d'intervention est présentée pendant une procédure de recours, la mesure dans laquelle les nouvelles versions proposées des articles 12 et 13 peuvent être appliquées dépendra des circonstances du recours donné.</p> <p>Suivant le libellé de la version révisée, si, par exemple, une déclaration d'intervention est présentée peu de temps avant une procédure orale, la chambre peut, le cas échéant, ne pas appliquer ou n'appliquer que partiellement la nouvelle version proposée des articles 12 et 13, si selon elle, cela est justifié par les circonstances du recours donné. L'intervenant peut, par exemple, présenter un nouveau motif d'opposition au stade du recours (G 1/94, JO OEB 1994, 787), ce qui signifie que le principe de la nouvelle version proposée de paragraphe 2 de l'article 12 en particulier n'est pas pertinent dans un tel cas.</p>

Article 15 Procédure orale	Article 15 Procédure orale et prise des décisions	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<p>(1) En cas de procédure orale, la chambre peut envoyer aux parties une notification dans laquelle elle leur signale les points qui semblent revêtir une importance particulière ou ceux qui ne semblent plus être litigieux, ou y fait des observations pouvant aider à concentrer la procédure sur les points essentiels.</p>	<p>(1) Sans préjudice de la règle 115, paragraphe 1 CBE, lorsqu'une procédure orale est prévue, la chambre s'efforce de citer les parties à la procédure orale au moins quatre mois à l'avance. Lorsqu'il y a plusieurs parties, la chambre s'efforce d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées à l'article 12, paragraphe 1, lettre c. Une seule date pour la procédure orale est fixée. Afin d'aider à concentrer la procédure orale sur l'essentiel, la chambre émet une notification attirant l'attention sur des points qui semblent revêtir une importance particulière pour la décision à prendre. La chambre peut également formuler une opinion provisoire. Elle s'efforce d'émettre la notification au moins quatre mois avant la date de la procédure orale.</p>	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 1 introduit un nouveau calendrier pour citer les parties à une procédure orale, non seulement à titre de service à l'égard des parties, mais également pour assurer une utilisation plus efficace des salles disponibles pour les procédures orales.</p> <p>Comme jusqu'à présent, une seule date pour la procédure orale, qui peut durer une ou plusieurs journées, est fixée.</p> <p>La nouvelle version proposée du paragraphe 1 prévoit également, comme outil important de la gestion des affaires, une notification par la chambre. Pour aider à concentrer la procédure sur l'essentiel et garantir que la procédure orale soit conduite efficacement, la notification sera basée sur une analyse approfondie de l'affaire et attirera l'attention sur des points qui semblent revêtir une importance particulière pour la décision à prendre. La chambre peut également aborder des points supplémentaires pendant la procédure orale.</p> <p>Dans la plupart des cas, la chambre formulera une opinion provisoire dans la notification. Cependant, dans certains cas, la chambre peut ne pas juger opportun de formuler une telle opinion.</p> <p>Un nouveau calendrier est introduit dans la première et dernière phrase de la nouvelle version proposée du paragraphe 1 selon lequel la chambre s'efforcera, au moins quatre mois avant la date de la procédure orale, de citer les parties à la procédure orale et d'émettre la notification.</p> <p>Suivant la deuxième phrase de la nouvelle version du paragraphe 1, dans les procédures de recours sur opposition, la chambre s'efforcera d'envoyer la citation au plus tôt deux mois après réception de la ou des réponses écrites visées à la nouvelle version de l'article 12, paragraphe 1c). Cependant, les chambres peuvent les citer plus tôt s'il y a des motifs particuliers de le faire (par exemple, si la procédure de recours est accélérée).</p> <p>La notification n'est pas nécessairement envoyée en même temps que la citation à la procédure orale. Cela dépend de la manière dont est traitée l'affaire en question.</p> <p>Il convient de noter qu'un délai de réponse peut être imparti dans la notification. Ce n'est que si la notification invite expressément une partie à présenter des observations dans un délai imparti par la chambre qu'elle peut être considérée comme une notification au sens de la règle 100(2) CBE et que, dans ce cas, le nouveau paragraphe 2 proposé de l'article 13 est applicable. Si la chambre se contente d'indiquer aux parties la possibilité de soumettre tout élément écrit avant une certaine date, sans les inviter expressément à le faire, il ne s'agit pas d'une notification au sens du nouveau paragraphe 2 proposé de l'article 13.</p>

<p>(2) La chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, changer à titre exceptionnel la date d'une procédure orale sur requête écrite et motivée. Cette requête doit être présentée aussitôt que possible avant la date fixée pour la procédure orale.</p>	<p>(2) Il peut être fait droit à une requête d'une partie visant à changer la date fixée pour la procédure orale si la partie a fourni des motifs sérieux qui justifient la fixation d'une nouvelle date. Si la partie est représentée, les motifs sérieux doivent concerner le mandataire.</p>	<p>La nouvelle version proposée du paragraphe 2 traite de la possibilité de modifier la date. Elle remplace l'actuel paragraphe 2 et le Communiqué du Vice-Président chargé de la Direction générale 3 de l'OEB, en date du 16 juillet 2007, relatif à la tenue de procédures orales devant les chambres de recours de l'OEB ("Communiqué"), JO OEB 2007, Édition spéciale n° 3, 115.</p> <p>Conformément à la nouvelle version proposée du paragraphe 2, la chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, modifier la date sur requête d'une partie. La partie doit fournir un "motif sérieux". Lorsque la partie est représentée, le motif avancé par elle doit concerner le mandataire. Dans les rares situations où des observations orales par une partie ou un assistant sont particulièrement pertinentes pour statuer sur l'affaire, la chambre peut envisager de changer la date (que ce soit sur requête ou d'office). Voir également les remarques explicatives concernant la nouvelle version proposée du paragraphe 2c) ci-dessous.</p>
	<p>a) La requête doit être présentée par écrit, motivée et, le cas échéant, étayée par des pièces justificatives. La requête doit être présentée dès que possible après que la citation à la procédure orale a été signifiée et que les motifs sérieux en question sont apparus. La requête devrait comprendre une liste des dates auxquelles la partie requérante n'est pas disponible pour une procédure orale.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 2a) proposé énonce les exigences auxquelles la requête doit satisfaire. Si la requête ne satisfait pas à ces exigences, la chambre peut la rejeter pour ce seul motif. De plus, pour que la chambre puisse plus facilement trouver une nouvelle date qui convienne, le requérant devrait (sans toutefois y être obligé) indiquer dans la requête les dates auxquelles il n'est pas disponible. Les autres parties peuvent également fournir une liste des dates auxquelles elles ne sont pas disponibles, ou la chambre peut inviter les parties à fournir une telle liste.</p>
	<p>b) Motifs qui peuvent justifier un changement de la date de la procédure orale, à titre d'exemples :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>i) signification d'une citation à une procédure orale, dans une autre procédure devant l'Office européen des brevets ou une juridiction nationale, reçue avant la signification de la citation à la procédure orale devant la chambre ;</li> <li>ii) maladie grave ;</li> <li>iii) décès dans la famille ;</li> <li>iv) mariage ou formation d'une union similaire reconnue ;</li> </ul>	<p>Le nouveau paragraphe 2b) proposé dresse une liste non exhaustive d'exemples de motifs qui peuvent justifier un changement de date. Ces exemples ont été repris, avec de légères adaptations, du Communiqué : au point i), la nouvelle formulation proposée clarifie le terme "citation antérieure signifiée" telle qu'utilisée dans le Communiqué ; au point iv), il est désormais fait mention du mariage et de la formation d'une union similaire reconnue ; au point vi), les déplacements professionnels ont été ajoutés à côté des vacances.</p> <p>Si la partie présente un motif prévu au nouveau paragraphe 2b) et satisfait aux exigences prévues au nouveau paragraphe 2a), la chambre fera normalement – mais pas automatiquement – droit à la requête.</p> <p>La chambre tiendra compte de toutes les circonstances. Par exemple, elle prendra également en compte le fait qu'une procédure orale dans une autre affaire a déjà été prévue le jour précédent ou suivant en un lieu différent.</p> <p>Le choix du terme "juridiction nationale" au paragraphe 2b) vise à inclure la JUB.</p>

	<p>v) service militaire ou autres devoirs civiques obligatoires ;</p> <p>vi) vacances ou déplacements professionnels ayant déjà fait l'objet d'une réservation ferme avant la signification de la citation à la procédure orale.</p>	
	<p>c) Motifs qui, en règle générale, ne justifient pas un changement de la date de la procédure orale, à titre d'exemples :</p> <p>i) dépôt de requêtes, faits, objections, arguments ou preuves nouveaux ;</p> <p>ii) charge de travail excessive ;</p> <p>iii) indisponibilité d'une partie dûment représentée ;</p> <p>iv) indisponibilité d'un assistant ;</p> <p>v) désignation d'un nouveau mandataire agréé.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 2c) proposé dresse une liste non exhaustive de motifs qui, en règle générale, ne justifient pas un changement de date. Cependant, la chambre peut, dans l'exercice de son pouvoir d'appréciation, changer la date de la procédure orale également dans ces situations si elle considère, par exemple, que des observations orales par la partie ou un assistant, tel qu'un expert technique, sont particulièrement pertinents pour statuer sur l'affaire.</p> <p>Il a été renoncé à l'obligation, prévue dans le Communiqué, d'expliquer dans la requête pourquoi un autre mandataire ne peut pas remplacer à la procédure orale le mandataire qui se trouve dans l'impossibilité d'y participer.</p>
(3) La chambre n'est pas tenue de différer une étape de la procédure, y compris sa décision, au seul motif qu'une partie dûment convoquée est absente lors de la procédure orale ; elle pourra en ce cas considérer que cette partie se fonde uniquement sur ses écritures.	(3) La chambre n'est pas tenue de différer une étape de la procédure, y compris sa décision, au seul motif qu'une partie dûment convoquée est absente lors de la procédure orale ; elle pourra en ce cas considérer que cette partie se fonde uniquement sur ses écritures.	
(4) Le président conduit la procédure orale et en garantit le déroulement équitable, régulier et efficace.	(4) Le président conduit la procédure orale et en garantit le déroulement équitable, régulier et efficace.	
(5) Lorsque, dans une procédure orale, une affaire est en état d'être jugée, le président donne lecture des requêtes finales des parties et prononce la clôture des débats. Aucun moyen ne peut être invoqué par les parties après la clôture des débats, sauf si la chambre décide de rouvrir les débats.	(5) Lorsque, dans une procédure orale, une affaire est en état d'être jugée, le président donne lecture des requêtes finales des parties et prononce la clôture des débats. Aucun moyen ne peut être invoqué par les parties après la clôture des débats, sauf si la chambre décide de rouvrir les débats.	
(6) La chambre fait en sorte que l'affaire examinée soit en état d'être jugée à la clôture de la procédure orale, à moins que des raisons particulières ne s'y opposent. Avant la clôture de la procédure orale, le président peut prononcer la décision de la chambre.	(6) La chambre fait en sorte que l'affaire examinée soit en état d'être jugée à la <del>clôture</del> <b>l'issue</b> de la procédure orale, à moins que des raisons particulières ne s'y opposent. Avant la clôture de la procédure orale, le président peut prononcer la décision de la chambre.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.

	<p>(7) Lorsque la décision sur le recours a été prononcée conformément au paragraphe 6, les motifs de la décision ou des éléments de ces motifs peuvent, avec le consentement explicite des parties, être formulés par écrit sous forme abrégée. Cependant, lorsqu'il est indiqué à la chambre que, dans l'affaire en question, un tiers ou une juridiction a un intérêt légitime à ce que les motifs de la décision ne soient pas sous forme abrégée, ils ne sont pas abrégés. Le cas échéant, les motifs de la décision sous forme abrégée peuvent déjà être inclus dans le procès-verbal de la procédure orale.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 7 proposé permet à la chambre de rendre une décision dans laquelle les motifs sont présentés sous forme abrégée. Au moment de décider s'il convient de formuler les motifs (ou une partie d'entre eux) sous forme abrégée, la chambre peut tenir compte, par exemple, des éventuels effets sur la qualité de sa décision, de la cohérence et de l'évolution de la jurisprudence des chambres de recours, ainsi que des intérêts des tiers ou d'une juridiction (y compris la JUB), ou du public en général.</p> <p>Cette disposition s'applique à la décision sur le recours, à savoir la décision qui est prise afin de clore la procédure de recours, si elle a été prononcée dans la procédure orale et uniquement à condition que les parties donnent leur consentement. Le fait de ne pas donner son consentement ne portera pas préjudice à une partie. Le fait de consentir à ce que les motifs soient formulés sous forme abrégée ne porte pas préjudice au droit d'une partie de présenter une requête en révision.</p> <p>Après l'exposé sommaire des faits (règle 102f) CBE), les motifs (règle 102g) CBE) peuvent se limiter aux conclusions décisives sur lesquelles la décision est fondée.</p> <p>Si la chambre est informée d'un intérêt légitime à ce que la décision écrite contienne le raisonnement complet de la chambre, les motifs ne sont pas présentés sous forme abrégée.</p> <p>Lorsque c'est approprié dans une affaire, les motifs de la décision peuvent déjà être inclus dans le procès-verbal de la procédure orale sous forme abrégée, auquel cas les motifs de la décision écrite y feront ultérieurement simplement référence (pour satisfaire aux exigences prévues à la règle 102 CBE). Cela peut être approprié si, par exemple, la décision est limitée à une seule question.</p>
--	--	---

	<p>(8) Si la chambre est d'accord avec les conclusions de l'instance qui a rendu la décision attaquée sur une ou plusieurs questions, ainsi qu'avec les motifs présentés à leur appui dans la décision attaquée, la chambre peut formuler sous forme abrégée les motifs de sa décision concernant ces questions.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 8 proposé prévoit une option supplémentaire pour la formulation des motifs de la décision sous forme abrégée (cf. remarque explicative concernant le nouveau paragraphe 7 proposé, ci-dessus). À l'inverse du nouveau paragraphe 7 proposé, le nouveau paragraphe 8 proposé n'exige pas le consentement explicite des parties et n'est pas limité aux décisions prononcées lors de la procédure orale. Comme indiqué également dans les remarques explicatives concernant le nouveau paragraphe 7 proposé, au moment de décider s'il convient de formuler les motifs (ou une partie d'entre eux) sous forme abrégée, la chambre peut tenir compte, par exemple, des éventuels effets sur la qualité de sa décision, de la cohérence et de l'évolution de la jurisprudence des chambres de recours, ainsi que des intérêts des tiers ou d'une juridiction (y compris la JUB), ou du public en général.</p> <p>Selon le nouveau paragraphe 8 proposé, il n'est pas nécessaire que la chambre expose les motifs de sa décision dans leur intégralité si elle est d'accord avec les conclusions et les motifs de la décision attaquée. La chambre peut procéder ainsi si elle est d'accord avec toutes les conclusions de la décision attaquée ou uniquement avec les conclusions concernant une ou plusieurs questions spécifiques.</p> <p>Cependant, si le mémoire exposant les motifs du recours contient des éléments non présentés devant l'instance du premier degré, il est normalement attendu de la chambre qu'elle les traite dans les motifs de sa décision, afin que les exigences prévues à l'article 113(1) CBE en particulier soient remplies.</p>
	<p>(9) La chambre rend la décision sur le recours dans un délai convenable.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 9 proposé régit la prise de la "décision sur le recours", c'est-à-dire la décision qui est rendue pour clore la procédure de recours. En sont exclues, par exemple, les décisions visant à soumettre une question de droit à la Grande Chambre de recours, à procéder à des mesures d'instruction ou à reporter une procédure orale.</p> <p>Le nouveau paragraphe 9 proposé énonce la règle générale selon laquelle toutes les décisions sur le recours, y compris celles prises au cours de la procédure écrite, doivent être rendues dans un délai convenable.</p> <p>Comme par le passé, le président prononce la décision à la fin de la procédure orale, à moins que la chambre considère cela inapproprié.</p>

	<p>a) Lorsque le président prononce la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, la chambre formule la décision par écrit et l'envoie dans un délai de trois mois à compter de la date de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'observer ce délai, elle informe les parties de la date à laquelle la décision sera envoyée. Le Président des chambres de recours en est également informé.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 9a) proposé régit le cas habituel où la décision sur le recours est prononcée à l'issue de la procédure orale. En tel cas, l'expression "dans un délai convenable" utilisée dans le nouveau paragraphe 9 proposé signifie que la décision sera envoyée dans un délai de trois mois.</p> <p>Cependant, si la chambre n'est pas en mesure d'observer ce délai, les parties seront informées de la date d'envoi de la décision. Ce cas peut par exemple se présenter lorsqu'un membre est malade ou qu'une affaire est particulièrement complexe ou encore lorsqu'il est prévu de publier la décision au Journal officiel de l'OEB.</p> <p>La chambre n'est pas tenue d'informer les parties des motifs pour lesquels l'envoi de sa décision est retardé. La chambre doit cependant informer les parties d'un retard dès que possible après qu'elle se rend compte que le délai de trois mois ne peut pas être observé et doit normalement le faire avant l'expiration de ce délai. Tout retard supplémentaire (c'est-à-dire dans le cas où la chambre n'est pas en mesure de respecter la nouvelle date communiquée aux parties) doit être communiqué séparément.</p> <p>Aucune sanction n'est prévue dans l'éventualité où la chambre n'envoie pas sa décision dans le délai ou avant la date prévue. L'attention du Président des chambres de recours sera attirée sur de tels retards. La nouvelle disposition souligne le fait que les chambres s'efforcent constamment d'envoyer leurs décisions en temps utile.</p>
	<p>b) Lorsqu'une affaire est en état d'être jugée à l'issue de la procédure orale, mais que le président ne prononce pas la décision sur le recours conformément au paragraphe 6, il indique la date à laquelle la décision sur le recours sera envoyée, qui ne doit pas être postérieure de plus de trois mois à la clôture de la procédure orale. Si la chambre n'est pas en mesure d'envoyer la décision sur le recours avant cette date, elle communique aux parties une nouvelle date ou, en cas de circonstances exceptionnelles, émet une notification précisant les prochaines étapes de la procédure qui seront effectuées.</p>	<p>Le nouveau paragraphe 9b) régit la situation où le président ne prononce pas la décision sur le recours lors de la procédure orale, alors même que l'affaire est en état d'être jugée. En tel cas, le président doit indiquer la date à laquelle la décision écrite complète mettant fin à la procédure de recours sera envoyée aux parties.</p> <p>Le délai maximum s'élève là aussi à trois mois. Si la chambre se rend compte après la procédure orale que l'affaire n'est pas encore en état d'être jugée (définitivement), elle doit envoyer une notification informant les parties de la manière dont la procédure sera poursuivie (p. ex. une procédure orale supplémentaire ou la saisine de la Grande Chambre de recours).</p>

Article 16 Frais	Article 16 Frais	
(1) Sous réserve de l'article 104, paragraphe 1 CBE, la chambre peut, sur requête, ordonner à une partie de rembourser tout ou partie des frais exposés par une autre partie. Ces frais comprennent, sans que le pouvoir d'appréciation de la chambre ne s'en trouve limité, les frais occasionnés notamment par :	(1) Sous réserve de l'article 104, paragraphe 1 CBE, la chambre peut, sur requête, ordonner à une partie de rembourser tout ou partie des frais exposés par une autre partie. Ces frais comprennent, sans que le pouvoir d'appréciation de la chambre ne s'en trouve limité, les frais occasionnés notamment par :	
a) toute modification, en vertu de l'article 13, des moyens invoqués par une partie conformément à l'article 12, paragraphe 1 ;	a) toute modification des moyens invoqués par une partie dans le cadre du recours, en vertu de l'article 13, des moyens invoqués par une partie conformément à l'article 12, paragraphe 4 ;	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
b) toute prolongation d'un délai ;	b) toute prolongation d'un délai ;	
c) tout acte ou toute omission ayant nui au bon déroulement de la procédure orale ou ayant conduit à la retarder ;	c) tout acte ou toute omission ayant nui au bon déroulement efficace de la procédure orale et ayant conduit à la retarder ;	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
d) tout manquement à une ordonnance de la chambre ;	d) tout manquement à une ordonnance de la chambre ;	
e) tout abus de procédure.	e) tout abus de procédure.	
(2) Les frais dont le remboursement est ordonné peuvent comprendre tout ou partie des frais exposés par la partie bénéficiaire et peuvent, entre autres, être exprimés en pourcentage ou sous la forme d'un montant défini. Dans ce dernier cas, la décision de la chambre est une décision finale aux fins de l'article 104, paragraphe 3 CBE. Les frais dont le remboursement est ordonné peuvent comprendre les honoraires du mandataire agréé d'une partie, les frais exposés par une partie elle-même, et ce, qu'elle agisse ou non par l'intermédiaire d'un mandataire agréé, ainsi que les frais des témoins ou experts payés par une partie, étant toutefois entendu que ces frais sont limités à ceux qu'il a été nécessaire d'engager, dans la limite du raisonnable.	(2) Les frais dont le remboursement est ordonné peuvent comprendre tout ou partie des frais exposés par la partie bénéficiaire et peuvent, entre autres, être exprimés en pourcentage ou sous la forme d'un montant défini. Dans ce dernier cas, la décision de la chambre est une décision finale aux fins de l'article 104, paragraphe 3 CBE. Les frais dont le remboursement est ordonné peuvent comprendre les honoraires du mandataire agréé d'une partie, les frais exposés par une partie elle-même, et ce, qu'elle agisse ou non par l'intermédiaire d'un mandataire agréé, ainsi que les frais des témoins ou experts payés par une partie, étant toutefois entendu que tous ces frais sont limités à ceux qu'il a été nécessaire d'engager, dans la limite du raisonnable.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.



<b>Article 17</b> <b>Information des parties</b>	<b>Article 17</b> <b>Information des parties</b>	
(1) Au cours de la phase écrite de la procédure, les réponses aux requêtes et les ordonnances relatives à des questions de procédure sont communiquées par voie de notification.	(1) Au cours de la phase écrite de la procédure, les réponses aux requêtes et les ordonnances relatives à des questions de procédure sont communiquées par voie de notification.	
(2) Si une chambre considère qu'il est souhaitable d'informer les parties de la manière dont elle pourrait apprécier certaines questions de ce fait ou de droit, elle le fait de telle manière que cette indication ne puisse être interprétée comme pouvant la lier.	(2) Si une chambre considère qu'il est souhaitable d'informer les parties de la manière dont elle pourrait apprécier certaines questions de ce fait ou de droit, elle le fait de telle manière que cette indication ne puisse <b>en aucun cas</b> être interprétée comme pouvant la lier.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 18</b> <b>Droit du Président de l'OEB de présenter des observations</b>	<b>Article 18</b> <b>Droit du Président de l'OEB Office européen des brevets de présenter des observations</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
La chambre peut, à son initiative ou sur demande écrite et motivée du Président de l'Office européen des brevets, inviter celui-ci à présenter par écrit ou oralement ses observations sur des questions d'intérêt général qui se posent dans le cadre d'une procédure pendante devant elle. Les parties ont le droit de prendre position au sujet de ces observations.	La chambre peut, <b>à son initiative d'office</b> ou sur demande écrite et motivée du Président de l'Office européen des brevets, inviter celui-ci à présenter par écrit ou oralement ses observations sur des questions d'intérêt général qui se posent dans le cadre d'une procédure pendante devant elle. Les parties ont le droit de <b>prendre position au sujet de ces</b> soumettre des commentaires sur les observations du Président.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 19</b> <b>Délibéré et vote</b>	<b>Article 19</b> <b>Délibéré et vote</b>	
(1) Si les membres d'une chambre ne sont pas tous du même avis sur la décision à prendre, ils se réunissent pour délibérer. Seuls les membres de la chambre participent à la délibération ; toutefois, le président peut autoriser d'autres agents à y assister. Cette délibération est secrète.	(1) Si les membres d'une chambre ne sont pas tous du même avis <b>sur la décision à prendre</b> , ils se réunissent pour délibérer <b>sur la décision à prendre</b> . Seuls les membres de la chambre participent <b>à la délibération au délibéré</b> ; toutefois, le président <b>dans le recours en question</b> peut autoriser d'autres agents à y assister. <b>Cette délibération est secrète</b> Les délibérés sont secrets.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.

(2) Lors du délibéré, le rapporteur puis, le cas échéant, le corapporteur expriment leur opinion les premiers et le président en dernier, à moins qu'il ne soit lui-même rapporteur.	(2) Lors du délibéré de la chambre, le rapporteur puis, le cas échéant, le corapporteur expriment leur opinion les premiers et le président en dernier, à moins qu'il ne soit lui-même le rapporteur.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) Le même ordre est suivi s'il est nécessaire de voter, sauf si le président est également rapporteur, auquel cas il vote en dernier. Nul ne peut s'abstenir.	(3) Le même ordre est suivi s'il est nécessaire de voter, sauf si excepté que le président, même s'il est également rapporteur, auquel cas il vote en dernier. Nul ne peut s'abstenir.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 20</b> <b>Divergence par rapport à une décision antérieure d'une des chambres de recours ou par rapport aux Directives</b>	<b>Article 20</b> <b>Divergence par rapport à une décision antérieure d'une des chambres de recours ou par rapport aux Directives relatives à l'examen</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(1) Si une chambre juge nécessaire de s'écarter de l'interprétation ou de l'explication de la Convention figurant dans une décision antérieure de l'une des chambres, elle doit en fournir les motifs à moins que ceux-ci ne concordent avec une décision ou un avis antérieur de la Grande Chambre de recours. Le Président de l'Office européen des brevets est informé de la décision de la chambre.	(1) Si une chambre juge nécessaire de s'écarter de l'interprétation ou de l'explication de la Convention figurant dans une décision antérieure de l'une des chambres, elle doit en fournir les motifs à moins que ceux-ci ne concordent avec une décision ou un avis antérieurs de la Grande Chambre de recours au sens de l'article 112, paragraphe 1 CBE. Le Président de l'Office européen des brevets est informé de la décision de la chambre.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence. Il est clarifié ici qu'une décision de la Grande Chambre de recours sur une requête en révision (article 112bis CBE) n'est pas couverte par cette disposition.
(2) Si, dans sa décision, une chambre interprète la Convention d'une façon différente de celle prévue par les Directives, elle indique les motifs de son choix lorsque, à son avis, cela facilite la compréhension de la décision.	(2) Si, dans sa décision, une chambre interprète la Convention d'une façon différente de celle prévue par les Directives relatives à l'examen, elle indique les motifs de son choix lorsque, à son avis, cela facilite la compréhension de la décision.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
<b>Article 21</b> <b>Divergence par rapport à une décision ou à un avis de la Grande Chambre de recours</b>	<b>Article 21</b> <b>Divergence par rapport à une décision ou à un avis antérieurs de la Grande Chambre de recours</b>	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
Si une chambre juge nécessaire de s'écarter d'une interprétation ou d'une explication de la Convention figurant dans un avis antérieur ou dans une décision de la Grande Chambre de recours, elle en saisit cette dernière.	Si une chambre juge nécessaire de s'écarter d'une interprétation ou d'une explication de la Convention figurant dans une décision ou un avis antérieurs ou dans une décision de la Grande Chambre de recours au sens de l'article 112, paragraphe 1 CBE, elle en saisit cette dernière la Grande Chambre de recours.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence. Il est clarifié ici qu'une saisine de la Grande Chambre de recours n'est pas exigée lorsqu'une chambre souhaite s'écarter d'une décision de la Grande Chambre de recours prise sur une requête en révision (article 112bis CBE).

<b>Article 22</b> <b>Saisine de la Grande Chambre de recours</b>	<b>Article 22</b> <b>Saisine de la Grande Chambre de recours</b>	
(1) Si une question doit être soumise à la Grande Chambre de recours, la chambre concernée rend une décision à cet effet.	(1) Si une question doit être soumise à la Grande Chambre de recours au titre de l'article 112, paragraphe 1 CBE, la chambre concernée rend une décision à cet effet.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(2) La décision contient les renseignements énumérés à la règle 102, lettres a), b), c), d) et f) CBE ainsi que la question que la chambre défère à la Grande Chambre de recours. Elle indique aussi le contexte dans lequel la question s'est posée.	(2) La décision contient les renseignements énumérés prévus à la règle 102, lettres a), b), c), d) et f) CBE ainsi que la question que la chambre défère soumet à la Grande Chambre de recours. Elle indique aussi le contexte dans lequel la question s'est posée se pose.	Changement(s) apporté(s) pour des raisons de clarté/cohérence.
(3) La décision est communiquée aux parties.	(3) La décision est communiquée aux parties.	
<b>Article 23</b> <b>Caractère obligatoire du règlement de procédure</b>	<b>Article 23</b> <b>Caractère obligatoire du règlement de procédure</b>	
Le présent règlement de procédure s'impose à toutes les chambres de recours pour autant qu'il ne conduise pas à un résultat incompatible avec l'esprit et avec les objectifs de la Convention.	Le présent règlement de procédure s'impose à toutes les chambres de recours pour autant qu'il ne conduise pas à un résultat incompatible avec l'esprit et avec les objectifs de la Convention.	
<b>Article 24</b> <b>Entrée en vigueur</b>	<b>Article 24</b> <b>Entrée en vigueur</b>	
Le présent règlement de procédure prend effet à la date d'entrée en vigueur du texte révisé de la Convention sur le brevet européen conformément à l'article 8 de l'Acte de révision.	(1) La version révisée du règlement de procédure des chambres de recours ("version révisée") entre en vigueur le 1 <sup>er</sup> janvier 2020.  (2) Sous réserve de l'article 25, la version du règlement de procédure des chambres de recours en vigueur avant cette date cesse d'être en vigueur à l'entrée en vigueur de la version révisée.	Conformément au nouvel article 24 proposé, la version révisée du règlement de procédure (la "version révisée") entre en vigueur le 1 <sup>er</sup> janvier 2020.  Cette date sera postérieure d'au moins six mois à la date de l'approbation par le Conseil d'administration, afin que les parties aient le temps de se familiariser avec les nouvelles dispositions avant que celles-ci ne deviennent applicables.
	<b>Article 25</b> <b>Dispositions transitoires</b>	

	(1) La version révisée s'applique à tout recours qui est en instance à la date d'entrée en vigueur de la version révisée ou qui est formé après cette date, sous réserve des paragraphes suivants.	Le nouvel article 25 proposé énonce les dispositions transitoires. La version révisée du règlement de procédure des chambres de recours s'appliquera en principe à tous les recours en instance à la date de son entrée en vigueur. Par conséquent, étant donné que des éléments déjà versés au dossier peuvent être concernés, deux exceptions sont prévues afin de protéger les attentes légitimes des parties au moment où elles avaient présenté ces éléments.
	(2) L'article 12, paragraphes 4 à 6 de la version révisée ne s'applique ni aux mémoires exposant les motifs du recours déposés avant la date d'entrée en vigueur de la version révisée, ni aux réponses à ces mémoires produites en temps utile. En lieu et place, l'article 12, paragraphe 4 du règlement de procédure des chambres de recours, dans sa version en vigueur jusqu'à la date d'entrée en vigueur de la version révisée, continue de s'appliquer.	Une exception est prévue concernant la version révisée de l'article 12, paragraphes 4 à 6. Ces dispositions ne s'appliqueront pas à un mémoire exposant les motifs du recours déposé avant la date d'entrée en vigueur de la version révisée ou aux réponses au mémoire produites dans le délai de quatre mois, indépendamment de la question de savoir si ce délai expire avant ou à compter de la date d'entrée en vigueur de la version révisée. Tout élément qui figure déjà au dossier avant l'entrée en vigueur de la version révisée et qui est postérieur au mémoire exposant les motifs du recours ou aux réponses au mémoire sera toutefois soumis à toutes les dispositions de la version révisée de l'article 13, paragraphe 1, y compris la version révisée de l'article 12, paragraphes 4 à 6 qui s'applique par analogie.
	(3) Lorsque la citation à une procédure orale ou une notification de la chambre émise au titre de la règle 100, paragraphe 2 CBE a été signifiée avant la date d'entrée en vigueur de la version révisée, l'article 13, paragraphe 2 de la version révisée ne s'applique pas. En lieu et place, l'article 13 du règlement de procédure des chambres de recours, dans sa version en vigueur jusqu'à la date d'entrée en vigueur de la version révisée, continue de s'appliquer.	Une exception supplémentaire est prévue concernant la disposition stricte de la version révisée de l'article 13, paragraphe 2. Elle ne s'appliquera qu'à tout élément présenté après le mémoire exposant les motifs du recours ou la réponse au mémoire si, à la date d'entrée en vigueur de la version révisée, ni la citation à la procédure orale, ni aucune notification de la chambre émise au titre de la règle 100(2) CBE n'a été signifiée. Dans le cas contraire, l'article 13 du règlement de procédure des chambres de recours, dans sa version en vigueur jusqu'à la date d'entrée en vigueur de la version révisée, continuera de s'appliquer.